

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pro Nummer 2 Pf.  
 Vierteljahr 3.30 M., monatlich 1.10 M.,  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1.10 M. pro Monat,  
 eingetragener in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7876.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 M., für das  
 übrige Ausland 3 M. pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserations-Bedingungen**  
 betragen für die sechs-spaltige Kolonne  
 je Zeile oberer Raum 40 Pf., für  
 politische und gemeinnützige Vereine  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Inzerate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 5. September 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Hohenzollernretter — für die Polen?

Es ist eine große Enttäuschung für die bürgerlich-deutschen Kreise Polens gewesen, daß es der Kaiser anfangs vermieden hatte, die brennende nationale Frage der Stadt und Provinz Posen zu berühren. Während in beiden nationalen Lagern die Meinung verbreitet war, daß der Besuch Wilhelms II. nur den Deutschen von Posen gelte und diese letzteren eine Zerschmetterung der Polen durch den Kaiser erhofft hatten, blieb in den ersten Tagen des Kaiserbesuchs jeder rednerische Angriff gegen die Polen aus. Nun ist die lange und sehnsüchtig erwartete Polenrede endlich doch gekommen, sie entbehrt jedoch einigermaßen der Färbung, die von den Galatisten erwartet wurde.

Auf eine Guldigungsansprache des Provinzial-Landtags-Marschalls Freiherrn v. Wisamowitz-Möllendorf bei Uebergabe eines Ehrenrings erwiderte der Kaiser, nachdem er seinem Dank für den „patriotischen Empfang“ seitens der Posener Bevölkerung Ausdruck gegeben hatte, folgendes:

Wir befinden uns hier in einer treuen deutschen Bevölkerung. Wir befinden uns hier in einer treuen deutschen Stadt, und tren ist die Arbeit, welche die Deutschen zur Hebung des Landes hier vollführen. Soll diese Arbeit, deren Endziel die Hebung von Land und Volk ist, zum Ruh und Frommen des Ganzen gelingen, so ist notwendig einmal, daß die Deutschen ihren Erbfehler des Parteihaders ablegen, daß der Einzelne das Opfer seiner ausgeprägten Individualität zu bringen bereit ist, um in der Gemeinschaft mit allen vereint zu wirken, sowie einst die Ritter des Deutschen Ordens, auf persönliche Angehörigkeit und Begünstigung verzichtend, sich zu dem festen Gesäße des Ordens zusammenschloßen, um in anhaltender harter Arbeit die deutsche Kultur zu verbreiten. Zum andern versteht es sich von selbst, daß meine Beamten unbedingt nach meinen Direktiven und gehorsam meinen Befehlen ohne Zaudern die Politik durchzuführen, welche ich für das Wohl der Provinz als richtig erkannt habe. Das Zusammenwirken von Volk und Beamtenchaft unter der Leitung der Krone wird nicht ermangeln, im Laufe der Jahre die segensreiche Entwicklung der Provinz zu fördern. Ich beklage tief, daß ein Teil meiner Unterthanen nichtdeutschen Stammes sich nur schwer in unsere Verhältnisse zu finden scheint. Der Grund dazu dürfte in zwei Irrtümern zu suchen sein. Einmal wird in ihnen wahrgenommen die Beforgnis vor Antastung ihrer Konfession. Wer behauptet, daß meinen Unterthanen katholischer Konfession Schwierigkeiten in der Ausübung ihres Glaubens gemacht oder sie gegönnt werden sollen, von demselben zu lassen, macht sich einer schweren Lüge schuldig. Meine ganze Regierungszeit und meine Worte in Kachen beweisen, wie hoch ich Religion, das heißt das persönliche Verhältnis jedes Menschen zu seinem Gott, achte, und er beleidigt durch eine solche Verleumdung den Nachfolger des großen Königs, der erklärt hat, ein jeder solle auf seine Fagon selig werden. Der zweite Irrtum ist der, daß die Beforgnis noch erhalten wird, daß die Stammeseigentümlichkeiten und Ueberlieferungen ausgeblendet werden sollen. Dem ist nicht so. Das Königreich Preußen setzt sich aus vielen Stämmen zusammen, welche stolz sind auf ihre frühere Geschichte und ihre Eigenart. Das hindert sie jedoch nicht, vor allen Dingen brave Preußen zu sein. So soll es auch hier sein. Ueberlieferungen und Gebräuche können ruhig bestehen, allein sie sind Geschichte, der Vergangenheit angehörig. Jetzt leue ich hier nur Preußen, und bin ich es der Arbeit meiner Vorfahren schuldig, dafür zu sorgen, daß diese Provinz unauf löslich mit der preussischen Monarchie verknüpft, daß sie stetig gut preussisch und gut deutsch bleibe. Diesen Becher, gefüllt mit dem Saft der Liebe, die an den Ufern des schönen Rheins gewachsen, leere ich auf das Wohl der Provinz Posen und ihrer Hauptstadt an der Warthe!

Wilhelm II spricht nicht mehr von polnischem Uebermut wie in Marienburg, er vermeidet es überhaupt von Polen zu sprechen, sondern spricht nur von Unterthanen nichtdeutschen Stammes. Sein Wort der Anklage und des Vorwurfs wird laut; nur an jener Stelle erhebt sich der Redner zu gewohnt kräftigen Akzenten, an der er sich gegen den Vorwurf verteidigt, dem Antihollenzismus feindselig gesinnt zu sein. Hier ist er aber zweifellos im Rechte, denn seine besondere Sympathie für die katholische Kirche ist bekannt.

Der Kaiser erkennt das Recht der Polen, ihre Stammeseigentümlichkeiten und Ueberlieferungen zu wahren an. Die wichtigste „Eigenartlichkeit“ eines Stammes aber ist doch unzweifelhaft seine Sprache, dieselbe Sprache, die man erst vor wenigen Monaten in Warschau den Kindern auszusprechen versucht hat! Der Kaiser wünscht, daß die Provinz Posen stets gut deutsch bleibe, man kann aber nicht das bleiben, was man nicht schon ist; und Posen ist in sprachlichem Sinne keine deutsche, sondern eine überwiegend polnische Provinz. Deutsch ist die Provinz nur in staatsrechtlichen Sinne, als Teil Preußens und damit des Deutschen Reiches. Die Polen können diese Rede mit Recht dahin deuten, daß die Anerkennung nationaler Freiheit innerhalb des deutschen Staatenverbandes ihr eigentlicher Sinn sei.

Desto seltsamer mutet darum jene Stelle der kaiserlichen Rede an, die ihre Spitze gegen die preussischen Staatsbeamten richtet. Mit einer Schärfe, die zu wünschen nichts übrig läßt, giebt der König von Preußen zu erkennen, daß das militärische Subordinationsverhältnis, das stumme Parieren, auch innerhalb der Verwaltung für angebracht halte. Nun wird es aber unter Umständen für die Beamten schwer sein, die Absichten des Königs richtig zu erkennen. Offenbar dachte Wilhelm II. an Wöhning und jene anderen Beamten, die von dem aus dem Amte gedrängten Gatten der polnischen Feldwebelstochter als Gegner der galatistischen Politik gekennzeichnet worden waren.

Diese Absicht des Kaisers wird noch deutlicher durch die Auszeichnungen, die er den Sandbländern des jetzigen Kurzes gespendet hat. Er hat nämlich den Oberbürgermeister Witting zum Geh. Regierungsrat ernannt, den Oberpräsidenten der Provinz Posen Dr. v. Ritter zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Präfixat Excellenz und den Präsidenten der Anstaltungskommission Dr. v. Wittenburg zum Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat mit dem Range der Räte erster Klasse.

Diese hohe Auszeichnung, die dem Oberpräsidenten verliehen worden ist, beweist im Zusammenhang mit den bekannten Neuerungen, daß die endgültige Entscheidung des Kaisers im Falle Wöhning zu Gunsten der Regierung und besonders des Herrn v. Rheinbaben lautet, der von der allzeit optimistischen liberalen Presse längst aus der Welt demissioniert worden war.

Soviel nun über Wöhning und seine Gleichen in der Öffentlichkeit bekannt worden ist, haben diese Beamten in der Polenfrage nichts andres gethan, als ihre Unparteilichkeit im Amte ein wenig zu bewahren. Wöhning hat sich geweigert, als Vorgesetzter die Wahlabstimmung seiner Untergebenen zu beeinflussen, und hat es nicht geduldet, daß bei Steuererhöhrungs-Gesuchen die Nationalität des Bewerber berücksichtigt werde. Ein solche Handlungsweise konnte der Kaiser doch selbst zu jener Zeit nicht tadeln, als noch vom polnischen Uebermut die Rede war, er kann es heute noch weniger, da ihm niemand zumuten kann, er wünsche, daß gegen jene parteiisch verfahren werde, die ihre Stammeseigentümlichkeiten erhalten wollten.

Alles in allem sind die Beamten von Posen durch die letzte Rede des Kaisers in keine besonders angenehme Lage versetzt. Sie sollen die Befehle des Kaisers unbedingt befolgen, aber wie lauten sie? Sie sollen seine Absichten verwirklichen, doch welche sind sie? Sie müssen entschieden handeln, aber wie? Mit dem Sekretär Davison in „Maria Stuart“ können sie sagen:

Ich leue nicht die Sprache  
 Der Höfe und der Könige — in schlief!  
 Einfacher Sitte bin ich aufgewachsen.  
 Drum habe du Geduld mit dem Händeln Anecht!  
 Laß dich das Wort nicht reu'n, das mich belehrt,  
 Mich klar macht über meine Pflicht —

Auch diesmal wird der Lord Burleigh nicht fehlen, der dem Königtum die Hofmacht aus den Händen reiht. Wilhelm II. überhäuft nämlich im Bewußtsein seiner monarchischen Machtfälle den Einfluss, den er auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse Polens nehmen kann. Nicht er hat die galatistische Politik ins Dasein gerufen, sondern das deutsche Völkergemut war es, das sich dieses polnisch-agrarische Land wirtschaftlich erschließen wollte. Und darum wird auch diese Kaiserrede, die so vielschichtig ist, daß jede Partei sie zu ihren Gunsten auslegen kann, eine Aenderung des Kurzes, der in Posen gesteuert wird, gewiß nicht in die Wege leiten.

### Politische Ueberfahrt.

Berlin, den 4. September.

#### Kosakisches aus Posen.

Aus Posen wird uns vom 4. September geschrieben: Die Vorliebe des deutschen Kaisers für alles, was mit dem russischen Selbstherrschertum zusammenhängt, ist bekannt. Deutlicher noch als in offiziellen Reden und Ordensverleihungen hat sie sich in folgendem kleinen Zwischenfall gezeigt, der sich bei der gestrigen Parade ereignet hat: Natürlich hat es der Kaiser im allgemeinen unterlassen, die Kuratane seiner Getreuen durch Gegenrufe zu beantworten. Es ist auch nicht bekannt geworden, daß er ähnliches früher schon einmal gethan hätte; auch dürfte ein solches Verhalten den Eitelkeitsbegriffen seiner Ceremonienmeister kaum entsprechen. Auch diesmal beschränkte er sich darauf, dem deutschen Publikum schweigend zu danken. Sowie er aber in der Menge zwei russische Unteroffiziere erkannte, die den geladenen russischen Offizieren zum Dienste beigegeben waren, rief er ihnen, mit dem berühmten „Interimus-Marschallstabe“ winkend, ein laut schallendes: „Bravo Kosaki!“ zu.

Die Begeisterung Wilhelm II. für das Kosakenium entspricht bekanntlich wenig dem in deutschen Völle herrschenden Geiriffen. Und so dürfte ein anderer kleiner Vorfall, der sich während der Parade zugetragen hat, vielfach als „echt kosakisch“ bezeichnet werden, ohne daß man das also gekennzeichnete Vorgehen mit diesem Ausdruck als ein überaus sympathisches kennzeichnen wollte.

Der Fall soll in den Reihen der Kriegervereine eine große Erregung hervorgerufen haben. Nicht genug, daß man die Scharen dieser von weit und breit herbeigeeilten „frommen und getreuen Anechte“ weit ungünstiger als das seiner geleidete Privatpublikum postiert hatte, man sahien einen Akt der raffiniertesten Grausamkeit gegen sie geplant zu haben. Der Standort, der ihnen angewiesen war, befand sich nämlich in der Nähe eines Wirtschaftshauses; der Raum aber, der sie von diesem loedenden Ziele trennte, war — abgesperrt. Die Leute waren in drückender Hitze sechs Kilometer weit marschirt, der Niedersand, der in der Stadt wie auf dem Wege zum Paradeplatze gollhoch aufgeschüttet worden war, war durch tausend Duse aufgewirbelt und hatte Stadt und Umgebung in eine ersickende Sandwölle gehüllt. Ein gesunder Durst war also durch alle Umstände gerechtfertigt, und die Armen duldeten, so nah und doch so weit von der labenden Quelle, wahre Taufankualen. Schlecht ertrag ihr Patriotismus diese Belastungsprobe nicht länger und sie drängten mit Macht gegen das Wirtschaftshaus. Jetzt nahm die Sache, die humoristisch Begonnen hatte, eine tragische Wendung. Die Gendarmerie ritt auf die Menge ein. Das Pferd eines Gendarmen-Offiziers, der sich dabei besonders eifrig benahm, schlug aus und trat einen Mann an die Stirne, so daß sein Gesicht sofort von Blut über-

frömte. Eine ungeheure Aufregung bemächtigte sich der Menge, heftige Worte wurden laut und im Tumult zog ein Offizier blank. Jetzt mischte sich das Militär ins Spiel und erwies sich als ein gerechter Richter: Der Verlegte wurde nämlich für verhaftet erklärt! Es gelang erst langsam die Kriegervereiner zu besänftigen, von Begeisterung blieb aber ihre Stimmung doch recht weit entfernt.

Dies ist das „Kosakenstückchen“ der preussischen Gendarmerie. Sprachkundige behaupten übrigens, daß der Kaiser seinen eilerten Ausruf nicht in russischer, sondern in polnisch-er Sprache gethan habe, und das wäre doch so ziemlich das schlimmste, was den Deutschen Polens passieren könnte. Russisch heißt es nämlich nicht „Kosaki“, sondern „Kosaky“, a oder o ist also jetzt die Frage!

**Improvvisierte Weltpolitik.** Der deutsche Gesandte in Peking Dr. Rumm v. Schwarzenstein hat auf einer Abschiedsfeier der deutschen Kolonie in Peking eine Rede gehalten, die das Sprungbaste, Pflöge der deutschen Weltpolitik eigenartig beleuchtet. Wie improvisatorisch diese ganze auswärtige Politik betriebe wird, beweist schon die Ernennung Rumm v. Schwarzensteins selbst. Man verzege die Situation der Ernennung. Der frühere deutsche Gesandte, v. Ketteler, war gerade infolge seines ungeschickten Auftretens ein Opfer der Freuden-erhebung geworden, die ersten Aktionen des Kaiserreiches waren vorüber, es handelte sich um die Herbeiführung eines neuen modus vivendi zwischen China und den Mächten. Wenn je, so hätte in einem solchen Augenblicke nach China ein Mann gehdet, der wenigstens eine gewisse Kenntnis jener ungeheuer schwierigen asiatischen Verhältnisse besaß. War nun Rumm v. Schwarzenstein dieser Mann? Nach seinem eignen Geständnis rief seine Ernennung zum Nachfolger Kettelers recht gemischte Empfindungen bei ihm hervor, hauptsächlich deshalb, weil er von den Dingen hinten in Ostasien, bei deren Regelung seine Mitwirkung unter normalen Verhältnissen doch in erster Linie hätte in Frage kommen müssen, so viel verstand wie jeder Durchschnitts-Europäer: nämlich gar nichts!

Ganze zehn Tage blieben mir, um mich vom Großherzog zu verabschieden, um meinen Hausstand aufzulösen, meine Koffer zu packen, mich in Berlin abzumelden und mich, so gut es die kurze Zeit erlaubte, dort an der Quelle voll Weisheit zu laugen. Wüste ich doch von China nicht viel mehr, als was ich auf der Schulbank darüber gelernt und meistens auch schleunigst wieder vergessen hatte, höchstens, daß eine gelegentliche Vertretung des Referenten für China im Auswärtigen Amte mir einige oberflächliche Einblicke in die hiesigen politischen Verhältnisse gewährt hätte, die mir darunter stark litten, daß ich die schwierigen Sachen mit Vorliebe auf sechs Wochen, d. h. bis nach Rückkehr des eigentlichen Referenten zu vertagen pflegte.

Der zu seiner eignen nicht ganz angenehmen Ueberraschung zum Gesandten in Peking ernannte Diplomat hielt es als für das beste, sich in Berlin das nötige Reisegepäck von Informationen mitzunehmen, sich „an der Quelle voll Weisheit zu laugen“, wie er das nicht ganz respektvoll ausdrückt. Mit seinen Verhaltensvorschriften in der Tasche konnte er ja in China munter die berühmte ostasiatische Weltpolitik mitmachen. Die „Atheinisch-Westfälische Zeitung“, die sich über diese Art, Diplomaten für so schwierige, verantwortungsbereiche Posten zu berufen, einer gewissen Verwunderung nicht enthalten kann, meint allerdings, es sei ein Konsens, Leute zu berufen, die sich erst im Auswärtigen Amte über die Zustände im Lande ihrer Thätigkeit unterrichten müßten, während doch umgekehrt das Auswärtige Amt auf die Informationen und Rathschläge dieser Gesandten angewiesen sei. Im allgemeinen mag das ja auch der normale Zustand sein. In Deutschland ist man aber diese schwerfällige, zeitraubende Art, auswärtige Angelegenheiten zu behandeln, längst hinaus. Bei uns sind die Botschafter durchaus nicht verpflichtet, eine auf gründlicher Kenntnis der Verhältnisse stehende eigene Meinung zu besitzen oder gar durch ihre unmaßgeblichen Ansichten die Berliner „Quelle der Weisheit“ zu inkommodieren. In Berlin weiß man viel besser Bescheid. Das hat ja die von hier aus erfolgende Leitung des ganzen China-Abenteuers bewiesen. Wie die strategische Leitung im Grunde nicht in den Händen der Weltgeneralisten lag, wie man von Berlin aus die militärischen Operationen mit erstaunlicher Detailkenntnis zu dirigieren wußte, so verstand man auch, ohne das störende Zwischenglied eines diplomatischen Beraters eine Reihe der sensatiosvollsten Zwischenfälle herbeizuführen und den Abschluß des Friedensvertrages um viele Monate zu verzögern.

### Deutsches Reich.

**Der Bruch im Genossenschaftsverband.** Auf dem Genossenschaftstag in Kreuznach ist es am Mittwoch zum Ausbruch von 99 Konsumvereinen gekommen, die durch die freisinnigen Verbandleiter des Verbrechens socialdemokratischer Tendenzen beschuldigt wurden. (Den ausführlichen Bericht findet der Leser in der ersten Beilage des Blattes.) Wie werden das für die Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens entscheidende Ereignisse alsbald näher würdigen. So viel ist sofort festzustellen, daß dem Verbaude aus dieser gewaltsamen Ausstoßung seiner lebenskräftigsten Organe schwerste Schädigung erwachsen muß, daß er seine bisherige Bedeutung einbüßen wird und daß neben ihm ein neues wirtschaftliches Gebiet aufzuwachsen wird, welches ihn bald weit aus überragt.

Schon inbilligen Zeitungen, die der jetzigen Verbandsleitung politisch weit näher stehen als den ausgestoßenen Konsumvereinen, das Verfahren der Verbandsleitung in aller Deutlichkeit. Die „Verf. Ztg.“ fährt aus:

„Der Genossenschaftsanwalt Dr. Eräger hat damit ein Ziel erreicht, nach dem er seit Jahren emsig gestrebt.

Ob er sich des Sieges zu freuen haben wird, ist eine andre Frage. Dieß man den Bericht, den wir an anderer Stelle geben, so fragt man sich vergebens nach den Gründen, die liberale Männer bestimmen konnten, dem Antrage auf Ausschluß der 99 Konsumvereine zuzustimmen.

Vom freimüthigen Standpunkte aus kann man den Beschluß nur beklagen. Ein Verfechter des Trägerischen Antrages, Rechtsanwalt Schmidtberger, war so unvorsichtig, es offen auszusprechen, daß die Berechtigung des Ausschlusses sehr zweifelhaft sei, daß es sich hier nur darum handle, die Macht, die man noch besitze, geltend zu machen. Der Satz: Macht geht vor Recht, ist niemals mit größerer Unbefangenheit als Maxime politischen Handelns aufgestellt worden, als auf dieser Versammlung, in der freimüthige Männer das Heft in Händen hatten.

Die „Freimüthige Zeitung“ des Herrn Richter natürlich billigt durchaus das Vorgehen der Verbandsleitung gegen die Konsumvereine. Sie erklärt:

Die rücksichtslose Art, wie die Socialdemokratie in allen Organisationen, in denen sie angefangen hat, Boden zu fassen, sie für ihre besonderen Zwecke dienstbar zu machen sucht, zwingt auch die politisch neutralen Vereinigungen, schon bei dem ersten Anzeichen hiervon, solchen Versuchen entschieden entgegenzutreten, wie dies auf dem Verbandstag in Kreuznach geschehen ist.

Jugend welchen Beweises für die socialdemokratische Rücksichtslosigkeit in der Genossenschaftsbewegung fühlt sich die „Frei. Stg.“ gänzlich enthoben. Die „Rücksichtslosigkeit“ besteht allein darin, daß auch die Arbeiter die Vorteile der Konsumvereinigungen erkannt haben und zu nutzen beginnen. Aber Arbeiterinteressen kümmern den Richterischen Freisinn nicht nur nicht, sondern dieser reizvolle Freisinn sagt sich schroff von denjenigen los, die Arbeiterinteressen fördern. Es ist erstaunlich, mit welchem Eifer der Freisinn seine Selbstvernichtung betreibt!

**Gebotene Sühne?**

Ein Sittenbild aus Waden.

Wir haben in unsrer Nummer vom 19. August die Geschichte der Ausweisung einer Italienerin aus Waden erzählt, welche Ausweisung zu Stande kam durch geschnidrigte Beamtenhilfe für einen Arzt, welcher sich der Italienerin, mit der er ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, entledigen wollte. Die Presse verfuhr vielfach die Angelegenheit zu mildern und zu vertuschen. Jetzt bringt die „Karlsruher Zeitung“ folgende amtliche Darstellung des Falles:

In der That hat der erstgenannte Beamte (Landgerichtsrat Bauer) zwar nicht in seiner amtlichen Eigenschaft als Untersuchungsrichter, wohl aber unter unbilligster Anwendung seiner amtlichen Stellung im Interesse eines durch seine Beziehungen zur Groggia (der Dame, mit welcher der Arzt in Redargemünd ein Verhältnis hatte) kompromittirten Fremdes durch ein seiner richterlichen Stellung nicht entsprechendes außerdienstliches Verhalten sich eines Disziplinarvergehens schuldig gemacht, wegen dessen das Justizministerium unterm 8. Juli d. J. auf Grund des Beamtengesetzes auf die Ordnungsstrafe der Verweisung in Verbindung mit einer Geldstrafe im Höchstbetrage von 200 M. erkannt hat. Das Justizministerium, welches in der Wahrung der Integrität des Beamtenstandes, und ganz besonders der richterlichen Beamten, die wichtigste Aufgabe der Staatsverwaltung erkennt, hatte alsbald, nachdem es von jenem Vorkommnis durch den zu deren Mitteilung dienstlich verpflichteten Staatsanwalt Kenntnis erhalten hatte, die Einleitung des förmlichen Disziplinar-Verfahrens und sodann mit Zustimmung des Disziplinarhofes für richterliche Beamten die vorläufige Amtsentlassung des Landgerichtsrats Bauer verfügt. Nach Durchführung der Disziplinaruntersuchung durch den hienmit beauftragten besonderen Untersuchungsrichter, erklärte sich Landgerichtsrat Bauer mit seiner Verweisung auf ein beliebiges andres Landgericht einverstanden. Nachdem so die Möglichkeit einer Verweisung eröffnet war, wurde das weitere Verfahren von dem Disziplinarhof gemäß dem Beamtengeetze eingeleitet, und nach dem Auspruch der erwähnten Ordnungsstrafe innerhalb der Zuständigkeit des Justizministeriums die Verweisung des Landgerichtsrats nach Waldsüt herbeigeführt.

Was sodann das Verhalten des weiter genannten Verwaltungsbeamten (Antmann Guth-Wender in Heidelberg) angeht, so war derselbe zu der von ihm verfügten Ausweisung der vorbehafteten Ausländerin gesehlich befugt, er hatte aber nach Ansicht des Ministeriums des Innern bei Ausübung dieser Befugnis sich gleichfalls durch persönliche Rücksichten auf die Privatinteressen des gleichen Fremdes beeinflussen lassen, so daß dieser Beamten eine erste Mißbilligung seines vorgezeichneten Ministeriums ausgesprochen werden mußte.

Die amtliche Erklärung fügt weiter hinzu, daß so das Verhalten der beiden Beamten die gebotene Sühne gefunden habe.

Diese Erklärung bestätigt die erste von uns gegebene Darstellung der Angelegenheit in allen Thatfachen.

Die Erklärung fordert aber das äußerste Erstaunen über das Verhalten des Justizministeriums von Waden in dieser Angelegenheit heraus. Wenn dieses Ministerium die Reinerhaltung des Beamtenstandes, als wichtigste Aufgabe der Staatsverwaltung ansieht, so ist die Erfüllung dieser Aufgabe keineswegs auch nur ernstlich versucht worden. Es ist gänzlich unverständlich, wie die Zustimmung des Landgerichtsrats zu seiner Verweisung an ein andres Gericht die Einstellung des Disziplinar-Verfahrens herbeiführen konnte, das mit der vorläufigen Amtsentlassung eingeleitet war. Es ist unverständlich, wie ein Beamter, der erwiesenermaßen seine amtliche Stellung zur Förderung nichtsnutziger Privatinteressen mißbraucht hat, im Dienste belassen wird und weiterhin Recht zu sprechen geeignet befunden wird.

Nicht weniger erstaunlich ist die „erste Mißbilligung“ des Verwaltungsbeamten, der das formale Recht der Ausweisung von Ausländern gleichfalls mißbraucht, um einen Freund von einer Geliebten, der er überdrüssig geworden, zu befreien.

Die Milde, die hier durch die oberste Behörde geübt ward, erreicht und übertrifft die Verweigerung der begangenen Vergehen! Die Angelegenheit dürfte ohne Zweifel noch ein sehr ernstes Nachspiel in der badischen Kammer finden.

**Zur Fleischnot.** Aus München wird telegraphisch berichtet: Das Gemeindefolge des Reichstags, das Staatsministerium zu ersuchen, alle Schritte beim Bundesrat und beim Reichsminister zu thun, um die Einführung von Vieh möglichst zu erleichtern und die Einführung von Schweinen aus Rußland zu gestatten, sowie gegen jede Vorkerkung auf Fleisch hinzuwirken.

Ein ähnlicher Beschluß wurde im Gemeinderat in Stuttgart und im Magistrat zu Hof gefaßt.

In Offenbach a. M. protestierte eine von 3000 Personen besuchte socialdemokratische Versammlung, in der unser Parteigenosse Wb. Scheidemann sprach, gegen die Grenzsperr.

In zahlreichen Städten, so in Mannheim, sind neuerdings Erhöhungen der Fleischpreise durch die Schlächter eingetreten. In Wülhausen i. E. nahm der Gemeinderat nach kurzer Erörterung einen von socialdemokratischer Seite eingebrachten Antrag an, worin im Hinblick auf die allgemein laut werdenden Klagen über hohe Fleischpreise der Bürgermeister ersucht wird, thunlichst bald die Detroit- und Schlachthaus sowie die Finanzkommission zur Vorberatung über diese Angelegenheit zusammen zu berufen und die Detroitverwaltung zu beauftragen, in dieser Sitzung schon eine Ausstellung über den monatlichen Einnahme-Ausfall vorzulegen, den die Aufhebung des Detroit auf Fleisch, ausschließlich von Wildpret und Geflügel, nach sich ziehen würde.

**Die Leistungen des Herrn Ring.** Herr Ring wollte bekanntlich Posen mit reichlicher Viehzufuhr bedenken. Was hat er geleistet? Die „Allgemeine Fleischzeitung“ erzählt hierzu: Im ganzen sind von der Centrale für Viehverwertung 130 Schweine nach Posen geschickt worden, und auch dies konnte sie nur, indem sie den Berliner Markt so gut wie unbesetzt ließ, denn nur sechs Schweine hatte sie am Sonnabendmarkt in Berlin und am heutigen gar keine. Die Zufuhr der Centrale für Viehverwertung hatte auch auf den Schweinepreis in Posen, wie uns die Schlachthof-Direktion mitteilt, nicht den geringsten Einfluß. Der unerhebliche Preisrückgang ist eine Schwankung, wie sie auch sonst aus den verschiedenen Ursachen eintritt. Aber auch das geringe Quantum Schweine, das die Centrale nach Posen geschickt hat, aufzubringen, ist sehr sonderbar. Aus Thorn wird uns geschrieben, daß Agenten der Viehverwertungs-Gesellschaft in der dortigen Gegend herumgefahren seien, um Schweine aufzukaufen, und erklärt haben, jeden Preis zu zahlen; da sie dort keine Schweine bekommen hätten, seien sie nach Marienburg weiter gefahren. Wo keine Schweine sind, da werden sie auch durch des Herrn Ring Nachgebot nicht aus der Erde gestampft werden können.

**Graf Waldersee, der Mann der Vorschußlorenz und Reden etc.,** seht sich nach einem nächsten Kriege! In Langensalza, wo er dieser Tage weilte, um Truppeneinheiten zu inspizieren, fragte er einen biedereren Kriegervereinsmann, ob er einen Krieg mitgemacht habe, worauf dieser wahrheitsgemäß antwortete: „Nein!“ — „Warum nicht?“ — „Ich war noch zu jung!“ — „Na, dann den nächsten!“ erwiderte der ehemalige Feldmarschall. Es ist begreiflich, daß Graf Waldersee einem Feldzug nachsinnt, in dem es mehr zu thun giebt als — zu spät zu kommen, wie das Schicksal ihm in China geschied.

**Die erste staatliche Gedächtnisfeier** ist an diesem 2. September in einem deutschen Bundesstaate zu konstatieren gewesen, und die Einheit des Reiches nun auch endlich auf diesem gewichtigen Gebiete hergestellt. Es handelt sich natürlich um das Weltreich Ruß a. L., wo an diesem 2. September zum überhaupst erstenmale staatlich-offiziell gefeiert wurde. Der jetzige Heinrich XIV. hatte sogar auch veranlaßt, daß in Greiz, was noch nie dagewesen ist, mittags an diesem Tage die staatlichen Bureaus geschlossen wurden. Hoffentlich wird diese neueste Reichstreu gebührend gelohnt.

**Der forrrigerte Witting.** Herrn Witting, der als Galatzi ebenso eifrig ist, wie als Byzantiner, sollen einem hiesigen Lokalblatte zufolge mehrere Stellen aus der Rede, die er bei der Enthüllung des Poseners Kaiser Friedrich-Denkmal gehalten hat, vom Civilcabinet des Kaisers gestrichen worden sein, und zwar handelte es sich dabei um jene Stellen, die sich scharf gegen die Polen richteten. Vom polnischen Uebermut darf also nicht mehr gesprochen werden! Die also censurierte Rede enthielt nur mehr einen Passus, in dem „Polen als dem Schaulspiel erbitterter Kämpfe von Alters her“ und vom „nationalen Gegenstand, der in diesen Kämpfen zum Ausdruck kommt“, die Rede ist. Wieder alles Erwarten unterließ es der Kaiser, die Reden des Oberbürgermeisters sowie des Oberpräsidenten zu beantworten.

**Posen, 3. September.** Hier sind verschiedene Gerüchte im Umlauf, deren Richtigkeit sich vorläufig nicht feststellen läßt. Gestern soll eine Frau im Gedränge verhaftet worden sein, die eine Majestätsbeleidigung begangen haben soll. Ferner erzählt man sich, es sei mit Hochdruck daran gearbeitet worden, den vom polnischen Adel gebauten und erhaltenen Bazar, in dem sich die Versammlungslokalitäten des Adels befinden, noch in letzter Stunde zur Teilnahme an der Dekoration zu bewegen. Man meint fabelhafte Summen, die dem Geschäftsführer des Hauses angeboten worden sein sollen. Trotzdem blies das Gebäude, das gleich gegenüber dem Provinzialmuseum auf dem schönsten Platze der Stadt steht, ohne Schmutz und Verletzt das nationale und monarchische Empfinden peinlich.

**Soldaten als Versuchskaninchen.** Der „Volkstimme“ in Mannheim wird geschrieben: Der „vornehmste Aock“, den der deutsche Bürger bei Ableistung seiner Militärpflicht trägt, scheint ihn nicht vor sehr unvornehmen Dingen zu schützen. An der Heidelberger Universität werden bei den Vorlesungen über Anatomie Soldaten den Studenten als Versuchskaninchen vorgeführt. Sie müssen sich im Kollegienaal völlig entkleiden und sich jedem Experimentierveruche willig unterziehen. Will zum Beispiel der vortragende Professor den Studenten recht deutlich die Form eines Brustels am menschlichen Körper zeigen, so elektrifiziert er die beiden Muskelenden so stark, daß der Muskel sich krampfhaft zusammenzieht und so deutlich heraustritt. Das sind bisweilen recht schmerzhaft Experimente für das Versuchskaninchen. Kritisch kommt es vor, daß das menschliche Versuchskaninchen nicht die intelligentesten Gesichter während der Experimente schneidet, was dann den Herren Studenten Anlaß zu großer Heiterkeit giebt. Es erinnert dies Betragen an das kürzlich mitgeteilte Wort eines Professors der Anatomie, der einem lebendigen Frosch das Gehirn langsam entfernte. Als das gequälte Tier plötzlich mit dem letzten Rest seines wichtigsten Organs vom Dissektionstisch herabsprang, lachten die Studenten unerbändig. Der Professor aber meinte: „Da sehen Sie, meine Herren, wie wenig Sie genügt, um Sie zur Heiterkeit zu bringen.“

Es wäre angezeigt, wenn die maßgebenden Behörden Aufklärung über die Verwendung von Soldaten bei anatomischen Vorlesungen geben würden. Wenn sich sonst niemand, auch nicht gegen Bezahlung, zu solchen Experimenten hergeben will, dann mögen die Studenten selber der Wissenschaft das Opfer bringen. Aber der deutsche Soldat ist auf keinen Fall dazu da.

**Der Dreischrag Bändler** wurde am Donnerstag durch die Strafkammer in Glogau wegen Herausforderung des Sanitätsrats Dr. Reumann zum Zweikampfe mit tödlichen Waffen zu 2 Monaten Festung verurteilt. Bändlers Inspektor Kirchner erhielt wegen Kartelltragens 1 Monat Festung. Die Staatsanwaltschaft hatte einen Monat resp. 14 Tage Festung beantragt.

**Endlich eine als schwere Körperverletzung qualifizierte Soldatenmishandlung.** — Wegen Mishandlung eines Untergebenen hatte sich vor dem Kriegsgericht in Frankfurt am Main der Sergeant Bernau vom 6. Wlanen-Regiment zu verantworten. Der Angeklagte, dem von seinem Vorgesetzten das Zeugnis besonders guter Führung ausgestellt wird, hat sich nach dem Urtheile des Vertreters der Anklage gegen den Wlan Weg in sehr roher Weise verhalten. Als das 6. Wlanen-Regiment auf dem Übungsplatze bei Griesheim lag, sollte der Wlan am Morgen des 6. August er, die Stallwache beziehen, war aber nirgends zu sehen. Der Sergeant Bernau suchte ihn in seiner Abteilung dienenden Soldaten und fand ihn noch im Bett. Er nahm nun einen Riemen und prägerte damit den Wlan derartig, daß man das Schreien des Mannes draußen hören konnte. Ein dienstfertiger Gefreiter hatte während dieser Abstrafung die Thür der Baracke abgeschlossen, wie er vor Gericht angab, ohne sich etwas hierbei zu denken. Wie arg die Schläge des Sergeanten trafen, geht daraus hervor, daß der Wlan eine Wunde am Kopf davontrug. Der Rücken des bedauernswerten Soldaten war grün und blau geschlagen. Auf die Anzeige des Wlanhandelden wurde der Sergeant unter Anklage gestellt. Der Vertreter der Anklage betonte, daß hier ein Fall gefährlicher Körperverletzung vorliege, wobei jeglicher Widerstand fortlassen müsse. Der Sergeant habe sich in sehr roher Weise verhalten. Das Kriegsgericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf zwei Monate Gefängnis, sah aber von der beantragten Degradation wegen der guten Führung des Sergeanten ab.

**Wegen Majestätsbeleidigung** hatte sich am Donnerstag der Schriftleiter des „Leipziger General-Anzeiger“ Arthur Gleißner vor dem Landgericht Leipzig zu verantworten. Die inkriminierte That soll durch einen Artikel in der am 27. Mai erschienenen

Nummer des genannten Blattes geschehen sein, welcher unter der Epithete „Der jüngste deutsche Rittmeister“ die Ernennung des elfasser Reichstags-Abgeordneten Baron de Schind zum Rittmeister à la suite des Kaiserregiments Graf Geyler zu Deyn behandelte. Der Angeklagte, welcher verhaftet war, ist gegen eine bedeutende Kaution auf freiem Fuße. Der Prozeß wurde verlagert, weil weitere Entlastungszeugen geladen werden sollten.

**In seiner Kritik des sogenannten „Obstruktionsplanes“** (siehe hierzu Artikel in der 1. Beilage d. Bl.) sagt Genosse Bruhns-Breslau, daß Doppelbezirke (mit 6 Wahlmännern) überhaupt eine Ausnahme bilden und deshalb als Grundlage einer solchen Berechnung gar nicht verwendet werden dürfen. In Breslau waren 1898 von insgesamt 422 Urwahlbezirken 401 einfache und nur 21 Doppelbezirke, und in andern mir bekannten schlesischen Wahlkreisen ist das Verhältnis der einfachen zu den Doppelbezirken noch günstiger. Hier liegt ein Irrthum des Genossen Bruhns vor; die Breslauer Zahlen sind richtig, aber Breslau bildet eine der seltenen Ausnahmen. Den Beweis für die Behauptung erbringt die folgende Tabelle, die aus der umfassenden Statistik der Landtagswahlen von 1898 die absoluten und Prozentzahlen der Urwahlbezirke mit 3, 4, 5 und 6 Wahlmännern für alle Städte Preußens mit damals über 100 000 Einwohnern, sowie für die schlesischen Städte enthält, für die diese Zahlen aus der Statistik zu entnehmen sind.

Stadt	Einwohner 1890	Urwahlbezirke 1893	Davon mit				In Prozenten der Gesamtzahl			
			3	4	5	6	3	4	5	6
Königsberg	161 666	106	—	—	1	105	—	—	0,9	99,1
Danzig	120 338	76	3	3	4	66	3,9	3,9	5,3	86,9
Berlin	1 578 794	1093	203	55	66	769	18,5	5,0	6,0	70,5
Stettin	116 228	69	—	—	9	60	—	—	13,0	87,0
Breslau	385 186	357	330	—	—	21	94,8	—	—	5,7
Magdeburg	202 234	136	20	8	6	102	14,7	5,9	4,4	75,0
Halle a. S.	101 452	62	—	—	—	62	—	—	—	100,0
Altona	143 249	103	31	2	5	65	30,0	2,0	5,0	63,0
Hannover	174 455	124	9	26	41	48	7,3	21,0	33,0	58,7
Frankfurt a. M.	180 130	128	11	17	30	70	8,6	13,3	23,4	54,7
Krefeld	105 376	65	—	—	—	65	—	—	—	100,0
Düsseldorf	144 642	95	—	—	—	95	—	—	—	100,0
Elberfeld	125 899	83	—	—	—	83	—	—	—	100,0
Vormen	116 144	78	1	1	3	73	1,3	1,3	3,8	93,6
Köln	103 470	68	—	—	—	68	—	—	—	100,0
Köln	281 681	175	3	1	—	171	1,7	0,6	—	97,7
Wien	46 874	31	—	—	1	30	—	—	—	96,8
Görlitz	62 135	40	1	—	—	39	2,5	—	—	97,5
Weißen	36 905	25	2	—	1	22	8,0	—	—	92,0

Abgesehen von Breslau überwiegt durchweg die Zahl der Bezirke mit 6 Wahlmännern die der mit 3 Wahlmännern ganz bedeutend. Aber die Tabelle zeigt noch eine Merkwürdigkeit. Gesehlich ist bestimmt (Verordnung vom 30. V. 1849, § 7): „Die Urwahlbezirke müssen, so weit es thunlich ist, so gebildet werden, daß die Zahl der in einem jeden derselben zu wählenden Wahlmänner durch drei teilbar ist.“ Nach gesehlicher Vorschrift müssen also die Bezirke mit 4 oder 5 Wahlmännern in den größeren Gemeinden die Ausnahme bilden. Unsere Tabelle zeigt, daß das in fast allen genannten Städten zutrifft; nur Frankfurt a. M. und Hannover zeigen merkwürdige Ziffern; der Prozentsatz von Wahlkreisen mit vier und fünf Wahlmännern beträgt für Frankfurt a. M. 30,7, für Hannover gar 54,0!! Unsere dortigen Genossen bringen vielleicht in Erfahrung, welche Umstände dort die Bildung von Urwahlbezirken mit drei und sechs Wahlmännern so häufig unthunlich erscheinen lassen.

Es erhebt sich die Frage, welche Bedeutung es haben würde, wenn zahlreichere Gemeinden dazu übergehen sollten, die Urwahlbezirke mit drei Wahlmännern zu bevorzugen. Damit würde einseitig die Dauer der Wahlhandlung wesentlich abgekürzt werden, andererseits würde die Schwierigkeit bei der Aufstellung der Wahlmänner wachsen, die ja in dem betreffenden Urwahlbezirk wohnen müssen. Dagegen würden sich in erheblichem Maße die Wahlkuriositäten mehr und verschärfen; die Gelegenheit für die Socialdemokratie auch in der ersten und zweiten Abteilung Wahlmänner durchzusetzen, würde steigen, da der Einfluß einzelner großer Steuerleistungen in Proletarierquartieren auf einen engeren Bezirk beschränkt würde.

**Ausland.**

**Oesterreich-Ungarn.**

**Zu den Ausgleichsverhandlungen.** Am Donnerstagabend begab sich Ministerpräsident v. Storer mit dem Finanz-, Handels- und Ackerbauaminister, sowie den Fachreferenten nach Budapest, um dort die Verhandlungen über den Posttarif mit den ungarischen Ministern fortzusetzen. Trotzdem die Differenzen noch bedeutend sind, herrscht doch in Regierungskreisen eine äußerst optimistische Stimmung und es wird versichert, daß die Ausgleichsvorlage bis zum Zusammentritt der beiden Reichsvertretungen völlig fertiggestellt sein wird.

**Agram, 4. September.** In der Stadt herrscht völlige Ruhe. Der gestern totgesagte Hauptmann Wittos lebt noch, er soll sich etwas besser befinden. Die Meldungen, daß auch in mehreren Provinzialstädten Unruhen stattgefunden hätten, werden amtlich dementirt.

**Schweiz.**

**Noch einmal der socialdemokratische Wahlsieg in Auserhül.** Zürich, 3. September. (Fig. Ber.)

Der Wahlausgang in Auserhül beschäftigt die gesamte schweizerische Presse, nachdem sie seit Monaten den Vorgängen im Kanton Zürich die größte Aufmerksamkeit gewidmet hatte. Die „Zürcher Post“, das Organ der „Demokraten“, deren Redakteur aus Reichsheim wie auch aus langer politischer Taktik gegen die Reaktion der Auserhüler Wahlen gestimmt hatte, leitet ihre Wahlbetrachtungen sehr zutreffend mit den Worten ein: „Das Kaufmännengesetz: gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen, ist unerbittlich; daß Druck, Geheiß, Gewalt wieder Gewalt erzeugt, leidet diejenigen, die es noch nicht wußten, graulich deutlich der gestrige Wahlsieg im dritten zürcherischen Stadtkreis.“ Nachdem nun dargelegt wird, daß die durchschmittliche Stimmzahl der 27 Socialdemokraten von 4815 am 27. April gestiegen ist auf 6022, um über 1200, gleichzeitig aber die der Bürgerlichen um 300 Stimmen von 3684 auf 3418 sank, konstatiert sie, daß dadurch der Gewaltbereich des Kantonsrates von der höheren zur niedrigeren Wählererschaft mit einer Rücksichtslosigkeit fassiert worden, die wohl manchem, der der Reaktion zugeneigt ist, die Augen öffnen werden. Die Schuld an den ganzen Vorkommnissen schiebt das socialdemokratische Blatt der von der „R. Zür. Stg.“ und ihrem Chefredakteur Dr. Bissegger seit Jahren unter dem Schlagwort „Die Socialdemokratie ist der Feind!“ betriebenen bürgerlichen Sammelpolitik zu, die wohl die Demokraten bezimmerte und sie in die Reihen der „Freisinnigen“ als „gesammelte“ führte, gleichzeitig aber auch die Socialdemokraten sammelte. Die Reorganisation der gesamten schweizerischen Socialdemokratie hat dann noch das weitere zur Befestigung der Partei beigetragen.

Die socialistenfresserische „Neue Zür. Stg.“ hat keinen Leitartikel über das Nüchliche Pertheschen ihrer Sammelpolitik an der harten Mauer der socialistischen Phalanx gebracht, sie hat ihre Betrachtungen erst an zweiter Stelle placiert. Unter der Wucht der Thatfachen verliert sie keine Besinnung über die schwere Niederlage der Bürgerlichen, wenn sie es schon gewohnheitsgemäß an Deutelei und Demagogie nicht fehlen läßt. Heute ist die Socialdemokratie unbefruchtete Herrin (im III. Kreise) und Herr Pfleger der Kaiser von Auserhül. Geographisch ist heute die politische Macht in der Stadt Zürich so verteilt, daß West und Nord socialistisch, Süd und Ost freisinnig und demokratisch ist. Die sucht-

bare Niederlage preht dem Hauptblatt der Schweizerischen Kapitalisten das Gefährnis ab, daß nun die Einführung der Proportionalwahl ein Gebot der politischen Notwendigkeit für die Stadt Zürich sei — wir aber wollen sie für den ganzen Kanton, sonst wäre sie der gleiche demagogische Kniff wie die fakultative Proportionalwahl in demselben Gewerbegerichts-Gesetze. Wo die Socialdemokraten die Mehrheit haben, wollen die Bürgerlichen mit ihnen teilen, d. h. ihnen etwas abnehmen, wo aber sie selbst die Mehrheit haben, da möchten sie nach wie vor alles hübsch für sich behalten.

Aus den Äußerungen der übrigen Schweizerpresse seien noch folgende beachtenswerte Bemerkungen erwähnt. Das freisinnige „Luzerner Tageblatt“ schreibt: „Im Wahlergebnis war behauptet worden, kaum 2000 Socialdemokraten seien am 7. April zur Urne gegangen, alle andern Stimmen seien erschlichen oder erlautet worden. Und nun finden die Socialdemokraten mit solchen Stimmenmassen auf! Auch der bisigste „Bürgerliche“ wird nicht mehr behaupten wollen, daß die Tausende und Tausende von Stimmen über 2000 hinaus nur vom Stimmzettel herrührten.“ Das Blatt erklärt dann weiter, daß ihm der Kassationsbeschluß weder rechtlich begründet noch politisch klug zu sein schien und sagt schließlich: „Das Wahlergebnis vom 31. August darf als ein energischer Protest gegen den Kantonsrat und seine Wahlmoral aufgefaßt werden und die Leidenschaften, die der Kassationsbeschluß entfesselt, werden nachwirken, schließlich zum Fortkommen des Gemeinwefens. Die neuen Auserwählten haben also den Bürgerlichen nichts gemutet, aber dem ganzen eher geschadet.“

Voller jubelnder Vegetation ist unsere Parteipresse und ist namentlich die zürcherische Arbeitererschaft. Ihr Jubel am Sonntagabend über den herrlichen Sieg war groß und die Genossen Pfleger, Lang, Greulich, sowie der aus Luzern herbeigeeilte Centralpräsident der Schweizerischen socialdemokratischen Partei, Genosse Aldisser, welche in begeisterten Worten den großen Siegestag feierten, fanden stürmischen Beifall. Dank und Anerkennung wurde unserm Helden „Volksrecht“, dem ausgezeichnet redigierten Organ der Zürcher Arbeitererschaft und seinem Redacteur, dem Genossen Hart, gesendet für die wirksame Arbeit, die in diesem Kampfe von ihm geleistet worden. Den Sieg nennt das „Volksrecht“ eine Verdrängung mit den Genossen für all den Schlupf und die Vergeßlichkeit, die diese den Arbeitern zugesagt haben, und es konstatiert, daß die Socialdemokratie in der Stadt Zürich, nicht bloß in Auserwählung, die Mehrheit hat, wenn die Arbeiter aller Kreise von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen.

Das wird sich in zwei Monaten, bei den Ende Oktober stattfindenden Nationalratswahlen zeigen. Gewähren die „gesammelten Genossen“ unserer Partei von den 9 Nationalratsmandaten nicht eine ihrer Stärke entsprechende Anzahl und es kommt im ganzen Wahlkreise zu einem Kampfe, wie wir ihn soeben in Auserwählung erlebt, es ist nicht unmöglich, daß 9 Socialdemokraten in den Nationalrat gewählt werden. Nach dem Siege von Auserwählung sind die Wahlausichten für uns ebenso günstig als für die Bürgerlichen ungemüßig. Aus der alten Auserwählung ist unsre Partei in Zürich heraus und das hier gegebene gute Beispiel wird aufsteigend und ermutigend zurückwirken auf die Genossen im ganzen Lande. Es geht vorwärts! —

**Polizeispiegel in der Schweiz.** In Genf wurde in einer Versammlung von Parteigenossen der angebliche Student Isaac Perlez aus Moskau, geboren 1874, als Polizeispiegel entlarvt. Er hat in der Versammlung, wie in unserer Schweizerischen Parteipresse berichtet wird, auf Vorhalt zugestanden, in den Jahren 1898 und 1899 im Dienste der russischen Polizei gestanden zu haben, dann aber habe er die Spitzerei aufgegeben und sich nahe dem socialdemokratischen Verein Lemberg, dem Arbeiterbildungsverein St. Gallen sowie den dazwischen bestehenden Vereinen der österreichischen und der italienischen Socialisten angeschlossen, zuletzt war er Mitglied des deutschen Arbeitervereins in Genf. Die Versammlung beschloß, vor dem Verfall öffentlich alle socialistischen Organisationen zu warnen. Verfall ist von großer Statur, hat helles Kopf- und Barthaar, helle, etwas schielende Augen, rundes Gesicht mit großer gebogener Nase. Er spricht deutsch, polnisch, den jüdischen Dialekt, französisch, italienisch und arabisch. —

**Jaurès über die Revanchere Andreé.** Jaurès betont in einem Artikel in der „Revue Socialiste“, daß die Revancherinnen des französischen Kriegsministers Schaumslagerei gewesen seien. Die faden Revanchephrasen, die dem Willen des französischen Volkes durchaus nicht entsprechen, dienen nur zur Verlängerung des rohen Systems der Militärdiktatur. Man brauche nur zu sehen, welche Aufnahme die chauvinistischen Zeitungen Deutschlands der Revanchere Andreé bereitet hätten. Sie freuten sich über sie; sie wußten, daß das höchste Redensarten seien, daß Frankreich den Frieden wolle; aber sie bedienten sich der Ministerrede für ihre Zwecke.

**Reducierungen des Marine-Staats.** Dem „Echo de Paris“ zufolge hat der Marineminister dem neuen Kommandanten des Mittelmeer-Geschwaders Admiral Pottier mitgeteilt, daß er im Hinblick auf die Lage des Budgets dem vom Finanzminister Rouvier ausgeprochenen Wunsch entsprechend Ersparnismaßnahmen durchführen werde und besonders den Effektivebestand des Mittelmeer-Geschwaders in demselben Verhältnisse wie den des Nordgeschwaders verringern wolle. Der Bestand der Panzerschiffe würde dann um je 150 Mann herabgesetzt werden. Das „Echo de Paris“ erhebt Einspruch gegen diese Maßnahmen. —

**England.**  
**Konferenz zwischen Chamberlain und den Boerengeneralen.** Nach einer Londoner Meldung bestätigt es sich, daß am Freitagnachmittag 3 Uhr eine Besprechung zwischen Chamberlain und den Boerengeneralen stattfand, der auch General Kitchener beiwohnen soll.  
Wie es heißt, werden die Boerengenerale außer der Zustimmung politischer Rechte an ihre Mitbürger auch eine Erhöhung der Summe zum Wiederanbau der Farmen um 3 Millionen verlangen. Chamberlain hat Kitchener zurückschicken, um an den Verhandlungen teilzunehmen. —

**Lord Roberts, Kriegsminister Brodrick sowie die Generale Kelly-Kenny, French und Jan Hamilton** sind am Donnerstag nach Deutschland abgereist, um den Kaisermanövern beizuwohnen. —

**Afrika.**  
**Zur Minenarbeiternot.** „Daily Telegraph“ meldet aus Johannesburg vom 3. September: Eine gemeinsame Versammlung der Exekutive der Minenarbeiter hat nach Beratung mit den Ingenieuren der einzelnen Minengruppen und mit dem Verband der Minendirektoren den Grundsatz der Accordarbeit angenommen. Auf diese Weise hofft man Arbeiter für die Minen heranzuziehen, indem man fleißigen und brauchbaren Arbeitern höhere Löhne gewährt.  
Dieser Beschluß ist ebenso schätzig wie die Verordnung des Gouverneurs Milner, die schwarzen Arbeiter durch eine hohe Kopfsteuer zur Arbeit zu zwingen. Die zur Arbeit Gezwungenen sollen dann durch die Accordarbeit entsprechend ausgegütet werden. Das sind die Segnungen der siegreichen englischen Kultur! —

**Amerika.**  
**Eine Schiedsgerichtsbill.** Auf Veranlassung des Senators Quay hat das republikanische Staatskomitee von Pennsylvania an den Gouverneur dieses Staates das Ersuchen gerichtet, die Staatslegislatur zu einer Sondertagung einzuberufen, um eine Bill durchzubringen, welche die Streikenden, sowie die Grundbesitzer nützt, ihre Streitigkeiten einem Zwangsschiedsgericht zu unterbreiten. —

**Ueber den Unfall Roosevelt** wird noch gemeldet: Der Aufscher des Wagens, in welchem Präsident Roosevelt saß, wurde

infolge des Zusammenstoßes 25 Schritt weit geschleudert und schwer verletzt. Der Präsident wurde unter den Trümmern des Wagens, welcher gänzlich zerstört wurde, fast vollständig begraben, befreite sich jedoch sofort ohne fremde Hilfe. Der Präsident und sein Geheimschreiber Cortelton erlitten erhebliche Quetschungen im Gesicht. Roosevelt blieb ruhig und drückte sein lebhaftes Bedauern über den Tod des Geheimpolizisten aus. Er und seine Begleiter begaben sich in ein nahegelegenes Haus und fuhren sodann unter Aufsicht der Weiterfahrt nach Bridgeport, wo ein Dampfer sie erwartete und nach Oyster Bay brachte. —

## Aus Industrie und Handel.

**Der angeblich „gute Geschäftsgang“ in der Textilindustrie.** In einem Teil der Handelspresse wert man in letzter Zeit allerlei Notizen über den guten Geschäftsgang der Textilindustrie verbreitet. Soweit solche Nachrichten nicht überhaupt bloße Stimmungsmache treiben, haben sie nur für bestimmte Gegenden und bestimmte Branchen Gültigkeit, denen aber andre Gegenden und Zweige der Textilindustrie gegenüberstehen, die noch immer hart unter der Krise leiden. So bringt in seiner Nr. 201 das „Sächs. Volksbl.“ eine Zusammenstellung von 53 Firmen des Vogtlandes, fast ausschließlich Annamannvereinen, aus der hervorgeht, daß von den 11644 Beschäftigten dieser Firmen in voriger Woche nur 8091 im Betriebe waren, dagegen 3553, also beinahe ein Drittel, leerstanden. Dazu kommt aber noch, daß schon seit längerer Zeit einige Fabriken des Bezirks gänzlich außer Betrieb gesetzt sind, so daß im ganzen ungefähr 35 Prozent aller Stühle unbeschäftigt sind.

**Welt-Getreide-Ernte.** Das ungarische Ackerbau-Ministerium veröffentlicht seine Schätzung der Gesamt-Getreide-Ernte der Welt. Danach dürfte der Durchschnittsertrag des Weizens 1023, des Roggens 556, der Gerste 402, des Hafers 1058, von Weizen 1047 Millionen Hektoliter betragen. Europa zeigt gegen das Vorjahr einen Mehrertrag von Weizen 08, Roggen 49, Gerste 44, Hafer 32 Millionen Hektoliter, von Weizen einen Windertrag von 48 Millionen. Die überseeischen Staaten zeigen gegen das Vorjahr einen Mehrertrag: von Weizen 14 Millionen Hektoliter, Roggen 14, Gerste 46, Hafer 57, Weizen 364 Millionen Hektoliter. Der Getreide-Ertrag ist daher in Europa um 145, in den überseeischen Ländern um 481 Millionen Hektoliter größer. Der Bericht schätzt den Weizenertrag in Deutschland auf 49 Millionen Hektoliter, den wahrscheinlichen Einfuhrbedarf auf 18; den Ertrag des Roggens auf 121, den wahrscheinlichen Einfuhrbedarf auf 11 Millionen Hektoliter.

**Darfstoffe Vergewerke und Chemische Fabriken.** Der Bruttoertrag des abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt 1036 995 Mark, gegen 1250 156 Mark im Vorjahre. Davon gehen ab für Unkosten 53 000 Mark (im Vorjahre 49 000 Mark) und für Verlust beim Transithandel 98 391 Mark, ferner lassen 343 599 Mark zu Abschreibungen verwendet (im Vorjahre 410 994 Mark) und 40 000 Mark dem Erneuerungsfonds überwiesen werden. Es verbleibt ein Reingewinn von 521 861 Mark (im Vorjahre 760 793 Mark), von dem nach dem Vorschlag der Verwaltung eine Dividende von 5 Proz. zur Verteilung gelangen soll gegen 7 Proz. im Vorjahre.

**Zur Praxis der Losgesellschaften.** Es ist zwar nicht gerade geschicklich, aber erklärlich, wenn mancher, der Tag für Tag sich plagen und schinden muß und doch trotz aller Anstrengung nicht vorwärts kommt, den Wunsch hegt, er möchte doch mal in der Lotterie sein Glück versuchen. Unerklärlich ist es aber, wenn von diesem Verlangen getrieben, kleine Leute sich Losgesellschaften, vielfach sogar ausländischen, anschließen, die in ihrer Mehrheit nichts weiter sind, als niedrige Spekulationen auf die Einfaltigkeit derer, die nicht alle werden. Der einer solchen Gesellschaft Beitretende hat nicht nur keinerlei Garantie, daß die genannten Lose wirklich angekauft und die etwa auf diese fallenden Gewinne richtig ausbezahlt werden, es entspricht auch der Wert der Lose, deren Ankauf zugelagt wird, nur in den seltensten Fällen der Summe, die von den Mitgliedern eingezahlt werden muß. Sehr oft kostet der Ankauf der betreffenden Lose der sogenannten „Bank“, die gewöhnlich hinter solchen Unternehmungen steht, nur die Hälfte oder höchstens zwei Drittel der von den Mitgliedern der Losgesellschaft eingeforderten Gelder; und außerdem stellt sie durchweg auch noch die Finsen ein, welche die zinstragenden Lospapiere abwerfen, so daß sich für die Bank das „Gründen“ von Losgesellschaften als ein außerordentlich profitables Geschäft erweist.

Zur Illustration des Treibens mag folgendes Beispiel dienen. Am Sonnabend, den 23. August, erschien im „Vorwärts“ folgendes Inserat: „Man biete dem Glücke die Hand! Lotterieverein lotteriert. Sucht Mitglied. 82 gefällig erlauchte Lose etc. etc. Meldungen unter „Germania“ Nr. 24 postlagernd Berlin O. 17.“ Ein Parteigenosse, hiesiger Kaufmann, der seit längerer Zeit die Sache der Losgesellschaften verfolgt, ließ darauf an die „Germania“ einen Brief schreiben und um Zusendung eines Prospekts bitten. Er erhielt sofort von der „Losgelegeneits-Gesellschaft „Germania“ unter Leitung des Bankinstituts „Standia“ in Kopenhagen“ einen langen Prospekt mit Einladung zum Beitritt und allerlei Reklameteilchen zugesandt, aus denen hervorgeht, daß die Gesellschaft „Germania“ unter der Leitung des „Bankinstituts Standia“ sich gewerbemäßig mit der Gründung von Losgesellschaften befaßt. Je 100 Mitglieder, die sich auf ihre Annoncen und Reklamen zum Beitritt melden, werden zu einer Losgesellschaft vereinigt und dann durch Unterschift unter eine Beitrittserklärung, die nur ihre Pflicht zum Zahlen festsetzt, von den Gegenverpflichtungen des „Bankinstituts Standia“ aber kein Wort enthält, an die Gesellschaft gebunden. Der Beitrag beträgt für jedes Mitglied 5 Mark pro Monat und zwar auf die Dauer von 30 Monaten, so daß jeder also im ganzen 150 Mark zu bezahlen hat. Die Einzahlung einer Gesellschaft beträgt demnach 15 000 Mark. Dafür übernimmt die „Germania“ beziehungsweise „Standia“ den Ankauf von 82 Lose, deren nomineller Gesamtwert sich auf ungefähr die Hälfte der eingezahlten Summe beläuft, deren Ankauf sich aber nach Umständen Ueberschlag noch etwas niedriger stellen dürfte; denn neben einigen guten Lospapieren befindet sich unter dem Rest viel minderwertiges Zeug: türkische 400 Franc-Lose, Pariser-Lose, Madrider Lose etc. etc. Selbst wenn also die „Germania“ bezw. „Standia“ die angegebenen Lose wirklich kauft, verdient sie bei der Gründung jeder Losgesellschaft etwa 8000 Mark, dazu kommt aber noch, daß nirgends angegeben steht, der Rinderlös aus den zustragenden Papieren würde den Losgesellschaften zugeschrieben; es dürfte also wohl auch dieser noch von der „Standia“ oder der von dieser vor-gezeichneten „Germania“ eingestrichelt werden, und ferner wird — in dem Prospekt ist allerdings nichts darüber gesagt, aber es entspräche nur einem häufigen Brauch — höchst wahrscheinlich das ehrenwerte Institut sich für die Loskäufe und Gewinnauszahlungen auch noch Provisionen berechnen. Dagegen sind die Ausgaben der „Standia“ außerordentlich gering; sie bestehen nur in den Kosten für Inserate und Reklame, das Wort für die Korrespondenz, auch das Rückporto, tragen die Gesellschaftsmitglieder.

Ein famoses Geschäft; und doch fallen auf diesen Wampy immer wieder Leute herein.

## Kommunales.

**Stadtverordneten-Versammlung.**  
25. Sitzung vom Donnerstag, den 4. September, nachmittags 5 Uhr.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung, der ersten nach der zweimonatigen Ferienpause, stehen 75 Nummern, von denen 23 in geheimer Sitzung zur Erledigung kommen sollen. Außerdem liegen vor die dringlichen Anträge betreffend schlemmige Maßregeln gegen die Fleischnot bezw. Fleischtheuerung, und zwar a) der Antrag der socialdemokratischen Fraktion Augustin und Genossen:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr gemeinsam schlemmige Schritte zu unternehmen, den Bundesrat zu veranlassen, die Abspernung der Grenzen gegen die Vieheinfuhr aufzuheben, um die die Volkswohlfahrt schwer schädigende Fleischtheuerung einzuschränken; b) den gemeinsamen Antrag der andren drei Fraktionen:

Mit Rücksicht auf die durch Hemmung der Einfuhr entstandene, die Berliner Bevölkerung und namentlich die minderbemittelten Klassen derselben in ihrer Ernährung schwer schädigende Fleischtheuerung, ersucht die Versammlung den Magistrat, in Gemeinschaft mit der Versammlung bei den zuständigen Reichs- und Landesbehörden auf Beseitigung der Einfuhrverbote vorstellig zu werden.

Die Sitzung wird um 5<sup>1/2</sup> Uhr von Vortrager Dr. Langens mit einem Nachruf für den am 20. v. M. im Alter von 72 Jahren plötzlich verstorbenen Stadt. Theodor Meißner eröffnet. Der Vortrager erwähnt, daß Meißner schon 1891—95 der Versammlung angehört, hebt hervor, daß er nicht bloß in der Versammlung wie in den Ausschüssen und Deputationen seine Schuldigkeit im höchsten Grade getan, sondern auch ein freundliches und liebenswürdiges Benehmen gegen sämtliche Kollegen gezeigt hat und schließlich: „Er war wirklich ein außerordentlich braver und lieber Kamerad, und ich denke, wir werden ihm ein freundliches und wohlwollendes Andenken bewahren.“ (Beifall.) Die Versammlung hat die Worte des Vortragers stehend angehört.

Der Ausschuss zur Vorbereitung des Antrages Augustin betr. den Urlaub der städtischen Arbeiter ist gewählt und hat sich konstituiert.

### Schlemmige Maßregeln gegen die Fleischnot.

Der Dringlichkeit der oben mitgeteilten Anträge wird von keiner Seite Widerspruch entgegengeleitet. Die Versammlung beschließt dieselben vorweg zu verhandeln.

Stadt. Cassel (N. L.): Da die Tendenz beider Anträge dieselbe ist, wird sich in der Beschlußfassung der Versammlung eine erfreuliche Uebereinstimmung zeigen. Daß es sich nicht um einen künstlich gemachten „Mummel“ handelt, daß wirklich eine allgemeine Fleischtheuerung eingetreten ist, beweisen die von allen Seiten aus dem Deutschen Reich erlösenden Klagen und Rufe. Wenn der Landwirtschaftsminister v. Boddiski in dem Bescheide an die Königsberger Kaufmannschaft von einem ständigen Anstieg des Preises für Schlachtschweine spricht, so stimmt das mit der amtlichen Statistik nicht überein. Es steht vielmehr fest, daß sich die Schweinefleischpreise zu enormer Höhe erhoben haben, für den Doppelcentner Lebendgewicht von 96 auf 118 Mark (Hört, hört!) Auch die freihändlerischen Kreisläufe, die, wenn sie länger andauere, zu einer wahren Anarchie werden müßte. Die Gründe für diese Erscheinung liegen zweifellos hauptsächlich in den bestehenden Einfuhrverboten. Dem Minister geht eigentümlicherweise die Rücksicht auf den Schatz der heimischen Schweine vor. Die Rücksicht auf die hinreichende Ernährung der heimischen Menschen vor. Es hört sich wie eine Satire an, wenn man erfährt, daß anlässlich des Kaiserbesuchs in Posen der dortige Magistrat den Minister beschworen hat, dafür zu sorgen, daß in Posen während dieser Zeit für die zukunftsströmende Menschenmenge auch genügend Fleisch zur Ernährung vorhanden sei, und daß der Minister sich auf diesen Appell hinan Herrn — Ring, den Obersten der auf die Verteuerung der Milch wie des Fleisches bedachten Agrarier, gewendet hat! (Heiterkeit.) Diese Fleischnot ist um so bedenklicher, als, wie ebenfalls die „Germania“ zugiebt, die schlechten Erwerbsverhältnisse noch hinzukommen, um der großen Masse der Fleischgenuss noch weiter zu verkrüppeln. Daß mit der Grenzsperrung der Ausfuhr des heimischen Schweinefleischs vorgebeugt wird, ist eine Aufsammlung, die natürlich die Agrarier eifrig vertreten; andererseits steht fest, daß die ausländischen Schweine an der Verhinderung nicht zu Grunde gegangen sind, und daß in den Grenzbezirken die dort zulässige beschränkte Einfuhr noch keine Spur eines Schadens angedeutet hat. In einer Zeit, wo so viel Verdrossenheit über den Gang der öffentlichen Angelegenheiten auftritt, in einer Zeit, die andererseits im Zeichen des Verlechts stehen soll, wird ein solcher Protest von uns wohl nicht wirkungslos verhallen und man wird sich an den entscheidenden Stellen überlegen, ob es nicht besser ist, rechtzeitig einzugreifen und nicht erst dann, wenn es zu spät ist. (Beifall.)

Stadt. Pfammuch (Soe.): Die herrschende Einmütigkeit über das Vorhandensein einer Fleischnot und Fleischtheuerung überhebt mich der Mühe, den Nachweis dafür meinerseits zu erbringen. Der Vertreter der größten Partei in diesem Saale hat dargelegt, daß die daraus erwachsende Gefahr nicht in der Ferne liegt, sondern sich schon nahe auf den Hals gerichtet ist und daß wir thätigst eingreifen müssen, den Zustand zu bejagen. Für die minderbemittelten Klassen gehört der Fleischgenuss schon zu den Necessitäten. Der Vortrager hat das politische Gebiet möglichst zu vermeiden gesucht. Das geht aber nicht ganz, wenn man die Frage grundsätzlich erörtern will, denn durch die agrarische Agitation ist die Frage zu einer politischen geworden. Der Bund der Landwirte, das Ueberagrarium, ist der Träger der künstlichen Fleischtheuerung in Deutschland. Die Ueberagrarien behaupten, die deutsche Landwirtschaft sei ebenso wie in der Lage, für das gesamte tägliche Brot des deutschen Volkes das Korn zu produzieren, wie den Fleischbedarf Deutschlands zu decken. Nach der Statistik sind bis 1897 durchschnittlich in dem vorausgegangenen Jahrzehnt in jedem Jahre eingeführt worden 47 000 Ochsen, 97 000 Kühe, 68 000 Stüd Jungvieh, 11 693 000 Schweine unter 1 Jahr und 2 695 000 ältere Schweine. Diese einfachen Ziffern ergeben für jeden logisch denkenden Menschen, daß die deutsche Landwirtschaft nicht den inländischen Fleischbedarf decken kann. Was die Zeit nach 1897 angeht, über welche mir keine statistischen Zahlen vorliegen, so soll ja inzwischen die deutsche Landwirtschaft ihr möglichstes gethan haben, aber eiliche schon von Herrn Cassel gestreifte Vorkommnisse kräusen diese Behauptung Lügen. In Posen wird freilich auf der königl. Tafel von Fleischnot und Fleischtheuerung nichts zu spüren gewesen sein (Zustimmung), in der Stadt selbst aber desto mehr. Trotz der Verhinderung des Herrn Ring, der dem Minister in Gegenwart des Oberbürgermeisters für genügende Fleischzufuhr in der Zeit der Massenansammlung zu sorgen verprochen, sind nicht mehr als ganze 123 Schweine nach Posen dirigiert worden. (Heiterkeit.) Aber die Dirigierung dieser horrenden Summe Schwine nach Posen hat den sonstigen Auftrieb der Centrale für Viehwirtschaft minimal gestaltet; er bestand aus dem fleißigen Viehhof aus 10 Stüd. Also was nach Posen dirigiert wurde, hat anderswo gefehlt. Wie in Berlin, so ist im ganzen Deutschen Reich der Auftrieb und die Zahl der Schlachtungen auf den Viehhöfen zurückgegangen; speciell aus Bera, Danzig, Dresden werden ganz charakteristische Zahlen gemeldet. Genüß würde die Aufhebung der Grenzsperrung eine wesentliche Milderung schaffen. Ueber die Agrarier haben in dem gegenwärtigen Landwirtschaftsministerium einen Parteimann, der mit allen Fasern aus ihrer Seite steht, denn sonst würde er den Vorhaltungen dieser Art eher Gehör schenken. Auf der letzten Winterparade der Agrarier im Circus Wusch sagte Herr von Oldenburg, es müsse oberster Grundsatz sein, daß niemand im Lande ein Erzeugnis billiger kaufen kann, als es sich im Lande selbst herstellen läßt. Wenn solche Grundätze aufgestellt werden, haben alle Freunde der freien Konkurrenz sich dagegen anzubäumen. Nicht die Händler ihre ganze Politik nach diesen Grundätzen ein, so wird schließlich um Deutschland eine chinesische Mauer aufgeführt, und diejenigen, die nichts zu leben haben, werden einfach auf die Kirchhöfe speibert. Die Grenzsperrung ist seit Jahrzehnten systematisch betrieben worden, sie ist das Komplement zu den höheren Zöllen für die landwirtschaftlichen Produkte, besonders für das inländische Vieh. Die heute für lebendes Vieh bestehenden Zölle will schon die Regierungsvorlage verdoppeln und verdreifachen. Die Agrarier haben für das Vieh und das Fleisch ganz erhebliche Erhöhungen über die Sätze der Vorlage hinaus in der Zolltariffkommission durchgesetzt, und das Ueberagrarium geht belamüßigt selbst darüber noch ganz bedeutend hinaus. Was die Abwehr der agrarischen Bestrebungen betrifft, so werden

wir selbstverständlich der Regierung das Amtgrat schon zu stärken suchen; aber auch unter diesem Gesichtswinkel müssen wir die systematische Grenzsperrung betrachten. Die Unterdrückung der Maul- und Klauenseuche ist für die Regierung die Veranlassung zur Grenzsperrung gewesen. Die deutschen Landwirte selbst wollen darunter nicht leiden, sie wollen auch die Kosten der Versicherung nicht tragen, und die Regierung hat ihnen zugestanden, daß sie in den versicherten Bezirken das noch gesunde Vieh in die Schlachthöfe dirigieren können. Warum sollen dieselben Sicherheitsmaßnahmen nicht auch für das Vieh von jenseits der Grenze zugelassen werden? Es wäre damit die Fleischnot zu einem erheblichen Teile beseitigt. Bei dem Fleischbeschaugesetz ist ja eine weitere Beschränkung der Fleischzufuhr, auch mit hygienischen Gründen motiviert, durchgeführt worden, es darf das sehr beliebte und billige Wachsenfleisch, ebenso Wurst nicht mehr eingeführt werden, zerlegtes Vieh auch nur im Zusammenhang mit Leber, Lunge und Nieren. Damit ist diese Einfuhr fast völlig unterbunden. Die für den Grenzverkehr bestehenden Erleichterungen sind ebenfalls durch rigorose Handhabung in ihrer wohltätigen Wirkung für die Ernährung der Bevölkerung der Grenzdistrikte nahezu aufgehoben worden. Diese Maßnahmen müssen dazu beitragen, die Bevölkerung auffällig zu machen, und wir könnten ja froh sein, wenn die Dinge in dieser Richtung weiter gingen, wenn nicht die Notlage da wäre und schweren Schaden für die Volkswirtschaft brächte. Wie schwer diese Lenkung auf dem Arbeiter- und dem kleinen Gewerbebestand lastet, geht gerade aus den Äußerungen der Metzgermeister und ihrer Presse hervor. Die „Allgemeine Fleischzeitung“ hat die betreffenden Stimmen mit Eifer zusammengetragen und der Fleischmeister Rohmann aus Hannover hat allen Ernstes vorgeschlagen, man solle einmal einen allgemeinen Streik machen und 14 Tage lang keine Schlachtung vornehmen (Heiterkeit), den Fleischern könne es nicht schaden, ob sie schlachten oder nicht, Profit hätten sie doch nicht dabei. So bricht sich die Entrüstung über die Rücksichtslosigkeit eines einseitigen Interessentenkreises Bahn, und der Mann trifft das Richtige, wenn er sagt, lenkt die Regierung nicht ein, dann wird es Zeit sein, daß das Volk bei den nächsten Wahlen die agrarische Seuche aus dem Lande hinausschleift. Das wird auch eine liberale Aufgabe sein. Wir müssen uns werden alles aufbieten; aber auch Sie haben diese Aufgabe, vereinigen Sie Ihre Stimme mit uns, sie wird nicht ungehört verhallen. Es hat mich gefreut, daß der Berliner Magistrat sich im Sommer mit an die Spitze gegen die Protektionierung gestellt hat, daß der Oberbürgermeister mit an der Spitze jener Versammlung gegen diesen unverschämten Vorentzug der Agrarier stand. Ich hoffe, daß der Magistrat mit dem Oberbürgermeister an der Spitze einmütig mit uns Hand in Hand auch gegen den Fleischwucher vorgeht, daß er Schulter an Schulter mit uns den Kampf gegen den agrarischen Uebermut aufnehmen wird, bis wir siegreich daraus hervorgehen werden. Den Agrariern muß begreiflich gemacht werden, daß Deutschland längst nicht mehr in den Bahnen des Agrarstaates wandelt, daß die Industrie emporgelblüht ist, ein Interesse daran hat, vorwärts zu schreiten, und dies nur kann, wenn sie von einem intelligenten, leistungsfähigen, gutgeachteten Arbeiterstand unterstützt wird. (Beifall.)

Damit schließt die Debatte. Ueber die Frage, ob über beide Anträge und in welcher Reihenfolge abgestimmt werden soll, entsteht eine längere Geschäftsordnungs-Debatte. Während der Vorsitz und Stadt. W. o. m. s. e. n. der Meinung sind, daß nur ein Antrag angenommen werden könne und der andre damit erledigt sei, äußern sich die Stadt. v. Cassel und Hugo Sachs entgegen dem Stadt. v. Pfannkuch, Singer und Kreitzing dahin, daß zunächst über den Antrag Cassel, der die Priorität habe, abzustimmen sei, dann aber über den Antrag Augustin. Hiernach wird schließlich verfahren und der Antrag Cassel einstimmig, der Antrag Augustin gegen die Stimmen der Fraktion W. o. m. s. e. n. angenommen.

Im Anschluß an die seiner Zeit vom Magistrat vorgelegte Statistik über die

Das Kuratorium der städtischen Heimstätten für Gefessene sollte nach dem Wunsch der Versammlung um zwei Stadtverordnete vermehrt werden. Der Magistrat schlägt vor, das Kuratorium durch zwei Bürgerdeputierte zu verstärken, da nach der Meinung des Kuratoriums und des Magistrats letztere mehr freie Zeit hätten, um sich den Pflichten dieses Amtes zu widmen, als die vielbeschäftigten Stadtverordneten.

Stadt. Rosenow (R. L.) beantragt Ablehnung der Vorlage und Festhalten an dem früheren Beschlusse. Sei die Ansicht des Magistrats richtig, so müßten alle Stadtverordneten aus dem Kuratorium hinaus. Es sei auch nur gerechtfertigt, daß in dieser Hinsicht immer mehr ansehenden Verwaltung Angehörige aller Gruppen der Versammlung vertreten seien, vor allem die Sozialdemokraten, damit diese in die Lage kämen, sich selbst von dem tatsächlichen Zustande in dieser Verwaltung zu überzeugen. Es sei nicht erfindlich, weshalb der Magistrat bei dieser Gelegenheit der Schwesterbehörde solchen Mangel an Entgegenkommen zeige.

Stadt. Dr. Weyl (Soz.): Wir sind aus denselben Gründen mit der Vorlage nicht einverstanden und lehnen sie ab, beantragen aber eventuelle Ausschussberatung. Bei Beginn des Geschäftsjahres war man darin einig, daß allen Teilen der Versammlung Gelegenheit zur Mitarbeit in den Deputationen und Kuratorien geboten werden sollte. Bloß dieses Kuratorium sieht noch aus; Stadtrat Margraff hat selbst die Ueberlastung desselben in seiner jetzigen Zusammensetzung anerkannt. Nur bei einer Vermehrung um zwei Stadtverordnete können wir ein Mitglied entsenden. Geeignete Bürgerdeputierte haben wir nicht, man macht uns also die Mitarbeit unmöglich. Ich verweise nicht diesen Mangel an Entgegenkommen, der uns Mitarbeit so wenig einräumt und einfach unterdrückt, während wir doch in unmittelbarer Beziehung zu den Pflegenden stehen. Die Gründe des Magistrats sind gar keine Gründe.

Nach weiterer Debatte, in welcher Stadtrat Margraff sich für einen Ausschuss erklärt und den Vorwurf zurückweist, daß der Magistrat gegen die Mitglieder von Stadtverordneten eine prinzipielle Abneigung hätte, bemerkt

Oberbürgermeister Reichner: Wenn der Magistrat zu der Auffassung kommt, daß ein Beschluß der Versammlung in anderer Weise angefaßt werden sollte, dann liegt doch kein Mangel an Entgegenkommen darin, wenn er pflichtgemäß diese seine Anschauung vertritt. Der Magistrat hat doch nicht einfach die Beschlüsse der Versammlung anzunehmen.

Stadt. Singer (Soz.): Das Recht des Magistrats, einen Beschluß von uns abzulehnen, ist unbestritten, aber anders steht die Frage, ob er gut thut, sich zum Temoz darüber zu machen, welches Maß von Arbeitskraft die Stadtverordneten ihren amtlichen Pflichten opfern wollen. Das hat er gethan. Nicht aus objektiven Gründen hat er die Notwendigkeit nachgewiesen, Bürgerdeputierte zu nehmen, sondern er erklärt uns, wir hätten nicht die Zeit dazu. Die Entscheidung darüber können wir doch selbst beantragen; diese vöterliche Fiktion entspricht zwar dem guten Herzen des Magistrats, ist aber nicht recht vereinbar mit der Auffassung einer gleichgestellten Kommunalbehörde.

Oberbürgermeister Reichner: Unsere Gründe sind rein objektive. Wollten Sie jetzt Stadtverordnete, wir haben nichts dagegen und werden uns in dem Ausschusse verständigen.

Die Angelegenheit geht an einen Ausschuss.

Schluß 9/10 Uhr.

**Achtung, Schuhmacher!** Wir machen unsere Mitglieder noch an dieser Stelle auf die am Sonnabend, den 6. d. M., stattfindende Urabstimmung über die obligatorische Einführung des Lohalfondsbeitrages aufmerksam. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, sich an dieser Abstimmung zu beteiligen, damit der Wille der Gesamtheit zum Ausdruck gelangt. Das Nähere ist durch Flugblätter und durch Infertat in heutiger Nummer bekannt gegeben.

Berein Deutscher Schuhmacher.

**Töpfer, 14. Sachs- und Eisenmacher der Ofenfabrik von Jänike in Rathenow** haben die Arbeit niedergelegt, weil der Unternehmer sich weigerte, irgendwelche Zugeländnisse bezüglich des von den Arbeitern geforderten Veltener Tarifs zu machen.

**Centralverein für Arbeitnachweis zu Berlin.** Bericht über den Geschäftsbetrieb im Monat August 1902:

Ungeleitete Arbeiter	Maler	Sticker	Kempner	Tapezierer	Weiber	Zusammen
1147	1022	261	112	269	233	3640
Von Arbeitgebern						
1661	1549	185	92	298	255	4040
In Arbeit gebracht						
1492	1128	162	75	232	196	3284

**Deutsches Reich.**

**Verschmelzung der Textilarbeiter-Organisationen.** Am 31. August hat sich die in Baden abgehaltene Generalversammlung des Rheinbundes der Weberverbände mit der Verschmelzung befaßt. Nach lebhaften Debatten, an denen sich unter anderem Kater als Vertreter der Vertrauensmänner-Centralisation und Legin als Vertreter der Generalunion beteiligten, wurde ein Antrag auf Verschmelzung zur Abstimmung gebracht. Es wurden 29 Stimmen dafür und 25 dagegen abgegeben. Da aber nach dem Statut zur Auflösung des Verbandes eine 75-Mehrheit erforderlich ist, so wurde beantragt, daß bei der Verschmelzung die einfache Mehrheit entscheiden soll. Dieser Antrag wurde nach heftiger Debatte angenommen. Der „Textil-Arbeiter“, dem wir die vorstehenden Angaben entnehmen, sagt am Schluß seines Berichtes: „Da kein Antrag auf Urabstimmung gestellt war, so hat die Generalversammlung endgültig entschieden.“

Wolffs Telegraphenbureau berichtet, daß neuerdings der in Aachen ansässige Hauptvorstand des Weberverbandes, wie auch dessen dortige Filiale gegen den Beschluß der Generalversammlung Einspruch erhoben haben.

**Achtung, Lederarbeiter!** Die Sperre über Königsee ist hiermit aufgehoben. Der Centralvorstand.

**Die Gewerbegerichts-Wahl in Glogau** endete mit einem glänzenden Siege der vom Gewerkschaftsrat aufgestellten Arbeitnehmerkandidaten. Auf diese entfielen 842 Stimmen, während die Kandidaten der Hirsch-Dunderschen nur etwa 60 Stimmen erhielten.

**Böhme und die Arbeitszeit der in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter**

hatte die Versammlung am 13. Juni 1901 beschlossen, den Magistrat zu ersuchen:

1. für sämtliche Betriebe Arbeiterauschüsse einzuführen mit Gewährung des aktiven Wahlrechts an alle großjährigen Arbeiter und des passiven an die mindestens 25 Jahre alten, sofern sie wenigstens 8 Jahre im Betriebe thätig sind;
2. die Arbeitszeit durchweg — mit Ausschluß der Landwirtschaft — auf 10 Stunden herabzusetzen;
3. die Mindestlöhne der vollbeschäftigten Arbeiter auf 3,50 M. zu erhöhen;
4. Ueberstunden sowie außerordentliche Sonntags- und Nachtarbeit, so weit es noch nicht geschieht, entsprechend höher zu lohnen.

Der Magistrat erwidert unterm 11. Juli d. J., daß tatsächlich fast bei allen Verwaltungsstellen diesen Grundfäden entsprochen wird; die bei der Deputation II, dem Viehhof und der Desinfektionsanstalt I noch fehlenden Arbeiterauschüsse sollen eingerichtet und die Geschäftsordnungen der letzteren dem Magistrat zur Genehmigung vorgelegt werden, der Lohn der im Nachschichtdienst der Arbeitshaus- und Obdachverwaltung sowie in der Tiefbauverwaltung vollbeschäftigten Arbeiter, sowie der Anfangslohn der bei der Konfektionsfabrik beschäftigten vollkräftigen Arbeiter (Kohlenarbeiter, Fuher, Druckrohr-Aufsicher, Kanal- und Sandfang-Arbeiter), endlich der Lohn der Polizei der höheren Lehranstalten soll eine Erhöhung auf 3,50 M. erfahren.

Die Versammlung nimmt die Vorlage ohne Debatte zur Kenntnis.

Der in der Pfingstwoche 1903 in Berlin tagende V. Internationale Kongress für angewandte Chemie soll auf städtische Kosten im Rathenow festlich empfangen werden; die Versammlung bewilligt dafür 10.000 M.

Die Vorlage wegen Neubaus einer Turnhalle nebst Abortgebäude auf dem Grundstück der 69. Gemeindefabrik, Al. Frankstraße 6, geht an einen Ausschuss.

Für das Friedrich-Wilhelms-Hospital und die Sicken-Anstalten in der Fiedelsstraße soll ein zweiter Assistenzarzt angestellt werden.

Stadt. Gottfr. Schulz (Soz.) hält diese Verbesserung des ärztlichen Dienstes an den qu. Anstalten für nicht ersterst genügend. Auch Stadtrat Strahmann habe schon im Juni gründlichere Bedenke verlangt. Es müßten für die 573 Schwerkranken des Sickenhauses mindestens zwei Assistenzärzte hinzukommen, außerdem ein Chirurgenarzt angestellt werden. Die 200 Kranken im Hospital seien überhaupt ohne Arzt; das sei ein Verbrechen, die armen Kranken dort so liegen zu lassen. Mindestens müsse auch hier ein Assistenzarzt stationiert werden. Redner beantragt Ausschussberatung.

Stadtschulrat Gerstenberg entgegnet, daß die Wünsche vom Magistrat anerkannt werden und sein Vorschlag erst der Anfang der Ueberänderung des ärztlichen Dienstes an den Anstalten sei. Es komme auch der Mangel an geeigneten Kandidaten für die Assistenzarztstellen in Betracht.

Stadt. Dr. Hage (R. L.) ist gegen Ausschussberatung, beantragt aber seinerseits die Annahme der Vorlage mit dem Vorbehalt, daß die Versammlung hiermit ihren früheren Beschluß nicht für erloschen hält, sondern einer Vorlage wegen Reorganisation des ärztlichen Dienstes entgegensteht.

Stadt. Gottfr. Schulz: Der eine Assistenzarzt ist ja schon da; ohne meinen Antrag am Kuratorium hätten wir auch den noch nicht. (Rufe: Na, na!) Wenn Sie 150 M. monatlich gewähren, können Sie sich nicht wundern, daß keine Meldungen erfolgen. Wir schließen uns dem Antrag Hage an.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrag Hage.

Die beiden gegen die Wichtigkeit der Gemeindevählerliste erhobenen Einwendungen werden dem Wahlprüfungs-Ausschuss überwiesen.

Die vom Magistrat vorgelegten revidierten Bestimmungen des Reglements für die Viehscheuch-Entschädigungen und der Entwurf eines Reglements betr. die Entschädigung für an Milzbrand gekallene Tiere werden unverändert angenommen.

**Gewerkchaftliches.**

**Berlin und Umgegend.**

**Die Lohabwertung der Baulempner.** Bis Donnerstag früh hatten 54 Firmen mit etwa 400 Arbeitern die Forderungen unterschrittlich anerkannt. Weitere 12-15 Firmen mit ca. 200 Arbeitern sind bereit, alles zu bewilligen, aber nicht zu unterschreiben. Am Mittwochabend fand im „Deutschen Hof“ eine Besprechung statt, an der die Lohnkommission der Arbeiter und die Streikkommission der Arbeitgeber teilnahmen, außerdem der Geschäftsführer des Unternehmerverbandes Herr Wasse und Cohen von Metallarbeiter-Verband. Bevor in die Verhandlungen eingetreten wurde, verlangten die Vertreter der Arbeiter, daß, um das Prinzip der Gleichberechtigung zu wahren, neben dem Obermeister der Zunng ein Vertreter der Arbeiter zur Leitung der Verhandlungen bestellt werde.

Dem wurde nach einigen von Arbeitgebern gemachten Einwendungen stattgegeben. Nun wurde in die Verhandlung selbst eingetreten. Der erste Punkt der Forderung, wonach die Arbeit nur im Zeitlohn vergütet werden soll, zeitliche eine mehrstündige Debatte, und war eine Einigung nicht möglich. Schließlich wurde ein Vorschlag Cohens angenommen. Danach soll zunächst bis zum 1. April 1903 ein Provisorium geschaffen werden, in dieser Zeit eine zu gleichen Teilen aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestehende Tarifkommission zusammenzutreten, die einen vom 1. April 1903 an geltenden Tarif auszuarbeiten soll. Dieser Vorschlag wurde angenommen und galt es nun noch, die einzelnen Punkte des Provisatoriums festzulegen.

Wieder war es Punkt 1, der Schwierigkeiten machte, und haben schließlich die Vertreter der Arbeiter, um überhaupt vorwärts zu kommen, folgenden weit entgegenkommenden Vorschlag gemacht. Punkt 1 der Forderungen lautete ursprünglich: Die Arbeit wird nur in Zeitlohn vergütet. Bis zum 1. April 1903 soll es heißen: Die Arbeit wird möglichst in Zeitlohn vergütet. Die Arbeitgeber haben diese Forderung angenommen. Punkt 2 und 3 (Reinigungsarbeiten und Sonntagsarbeiten) 1 Stunde, am Tage vor den hohen Feiertagen zwei Stunden früher Feiertag) wurde schnell erledigt. Nun kam Punkt 4: Minimum 1,10 M. Hier gab es wieder eine sehr ausgedehnte Debatte. Die Arbeitgeber wollten eine Lohn-erhöhung zugestehen, aber sich nicht auf einen Mindestverdienst festlegen lassen. Die Arbeitgeber machten den Vorschlag, an Stelle Mindestlohn von 55 Pf. zu setzen „Normallohn“ oder „Durchschnittslohn“. Darauf ließen sich die Arbeiter nicht ein. Eine Verständigung war nach ausgedehntester Debatte nicht möglich und ist dann schließlich an diesem Punkt die ganze angehabte Verhandlung gescheitert. Den größten Teil der Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen wird der nicht sehr geschickten Leitung des Herrn Berger zugerechnet. Um 1/2 Uhr nachts war die Sitzung beendet.

Nun sollte ja heute die Generalaussperrung kommen, und was ist geschehen? Bis jetzt hat gerade eine Werkstoff (Dietrich) mit 23 Mann die Aussperrung gemeldet. Die Arbeiter waren also durchaus im Recht, wenn sie sich durch den Schreckschuß nicht verblüffen oder einschüchtern ließen.

Kommt aber hinterher doch noch eine größere Ausperrung, so sind die Arbeiter vorbereitet und warten der Dinge, die da kommen sollen.

**Der Streik in der Motorwagen-Fabrik vorm. Gottschalk** in Tempelhof ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Firma wünschte gestern mit den Vertretern des Metallarbeiter-Verbandes in Unterhandlung zu treten. Nach längeren Verhandlungen wurde vereinbart: Ein Teil der Streikenden nimmt die Arbeit am Freitagmorgen wieder auf, der andre Teil wird im Laufe der nächsten Wochen eingestellt. Ueberstunden kann die Fabrik noch im Monat September machen lassen, und zwar täglich eine Stunde über die zehnstündige Arbeitszeit. Sobald später über 50 Prozent der Arbeiter nach Feiertag beschäftigt werden sollen, müssen darüber Verhandlungen zwischen der Geschäftsleitung und dem Arbeiterauschuss getroffen werden. Bei Ausbruch neuer Differenzen darf die Arbeit nur dann niedergelegt werden, wenn etwaige Verhandlungen zwischen dem Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes und der Geschäftsleitung resultatlos verlaufen sind.

**Handelsgesellens- und Hilfsarbeiter.** Der Streik bei der Firma John Craven-Barleig, Leipzigerstraße 84, an dem sowohl Handelsgesellens wie Hilfsarbeiter beteiligt sind, dauert unverändert fort. Streikbrecher haben sich noch nicht gefunden. Zugun ist fernzuhalten.

Centralverband der Handlungsgehilfen und -Hilfsarbeiter Deutschlands.

**Bei dem Choristenstreik in Amsterdam** ist es bereits zu mehreren Konflikten mit der Polizei gekommen, die empörend rüchlos gegen die Streikenden vorgeht. Als am Sonntag eine Choristin in die Nähe eines von sechs Schugleuten und einem Polizei-Inspektor eskortierten Streikbrecherzuges kam, um sich die Leute anzusehen, wurde sie plötzlich von Polizisten gepackt, auf die Straße gestoßen und mit Säcken und Sädeln geschlagen. — Gegen das gleichzeitige Vorgehen der Polizei gegen die Streikposten werden vom Amsterdamer Gewerkschaftsrat Protest-Demonstrationen veranstaltet.

Bei der Eröffnungsfeier der „Niederländischen Oper“ kam es zu einer äußerst lebhaften Demonstration gegen die Streikbrecher. Als der Chor auf die Bühne trat, wurde von den obersten Plätzen aus so stark und anhaltend applaudiert, daß vom Orchester nichts zu hören war. Die Leute auf den teuren Logen protestierten dagegen; es entstand ein solcher Lärm, daß der Vorhang herabgelassen werden mußte. Nun veranstaletete die Polizei, die auf der Galerie sehr stark vertreten war, eine förmliche Jagd auf die vermeintliche Schuldigen; wer nicht freiwillig mitging, dem wurden Handfesseln angelegt. „Das Theater“, schreibt „Der Volk“, „war in ein russisches Gefängnis verwandelt. Vanden Linden, der Direktor, stand in der Mitte, um anzuzeigen, wer verhaftet werden sollte, und die Polizisten folgten ihm geborsamt.“ — Auf der Straße war formell der Belagerungszustand erklärt. Wer nicht sofort der Aufforderung zum Weitergehen Folge leistete, wurde verhaftet oder weggestoßen. — Nach Schluß der Vorstellung war alles wieder ruhig.

**Die Tischler und Zimmerer von Molland**, die seit einem Monat in der Lohabwertung standen, haben ihre Forderungen durchgedrückt. Anstatt 11 Stunden, arbeiten sie in Zukunft nur noch 10 Stunden. Für Ueberstunden ist eine Lohrerhöhung von 35 Proz. bewilligt; die Tagelöhne sind auf 2,00 Fr. erhöht.

**In Como streiken 5000 Weber** weil die Unternehmer alle ihre Forderungen rumbweg ablehnten.

**Die Kellner und Köche von Como** sind abermals in den Ausstand eingetreten, weil die Unternehmer die Unterschrift unter die Anträge, die sie im übrigen anerkannt hatten, verweigerten. Die meisten Hotels sind geschlossen.

**Der Streik der Hasenarbeiter von Cetta** (Frankreich) ist nach einmonatiger Dauer zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Arbeitszeit bleibt auf acht Stunden beschränkt. Wartezeit während der Nacht wird nach der ersten Stunde mit 1,50 Fr. entschädigt. Die Aufseher bzw. Vorarbeiter, die bisher von den Arbeitern bezahlt werden mußten, werden in Zukunft von den Unternehmern entlohnt.

**Die Maurer und Handlanger in Bern** haben beschlossen, in eine Lohabwertung einzutreten mit folgenden Forderungen: Minimaler Stundenlohn von 55 Centimes für Maurer und 40 Centimes für die Handlanger, Entziehung des Rechts der Polizei zur Einstellung und Entlassung von Arbeitern. Gleichzeitig wurde beschlossen, auf die Regelung des Lehrlingswesens und materielle Unterstützung desselben durch Gemeinde und Staat zur Heranbildung tüchtiger einheimischer Maurer hinzuwirken.

**Lezte Nachrichten und Depeschen.**

**Martinique.**

Paris, 4. Sept. (B. L. V.) Ein Telegramm des Gouverneurs von Guadeloupe giebt Einzelheiten über die Katastrophe auf Martinique am 30. August. Rorne Rouge und ein großer Teil von Jonba Bouillon sind zerstört. Die Grenze der verwüsteten Zone bildet der Fluss Capot bis zum Thal von Chamysflore. Ebenso hat der Ausbruch die Höhen von Vasse Pointe getroffen.

München, 4. September. (B. L. V.) Wir wie erfahren, hat die Untersuchungskommission die Ursache des Einsturzes der Cornelius-Bridge nicht feststellen vermocht. Die ganze Arbeit mußte als tabelllos bezeichnet werden. Die Gerüste waren aus gutem Holz hergestellt und vorchriftsmäßig aufgestellt.

Amsterdam, 4. September. (B. L. V.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Batavia: Holländische Truppen haben zwei befestigte Orte des Stammes der Gajoes im Gouvernement Achin genommen, wobei 83 Gajoes getötet und 58 Gewehre erbeutet wurden. Die Holländer verloren einen Lieutenant und 4 Mann. Ein Lieutenant, 1 Sergeant und 6 Mann wurden verwundet. Der Präsident des Sultanats ist geflohen und wird von einer Kolonne verfolgt.

Bologna, 4. September. (B. L. V.) Räuber überfielen in der vergangenen Nacht den bekannten Grafen Ferdinando Bonmartini in dessen Palais; sie durchschnitten ihm die Kehle und raubten eine große Summe baren Geldes.

Zur Landtagswahl-Frage.

In einer Parteikonferenz in Breslau hat Genosse Brubns ver- langt, der Rindener Parteitag solle sich von neuem mit der preussischen Landtagswahl-Frage beschäftigen; er vertritt diesen Standpunkt eingehend in der jüngst erschienenen Nummer der „Socialistischen Monatshefte“, und ihm tritt in der gleichen Zeitschrift Genosse Bernstein bei. Kamentlich Brubns wendet sich hierbei gegen die Ausführungen des Genossen Krons in Berliner Versammlungen, die seinen Lesern bekannt sind, und die er in Uebereinstimmung mit den Gegnern als einen „Obstruktionsplan“ bezeichnet. Die freisinnigen Blätter begrüßen diese Artikel natürlich mit Freude — dürfen sie doch hoffen, daß, wenn sie Anklang in der Socialdemokratie finden, die folgenschwere Entscheidung, vor welche die Freisinnigen gestellt werden können (vgl. unseren Leitartikel in Nr. 190), ihnen noch einmal erspart wird. Die „Vossische Ztg.“ kommt denn auch in ihrem, den Ausführungen der Genossen Brubns und Bernstein gewidmeten Leitartikel zu dem Ergebnis:

„Was die Socialdemokratie dazu beitragen, die Macht der Konserwativen-Neutralen Mehrheit bei den Landtagswahlen nach Möglichkeit zu brechen, so wird sie daher ihren Vorstoß nicht gegen die bürgerliche Linke, sondern gegen die Agrarier, die Verteidiger des Dreiklassen-Wahlsystems, die Ultramontanen richten und die Freisinnigen schlechtlweg unterstützen müssen, nicht um der Freisinnigen willen, sondern um ein ausreichendes Gegengewicht gegen die bisher regierenden Parteien zu schaffen.“

Selbstverständlich unterstreicht die „Voss. Ztg.“ auch die Ausführungen des genannten Genossen, die die Möglichkeit und Ausschließlichkeit der sogenannten „Obstruktionspläne“ darthun sollen. Von einem „Obstruktionsplan“ ist aber niemals die Rede gewesen. Wir müssen die Urwahlen und die Abgeordnetenwahlen getrennt behandeln. Genosse Krons hat nie daran gedacht, die Wahlmännerwahlen unmöglich zu machen. Sie sollen nur durch starke Beteiligung der dritten Klasse unter Ausnutzung aller gezielten Handhaben so in die Länge gezogen werden, daß sie den Widerwillen auch der reaktionären Wähler erregen, sie zum Teil von der Wahlbeteiligung zurückzuführen. Maßgebend für diese Zeit ist, daß es im Gegensatz zu andern Klassen bei den heutigen Wahlbestimmungen für die Arbeiter völlig gleichgültig ist, ob die Wahlhandlung eine oder sechs Stunden dauert. Miß der Wähler zu einer bestimmten Stunde am Vormittag (oder Nachmittag) im Wahllokal auftreten, so ist für ihn der ganze (oder halbe) Arbeitstag verloren — unabhängig von der Dauer der Wahl. Die Verengerung des Genossen Brubns, daß man hierbei immer von Urwahlbezirken mit sechs Wahlmännern ausgehen sei, während solche mit dreien die Regel bilden, findet an anderer Stelle des Blattes ihre Erklärung. Man will nun die möglichst lange Ausdehnung der Urwahlen die schlechteste Wahl von Wahlmännern nicht verhindern, so liegen die Verhältnisse bei der Wahl der Abgeordneten anders. Hier wird in der That die Wahl in einer größeren Anzahl von Kreisen unmöglich, wenn auf strenge Durchführung der Vorschriften geachtet wird. Offiziell eingestanden ist die Uebertretung — und zwar die notwendige Uebertretung ohne „Obstruktion“ der Socialdemokratie — für die letzten Wahlen in Teltow-Weesow. Sehr naiv äußerte sich kürzlich die ultramontane Doctumunder „Tremonia“: „Thatsächlich ist nur das Verfahren bei der Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner so unständig und so unpraktisch geregelt, daß bei dieser Prozedur sich schon jetzt in vielen Wahlkreisen die größten Schwierigkeiten ergeben, ja manchmal über gewisse Formalitäten, die sich nicht einhalten lassen (z. B. wegen Mangels eines Lokals, das sämtliche Wahlmänner faßt), hinweggehaupt werden muß.“

Hier fragt es sich ernstlich, ob Socialdemokraten sich in gleichem Maße als Gesetzeswächter aufzuführen können; und wenn in einigen Wahlkreisen durch Versehen der socialdemokratischen Wahlmänner auf Innehaltung der Vorschriften die Wahl vereitelt wird, so wird man das nicht „Obstruktion“ nennen können. Nun meint Genosse Brubns, derartige Versehen ließen sich durch Abänderung des Reglements seitens des Ministers aus der Welt schaffen; das trifft aber nicht zu, hat doch der nationalliberale Abgeordnete Roselle berechnet, daß in einem bestimmten Wahlkreis, wenn nur eine einfache Stichwahl notwendig werden sollte, ohne jede „Obstruktion“ die Wahlhandlung über 30 Stunden dauern müßte. Dazu kommt, daß die Wahl des Protokollführers und der Schriftführer durch die Wahlmänner in der Verordnung vom 30. Mai 1849 festgelegt ist — diese Verordnung kann aber nur durch Gesetz abgeändert werden, nicht durch Ministerialverordnung. Genau das gleiche gilt für die Bestimmung, daß die Wahlmänner Wahlbestimmungen durch den Kommissar zu erklären und zu entscheiden haben. Wie das ordnungsgemäß geschehen kann an Wahlorten, wo kein Lokal vorhanden ist, das alle Wahlmänner faßt, bleibt unerfindlich — dürfen aber Socialdemokraten, ja irgend ein ehrlicher Volksmann derartige Vorschriften verletzen lassen, die doch innerhalb des „erbärmlichsten aller Wahlsysteme“ immerhin eine Wahrung der Rechte der Wahlmänner gegenüber der Willkür des durch die Regierung ernannten Wahlkommissars bedeuten? So steht es mit der sogenannten „Obstruktion“ aus. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese Erörterungen nicht den Plan für unsere Beteiligung an den Landtagswahlen bilden. Einen solchen Plan, der sich genau den Rindener Parteitagsschlußfolgerungen anpaßt, hat Genosse Krons wider alle Willen auf der Provinzialkonferenz der Provinz Brandenburg erörtert. Zunächst die Urwahlen: Ueberall, wo die Partei sich beteiligt, muß sie eigene Wahlmänner aufstellen; das verlangt nicht nur der Parteistatut, den ja z. B. Genosse Brubns abgeändert wissen will — das ist auch sachlich notwendig, da andernfalls die Socialdemokratie ihren Wählern nicht das Opfer eines ganzen oder halben Arbeitstages zumuten kann. Die Bedenken, die freisinnigen Blätter gegen das gleichzeitige Aufstellen freisinniger und socialdemokratischer Wahlmänner-Kandidaten erheben, haben wir bereits in unser Nr. 193 erledigt. Was die einzelnen Genossen in solchen Bezirken thun, wo von Parteienwegen nicht in die Wahl eingetreten wird, bleibt natürlich diesen überlassen. Etwas verwickelt liegen die Verhältnisse bei der Stichwahl. Ist der Socialdemokrat ausgeschlossen, so darf für den freisinnigen Kandidaten gestimmt werden, aber nur dann, wenn dieser bei seiner Aufstellung die Erklärung abgegeben hat, daß er gegebenenfalls bei der Abgeordnetenwahl für einen Socialdemokraten stimmen kann und will (weil Leitartikel Nr. 190); ist diese Erklärung nicht abgegeben, so ist der betreffende Kandidat seinem Schicksal zu überlassen; unsere Wahlmänner stimmen jedoch Verlängerung der Wahlhandlung für den socialdemokratischen Kandidaten, obgleich diese Stimmen ungültig sind.

Für die Abgeordnetenwahl sind Bestimmungen nur nötig, wo Freisinnige und Socialdemokraten erst zusammen über die absolute Majorität verfügen. Hier ist in allen Wahlkreisen, die mehr als einen Abgeordneten zu wählen haben, zu verlangen, daß im ersten Wahlgang ein Socialdemokrat gewählt wird, worauf dann im zweiten, und wo drei Abgeordnete zu wählen sind, auch im dritten Wahlgang ein Freisinniger gewählt wird — gleichgültig, ob die Freisinnigen oder die Socialdemokraten mehr Wahlmänner haben. Selbstverständlich muß diese Abmachung mit andern Parteien die Genehmigung des Parteivorstandes finden; dies kann aber ganz allgemein für alle Kreise gleichmäßig gegeben werden. In Wahlkreisen mit nur einem Abgeordneten wird eine „Abmachung“ überhaupt nicht nötig — bei der Stichwahl fällt derjenige aus, dessen Wahlmännerzahl die geringere ist. Völlig verkehrt — wenn auch nach dem Rindener Beschluß unter Zustimmung des Parteivorstandes zulässig — wären Abmachungen über die Wahlkreisgrenzen hinaus, etwa derart, daß in einem Wahlkreis die socialdemokratischen Wahlmänner die Freisinnigen zu wählen hätten, wogegen in einem andern die freisinnigen Wahlmänner den Socialdemokraten ihre Stimme geben

sollten. Bei einer solchen Abmachung würden wir ohne jeden Zweifel über Ohr gehauen werden, auch wenn die vertragsschließenden freisinnigen Führer dem besten Willen besetzt wären.

Die Gründe für den eben kurz entwickelten Plan und Erwägungen, wie die Freisinnigen sich zu ihm stellen können, haben wir in unserem Leitartikel in Nr. 190 gebracht. Es ist selbstverständlich, daß wir unter diesen Umständen mit der Resolution der Brandenburger Provinzialkonferenz — Aufrechterhaltung des Rindener Beschlusses — voll und ganz einverstanden sind; ja wir sind der Meinung, daß eine nochmalige Abänderung des Parteitagsschlusses, selbst wenn er nicht so glücklich formuliert wäre, nur schädigend auf die Bewegung wirken würde.

43. Genossenschaftstag.

Kreuznach, 3. September.

Die erste Hauptversammlung begann heute vormittag unter außerordentlicher Beteiligung im Kaiserloale.

Der Anwalt, Abg. Dr. Crüger (Charlottenburg) erstattete den Rechenschaftsbericht und bemerkte: Das Genossenschaftswesen hat eine wesentliche Verschiebung erfahren. Auf der einen Seite ist man bemüht, die Genossenschaften dem Großbetrieb dienstbar zu machen und auf der andern Seite mit Hilfe der Genossenschaften die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung umzuwälzen. Man nennt uns kleinbürgerliche Genossenschaftler. Ich akzeptiere das. Wir sind bestrebt, dem Mittelstand, dem Handwerker und Arbeiter zu helfen. Wir wollen die Kluft zwischen Arm und Reich überbrücken. Selbst angenommen, der socialdemokratische Zukunftsstaat wäre durchführbar, so läßt sich derselbe doch nicht in den nächsten Jahreszehnten, sondern vielleicht erst nach Hunderten von Jahren einführen. Ich frage, soll der Mittelstand bis dahin nichts zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage thun? Das kommt mir so vor, als wenn ein Arzt, der zu einem Kranken gerufen wird, sagt: wozu soll ich dem Kranken noch helfen, er muß ja doch schließlich einmal sterben. Ich bin entfernt, der socialdemokratischen Reichstagsfraktion einen Vorwurf zu machen, aber es ist doch nicht zu leugnen, daß an der Spitze einer ganzen Anzahl Konsumvereine notorische Socialdemokraten stehen, die das Bestreben haben, mit Hilfe der Konsumvereine die heutige Wirtschaftsordnung umzuwälzen. (Rufe: Sehr richtig und bestiger Widerspruch.) Die Folgen machen sich bereits geltend. Man beginnt in verschiedenen deutschen Staaten den Genossenschaften Schwierigkeiten zu bereiten. Unsere Genossenschaften dürfen den neutralen Boden niemals verlassen, wenn sie den von Schulze-Delitzsch aufgestellten Grundsätzen treu bleiben wollen. Heute, die in die Konsumvereine den Klassenkampf hineintragen, haben in unserem Verbands keinen Raum. (Stürmischer Beifall und bestiger Widerspruch.) Die politische Parteilichkeit der Genossenschaftsmittelglieder ist uns vollständig gleichgültig. (Rufe: Sie dürfen aber bloß freisinnige im Verbands.) Dr. Crüger: Reineswegs. Wir können aber nicht mit Leuten weiter in gedehelter Weise zusammenarbeiten, die, wie von den Konsumvereinen Hamburgs geschehen, in ihrem Wochenbericht einen Satz aus dem Buche des Dr. Niebuhr abdrucken, der da lautet: „Schulze-Delitzsch sucht mit bombastischen Redensarten die Nothwehr der deutschen Genossenschaften zu vertheidigen.“ (Hört! hört!) Ich erkläre dies Buch für eine Schandabschrift ersten Ranges. (Stürmischer Beifall und bestiger Widerspruch.) Wenn das so weiter geht, dann bekommen wir noch mehr parteipolitische Konsumvereine, denn bereits beginnen die christlichen Genossenschaften ihren Mitglieder die Bildung von Konsumvereinen zu empfehlen. Wir leben in einer Sturm- und Drangperiode. Umso mehr müssen wir einig und geschlossen zusammenstehen und darauf achten, daß wir den von Schulze-Delitzsch uns gewiesenen Weg der Selbsthilfe und Neutralität nicht verlassen. Man hat gesagt: ich solle die Streitart begraben. (Rufe: Sehr richtig!) Aber ich bin in den socialdemokratischen Blättern in einer Weise angegriffen worden, daß ich unmöglich schweigen kann. Die auf dem vorjährigen Genossenschaftstage mit großer Mehrheit angenommene Zeitfrage haben doch den Beweis geliefert, daß der Verband hinter mich steht. (Stürmischer Beifall und bestiger Widerspruch.) Dr. Crüger erwähnte im weiteren, daß die Vangensgenossenschaften von der Angst der Verhältnisse nicht berührt worden seien. Diesen sei anzuraten, möglichst vorsichtig zu verfahren, das Wort „gemeinnützig“ nicht in den Vordergrund zu stellen und lieber auf den Stempel und Steuererlaß zu verzichten, als sich dieser paar hundert Mark wegen den Haß der Grundbesitzer zuzuziehen. Dadurch könnten die Vangensgenossenschaften mehr Schaden als Nutzen haben. Der Redner schloß: Nur durch Festhaltung an den Grundsätzen von Schulze-Delitzsch werde es den Genossenschaften möglich sein, dem Mittelstande und den Arbeitern zu helfen. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Dr. phil. Niebuhr-Dorn: Ich bedauere, daß Herr Dr. Crüger mein Buch eine Schandabschrift ersten Ranges genannt hat. Ich bemerke: ich bin ein großer Verehrer von Schulze-Delitzsch. (Gelächter.) Ich habe nur sagen wollen: Schulze-Delitzsch nahm erst Anstand, aus dem von ihm Geschaffenen die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Die Schulze-Delitzsch'schen Grundsätze sind einfach nicht durchführbar, ohne rücksichtslose Ausschaltung der Konkurrenz. Ich stehe auf dem Standpunkt von Schulze-Delitzsch, Herr Dr. Crüger hält aber an den vor 50 Jahren gegoltenen Grundsätzen fest, die längst der Väterlichkeit verfallen sind. (Stürmischer Beifall und bestiger, lang andauernder Lärm. Rufe: Schluß! Schluß! Weiter sprechen!) Wenn man den Konsumvereinen im Königreich Sachsen Schwierigkeiten macht, so ist der Verband daran schuld, der der sächsischen Regierung nicht allemöglich, aber thatsächlich das notwendige Material zu ihrem Vorgehen angeliefert hat. (Stürmischer Beifall und bestiger Widerspruch.)

Abg. v. Elm-Hamburg: Wie kommt es vor, als braucht der Herr Anwalt hin und wieder ein Attentat, um die Aufmerksamkeit von sich abzulenken. (Beifall und Widerspruch.) Wir haben auf dem vorjährigen Verbandstage den Zeitfragen zugestimmt. Wir stehen also auf dem Boden des Verbandes. Wenn Herr Dr. Crüger dies nicht thut, dann mag er ausweichen. (Beifall und Heiterkeit.) Was uns doch Herr Dr. Crüger ein Exemplar auf den Tisch des Hauses niederlegen, das mittels der Konsumvereine die heutige Wirtschaftsordnung umzuwälzen will. Wir wissen ganz genau, daß nur mit den Konsumvereinen die heutige Wirtschaftsordnung nicht umzuwälzen ist; dazu steht dieselbe noch zu fest. Zudem wir an der Ausgestaltung der Konsumvereine mitarbeiten, stellen wir uns auf den Boden der heutigen Wirtschaftsordnung. Die heutige Wirtschaftsordnung wird sich selbst umwälzen, Namens meiner Fraktion lege ich Protest dagegen ein, daß wir das Bestreben haben, unser Programm auf dem Boden der Konsumvereine zu verwirklichen. Wir sind allerdings offen genug, so sagen: Die Konsumvereine müssen zur Verwirklichung der Kleinrenter-Grundsätze führen. (Stürmischer Beifall und bestiger Widerspruch.) Diese naturgemäße Entwicklung muß sich vollziehen, daran kann nun niemand etwas ändern. (Beifall und Widerspruch.)

Schneidermeister Ch-Götha: Die Ausführungen des Vorredners müssen den Genossenschaftler ein Ansporn sein, mit allen Mitteln für Erhaltung des Mittelstandes einzutreten.

Es kommt sehr auf den Zusammenhang an, in dem die Genossen v. Elm und Buns ihre Äußerungen, falls sie überhaupt richtig wiedergegeben sind, gethan haben. Der Bericht ist uns von einem bürgerlichen Berichterstatter zugegangen und wir sind vorläufig nicht in der Lage nachzuprüfen, wie weit er als Ganzes den Sinn der frohlichen Ausführungen richtig darstellt. Daß die Genossen v. Elm und Buns die Verwirklichung des Mittelstandes nicht als Ziel der Konsumvereine-Bewegung hingestellt haben, erscheint uns zweifellos und geht schon aus der Einschnürung hervor, daß er ganz genau wisse, mit den Konsumvereinen sei die heutige Wirtschaftsordnung nicht zu beseitigen.

Abg. Buns-Weesow: Nicht wir, sondern Sie sind Ihren Grundsätzen untreu geworden. (Lauter Oho, Lärm.) Durch Ihre Schreie widerlegen Sie mich nicht. Wir haben den Mut, so sagen: Das Genossenschaftswesen hat zum Ziel, den gewerblichen Mittelstand zu vernichten. Wenn Sie das bestreiten, fürchten Sie sich vor den Konsequenzen des Genossenschaftswesens. (Stürmischer Beifall und bestiger Widerspruch.) Nicht weil wir Politik in die Konsumvereine tragen, das ist bis jetzt noch keinem Socialdemokraten eingefallen, sondern weil wir die notwendigen Konsequenzen ziehen, will man uns aus dem Genossenschaftsverband herausdrängen. (Beifall und Widerspruch.) Bis 1890 haben die Konsumvereine mit einem Paar hundert Mitglieder vegetiert. Erst als, nicht die Socialdemokraten, sondern die große Masse der Industrie-Arbeiter in die Konsumvereine eintraten, kam Leben in dieselben. Erst von dieser Zeit ab datieren die kolossalen Erfolge. Sollen Sie die Arbeiter aus Ihrem Verbands ausschließen, Sie haben ja noch vorläufig die Mehrheit, dann wird das der Entwicklungsfähigkeit der Konsumvereine nicht den geringsten Schaden thun. (Beifall und Widerspruch.)

Rechtsanwalt Springer-Kreuznach: Ich bin kein Socialdemokrat, ich bin aber der Meinung, es ist nicht richtig, die Socialdemokraten durch Schlußverträge zu unterbreiten. Ich bin doch der Meinung, es entspricht mehr der Würde des Genossenschaftstages, unsere Angelegenheiten sine ira et studio zu behandeln und nicht die Socialdemokraten zu bekämpfen, weil sie Socialdemokraten sind.

Arbeitersekretär Kagenstein-Mannheim: Man hat bisher den Socialdemokraten nachgesagt, sie jagten nur Utopien nach. Nach dem sie sich nun auch an den Konsumvereinen beteiligen und sich somit auf den Boden der heutigen Wirtschaftsordnung stellen, will man sie von der Mitarbeit ausschließen. Nicht durch die Konsumvereine, sondern durch die großen Warenhäuser wird der gewerbliche Mittelstand vernichtet. Ist es dann aber nicht besser, der gewerbliche Mittelstand tritt in unsere Reihen, als daß er einen erfolglosen Kampf um seine Existenz führt. Der ganze Kampf beschränkt sich ja lediglich auf die Konsumvereine. Die Creditvereine werden nach wie vor reaktionär bleiben. (Beifall und Lärm.) Mögen Sie uns ausschließen, Sie werden die Entwicklung der Konsumvereine nicht aufhalten. (Lebhafter Beifall und bestiger Widerspruch.)

Frau Helene Steinbach-Hamburg: Die große Entwicklung der Konsumvereine ist doch lediglich den Arbeitern zu verdanken. (Gelächter.) Meine Herren! Ich spreche doch gewiß sehr ernst, ich weiß nicht, weshalb Sie lachen. (Gelächter.) Meine Herren! Ich erinnere an das Sprichwort: Am vielen Lachen erkennt man den Weisen. (Rufe: Sehr gut, Gelächter.) Seit den letzten vier Jahren, d. h. seitdem die Arbeiter sich an dem Konsumverein in Hamburg beteiligen, ist der Hamburger Konsumverein auf 12.400 Mitglieder gestiegen. Wir haben niemals in den Konsumvereinen Politik getrieben, wir haben nur den Mut, die Konsequenzen aus den Grundsätzen des Konsumvereins zu ziehen. (Beifall und Widerspruch.)

Es wird danach der Schluß der Besprechung beschlossen. Anwalt Dr. Crüger: Ich will den Vorrednern bemerken, daß die Konsumvereine in der Hauptsache durch die Einführung der beschränkten Haftung einen so großen Aufschwung genommen haben. Ich verneine allerdings nicht, daß viel auch die Beteiligung der Gewerkschaften den Aufschwung veranlaßt hat. Jedenfalls haben die Herren Vorredner heute ausdrücklich hervorgehoben: sie haben das Bestreben, den Mittelstand zu vernichten. Auf diesen Entwürfen haben diese Leute in unserm Verbands keinen Platz. Unser Genossenschaftsverband verfolgt den Zweck, dem Mittelstand zu helfen, eine Scheidung mit Leuten, die das Bestreben haben, den Mittelstand zu vernichten, ist daher je eher desto besser geboten. (Stürmischer Beifall und bestiger Widerspruch.)

Es tritt danach eine längere Mittagspause ein. Nach Wiedereröffnung der Verhandlung beantragt Anwalt Dr. Crüger 99 nomhaft gemachte Konsumvereine und Produktivgenossenschaften aus dem Verbands auszuschließen und führt dazu aus:

Meine Herren! Ich bin der Meinung, die Sachlage ist vollständig geklärt. Es handelt sich hier nicht um Persönlichkeiten, sondern um zwei entgegengesetzte wirtschaftliche Richtungen. Wir verfolgen mit unserm Verbands, dem Mittelstand zu helfen, Sie verfolgen den Grundfals, daß der Mittelstand vernichtet werden muß. (Rufe: Nicht muß!) Weshalb wollen Sie denn Bestreben? Sie haben es ja heute vormittag klar und deutlich ausgesprochen. (Rufe: Das ist nicht wahr!) Weshalb sind Sie denn in unserm Verband eingetreten? (Rufe: Wir wollten den Verband verbessern.) Wir sind nach dieser Richtung nicht verbesserungsfähig. Sie wählten ja, daß unser Verband den Zweck hat, den Kleinhandel zu schützen. Sie verfolgen die Vernichtung des Kleinhandels. Sie sind aber in unserm Verband eingetreten in der Hoffnung, in demselben mit der Zeit die Mehrheit zu erlangen und alsdann sich unsere Organisation zu unge zu machen. Ich habe den Herren bereits auf den Verbandstagen in Hannover und Baden-Baden zu verstehen gegeben, daß sie in unserm Verbands keinen Platz haben. Ich habe geglaubt, die Herren werden das feinfühligste Taktgefühl haben, selbst auszuscheiden. (Rufe: Fällt uns gar nicht ein, wir wollen verweigert werden.) Die Herren verstoßen ausdrücklich gegen unsere Satzungen, ich erlaube Sie daher, meinen Antrag anzunehmen. (Beifall und bestiger Widerspruch.)

Arbeitersekretär Kagenstein-Mannheim: Der Herr Anwalt ist Jurist, die meisten Mitglieder der Anwaltschaft sind Juristen. Mit diesem Antrag wird aber jeder juristische Grundfals mit Füßen getreten. (Beifall und Lärm.) Selbst dem ärgsten Verbrecher teilt man mit, wessen er beschuldigt ist und giebt ihm Gelegenheit, sich zu verteidigen. Ich erlaube Sie, ehe Sie einen so schwerwiegenden Antrag annehmen, erst den Ausschließenden Gelegenheit zu geben, sich zu verteidigen. (Beifall und Lärm.)

Direktor Werner-Berlin: Die Herren scheinen jetzt knifsen zu wollen. (Beifall und Lärm. Rufe: Unverschämtheit! Zur Ordnung!) Meine Herren! Das ist eine oft angewandte Redensart. (Rufe: Vielleicht bei den Freisinnigen!) Die Herren haben sich sogar nicht entblüdet, hier Vereine zu denuncieren. (Lärm.) Der größte Schuft im ganzen Land ist der Denunziator. (Fürchterlicher Lärm. Rufe: Unverschämter Kerl.) Meine Herren! Das ist ein Ulat aus dem „Vorwärts“. (Lärm.) Sie machen es ja auf Ihren Parteilagen noch bedeutend schlimmer. Bei Ihnen heißt es: „Wer nicht Order pariert, fliegt hinaus.“ (Lärm.)

Es wird danach der Antrag gestellt, sämtliche Konsumvereine aus dem Verbands auszuschließen. (Stürmischer Beifall der Socialdemokraten.)

Rechtsanwalt Schmidtberger-München: Wir können nicht prüfen, ob wir formell im Recht sind, sondern wir müssen erwägen, daß wir heute noch die Mehrheit haben, haben wir diese Mehrheit erst verloren, dann ist es um unsern Verband geschehen, dann werden wir ausgeschlossen. Als Vertreter des Münchener Konsumvereins erlaube ich Sie, dem Antrage zugestimmen. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Lorenz-Juidan: Herr Rechtsanwalt Schmidtberger hat es mit bemerkenswerter Offenheit ausgesprochen, nicht weil Sie im Recht sind, sondern weil Sie die Mehrheit haben, wollen Sie uns ausschließen. (Beifall und Lärm.) Sie wollen sich nicht mit uns um unsere Grundsätze streiten, sondern Sie schließen und einfach aus, weil Sie die Macht haben. (Beifall und Lärm.) Der Herr Anwalt hat den Ausschluß des sächsischen Konsumvereins-Verbands beantragt, der seit Jahrzehnten zum Verbands gehört und an dessen Spitze mehrere königliche Beamte stehen. Die sächsische Regierung braucht sich jetzt nicht mehr das Material aus dem Bureau des Verbands zu holen, es genügt ihr, daß der Verband wegen seiner angeblichen socialdemokratischen Tendenz ausgeschlossen ist. Laut Satzungen sind Sie nicht berechtigt, uns auszuschließen, aber bei Ihnen geht eben Macht vor Recht. (Beifall und Lärm.) Sie wollen eben die Arbeiter los werden. (Beifall und Lärm.) Unter sich sagen Sie:

Es ist gut, daß wir die Wunde los geworden sind. (Weiß und Lärm.) Sie sollten nur konsequent sein und alle Konsumvereine ausschließen. (Weiß und Lärm.) Fassen Sie nur diesen Beschluß. Dann streichen Sie aber das Wort: „Allgemeiner Verband“. Der Verband wird alsdann dem Marasmus verfallen und Herr Dr. Gröger wird der letzte Anwalt und auch sein eigener Helfer sein. (Stürmischer Weiß und fürchterlicher Lärm.)

**Madestock-Bischen bei Dresden:** Unser Verband der (sächsischen Konsumvereine) zählt 66 Vereine und gehört seit 34 Jahren zum Verband. Wir haben 123000 Mitglieder. Wir haben stets die Interessen des Verbandes gefördert. Wir haben viel für den Verband geopfert. Ich vermisse den Beweis, ob und inwiefern die einzelnen Vereine gegen die Interessen des Verbandes gefehlt haben. Zum mindesten hätte ich erwartet, daß der Herr Anwalt mich von seinem Antrage vorher unterrichtet hätte.

Es wird danach mit großer Mehrheit ein Schlußantrag angenommen.

Mehrere sozialdemokratische Delegierte bemerken: Den von Ihnen vertretenen Vereinen sei die unverdiente Ehre nicht widerfahren, auf der Ausschlußliste zu stehen.

Auf Antrag des Abg. Pens und 30 Genossen fand namentliche Abstimmung statt. Es stimmten 268 Vereine mit Ja, 84 mit Nein. Danach war der Antrag angenommen.

Von Konsumvereinen stimmten 24 für, 53 dagegen. Für den Antrag stimmten u. a. der Verband der sächsischen Konsumvereine, der Verband der Konsumvereine der Lausitz, der Konsumverein „Vorwärts“ und der Konsumverein „Viere“ (Berlin).

Es fand alsdann noch eine Vernehmung über eine Reihe von Anträgen statt, die darauf hinzielen, dem Anwalt das Recht auf Aufnahme eines Vereins in den Verband zu beschränken.

Von dem Justizrat Wollsch wurde bemerkt: Durch die Annahme dieser Anträge würde den ausgeschlossenen Vereinen Gelegenheit gegeben werden, in den Verband wieder einzutreten.

Andereits wurde bemerkt: es sei notwendig die Allmacht des Anwalts zu beschränken.

**Kraffmann-Hamburg:** Er könne mitteilen, daß noch 500 Konsumvereine im Verlande seien, die auf dem Boden der ausgeschlossenen stehen. Der Verband werde daher den Frieden noch lange nicht haben. Er ersuche daher, den Antrag anzunehmen, damit die Konsumvereine in die Lage kämen, eine Organisation zu schaffen, wie sie uns paßt. (Stürmische Heiterkeit.)

**Anwalt Dr. Gröger:** Die Ausführungen des Sprechers haben den Beweis geliefert, daß wir recht hatten, den Antrag auf Ausschluß anzunehmen. Wir haben uns nur gegen Obstruktion geschützt. Im übrigen erlaube ich, den Antrag abzulehnen.

Die Anträge wurden schließlich mit großer Mehrheit abgelehnt und danach die heutige Verhandlung geschlossen.

Abg. Pens teilte mit, daß morgen vormittag die Konsumvereins-Vertreter tagen werden.

## Partei-Nachrichten.

**Zur Brandenburgischen Provinzialkonferenz** macht uns die „Märkische Volksstimme“ den Vorwurf, daß wir es unterlassen hätten, die Berliner Genossen über die „Streiffragen“ zu unterrichten, die die Konferenz „wesentlich“ beschäftigt hätten, und daß unser Bericht einseitig sei, weil darin wohl die Angriffe auf die Genossen des Regierungsbezirks Frankfurt und der Artikel der „Volksstimme“ zur Bezirkskonferenz wiedergegeben seien, aber nicht die Antwort der Angegriffenen.

Die Vorwürfe sind ganz unberechtigt. Die „Streiffragen“, die nach Meinung der „Frankfurter Volksstimme“ die Konferenz „wesentlich“ beschäftigt haben, sind die sehr wenig erquickliche Angelegenheit der Kandidatur in Frankfurt-Lebus und der Streit um die Abhaltung der Regierungsbezirks-Konferenz, beides Dinge, die wir nicht gerade für die wesentlichsten zu halten geneigt sind, mit denen die Provinzialkonferenz zu thun hatte. Unterrichtet waren die Berliner Parteigenossen darüber gerade ausreichend. Zur Frankfurter Kandidatenfrage haben wir am Tage der Konferenz die Resolution des Frankfurter Parteiverbands abgedruckt; unser Bericht enthält das für und Wider in der Sache in zutreffender Ausführlichkeit. Wir haben über sämtliche Streitkonferenzen der Provinz Brandenburg Berichte gebracht, so daß auch die Frage der Regierungsbezirks-Konferenz unsern Lesern hinreichend bekannt war. Leitartikel darüber zu schreiben, wie die „Frankfurter Volksstimme“ hat, ist doch wohl keinen Anlaß. Zudem ist in den Parteiverhandlungen der Berliner Wahlkreise über den Provinzial-Parteitag verhandelt worden. Das sollte doch wahrlich für die Haupt- und Staatsaktion der Regierungsbezirks-Konferenz genügen. Unser Bericht über diesen Gegenstand bringt zur Klärung dieser Streitfrage nicht nur genau so viel wie der Bericht der „Märkischen Volksstimme“, sondern noch mehr; aus ihrem Bericht erfahren wir nicht, was die „Angegriffenen“ zu ihrer Rechtfertigung gesagt haben, wenn auch sie der Rede Oberhards 25 Druckzeilen widmet, während bei uns in 4 Zeilen mitgeteilt ist, daß Oberhard erklärt habe, die Genossen des Frankfurter Bezirks denken nicht an regelmäßige Bezirkskonferenzen, sondern wollten sich nur jetzt vor der Reichstagswahl über ihre Presse unterhalten. Also wozu der Lärm?

Als Vertreter der belgischen Genossen wird **Banderfeld** am Münchener Parteitag teilnehmen.

**Reichstags-Kandidaturen.** Es kandidieren: Für die 3 Kreise Reichensbach-Rosrode, Olag-Habelschwerdt und Frankenstein-Münsterberg Genosse August Kühn; für den 12. hannoverschen Kreis Genosse A. Heymann-Smitzger; für den 14. hannoverschen Kreis Genosse Thielhorn-Gannover; für Freiburg in Baden Genosse Kräuter; für den 11. badischen Kreis Genosse Dreesbach; für den 10. badischen Kreis Genosse Ad. Ged; für H. d. d. M. in Genosse Dr. Kühn-Frankfurt a. M.

**Unfälle auf der Agitation.** Die „Chemnitzer Volksstimme“ berichtet: Am Sonntag spät abends 7 Uhr waren Genossen mit dem Reichstags-Abgeordneten Rosenow, von der Marieberger Versammlung kommend, mit Gehlfuhr nach Pischpau fuhren, kam auf der sehr abschüssigen Straße in Hohndorf der Wagen aus unvorsichtiger Ursache ins Schiefen. Das Pferd stürzte in die Röhre, ging aufspringend, durch, so daß der Wagen nach kurzer Strecke umkippte. Während das Pferd in die Dunkelheit hinausjagte, zerbrach der Wagen und lehrte die Räder nach oben. Die Insassen hatten bei dem Unfall, der ihnen die heißen Glieder oder das Leben hätte kosten können, noch großes Glück. Genosse Riegel-Pischpau kam mit einer klaffenden Wunde an der linken Hand, Genosse Spindler-Pischpau mit einer blutenden Kopfwunde, Genosse Rosenow mit einer Armverletzung davon. Das Pferd wurde endlich in Pischpau auf der Brücke von Straßenpassanten aufgehalten, nachdem es den von Hohndorf eine Stunde langen Weg in ca. 20 Minuten durchraff hatte.

**Oberelbassischer Agitationsbezirk.** Bekanntlich ist auf der am 5. Januar d. J. in Colmar abgehaltenen all-Lothringischen Landeskonferenz die Landesorganisation der Partei im Reichsland aufgehoben worden. An deren Stelle trat eine Bezirksorganisation in der Weise, daß Lothringen einen mit den politischen Grenzen zusammenfallenden Agitationsbezirk Weg bildet, während der das Unterelsaß umfassende Agitationsbezirk Straßburg im Oberelsaß noch die Wahlkreise Colmar und Hapsweiler einfaßt und die drei übrigen Wahlkreise Mülhausen, Gebweiler und Altkirch-Thann als oberelbassischer Agitationsbezirk gruppiert sind. Der letztere Bezirk hielt am vergangenen Sonntag seine zweite diesjährige Parteikonferenz in Mülhausen ab. Es waren zehn Parteiorie durch 28 Delegierte vertreten.

Neben der Hebung der Organisation beschäftigte sich die Konferenz hauptsächlich mit der Parteipresse und zwar mit der Verlegung des Druckortes von Frankfurt a. M., wo das Blatt zur Zeit als Kopfbild der „Volksstimme“ unter dem Titel „Freie Presse für Oberelsaß“ erscheint, nach Mülhausen selbst, um so für die im März 1894

auf Grund des Dittmarparagrafen aufgehobene „Mülhauser Volkszeitung“ Ersatz zu schaffen. Die Konferenz faßte einstimmig eine dahingehende Resolution, die dem Bedauern Ausdruck giebt, daß der Parteivorstand zu einem ablehnenden Entschiede in Betreff der Kandidaturstellung gekommen ist. Für das in Mülhausen zu erscheinende Blatt ist nämlich, nach den geltenden preussischen Vorschriften, eine Kaution von 20000 M. zu stellen, die mit 3 Proz. verzinst wird.

In der Debatte über die kommende Reichstagswahl wurde mitgeteilt, daß für den Kreis Gebweiler von den Parteigenossen als Kandidat der Genosse Joseph Bucher, Mülhändler, Mitglied des Gemeinderats in Gebweiler, aufgestellt ist. Kandidat in Mülhausen ist nach einem älteren Beschlusse der Genosse Leopold Eumel, seit den letzten Wahlen gleichfalls Mitglied des Gemeinderats in Mülhausen. Für Altkirch-Thann liegt ein Beschluß noch nicht vor.

An diese Konferenz schloß sich eine erste Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevorsteher des oberelbassischen Agitationsbezirks. Daran nahmen teil 14 Gemeindevorsteher aus Mülhausen, zwei aus Gebweiler, einer aus Bülh, einer aus Mülheim, je einer aus Hünningen und St. Ludwig. Im ganzen haben die zwei Wahlkreise Mülhausen und Gebweiler 29 sozialdemokratische Gemeindevorsteher, während vor den diesjährigen Wahlen, von den durch den Parteiausbruch betroffenen und auch nicht wiedergewählten Dues und Hidel in Mülhausen abgesehen, nur die Gemeinde Dornach zwei oder drei und die Gemeinde Bülh zwei sozialistische Vertreter hatten. Die Verhandlungen zeigten, wie gründlich und mit welchem Ernst unsere Genossen auch in den kleineren Gemeinden ihre Aufgabe erfüllen. Es wurde beschlossen, schon im November eine zweite derartige Konferenz abzuhalten. Die Versammlung macht es den sozialdemokratischen Vertretern in der Gemeinde zur Pflicht, neben der öffentlichen Berichterstattung über ihre Tätigkeit vor allem unter sich und mit den Parteigenossen ihres Ortes in ständiger Fühlung zu bleiben. Die Gewählten in jeder Gemeinde, und wären es nur zwei, haben demgemäß regelmäßig von Zeit zu Zeit zu gemeinschaftlichen Beratungen über ihr Vorgehen zusammenzutreten.

**Ein neues Arbeitersekretariat in der Schweiz.** Die Arbeiter-Union Schaffhausen eröffnet am 1. Oktober das längst geplante Arbeitersekretariat. Als Sekretär wurde Genosse Schlatter, Advokat früherer Schriftführer, gewählt. Gleichzeitig erklärte die Arbeiter-Union das seit Jahresfrist in Reubausen am Rheinfall erscheinende „Echo“ als ihr Parteiorgan, dessen Redaktion Schlatter neben dem Sekretariat noch zu beorgen hat. Sein Jahresgehalt beträgt 2000 Franken. — In St. Gallen ist der Arbeitersekretär Dr. Keller durch den Schlosser Böschstein ersetzt worden.

**Die Genossen Kärntens** sprachen sich auf ihrem Landes-Parteitago, der am Sonntag in Klagenfurt stattfand, in einer Resolution für die Schaffung eines gemeinschaftlichen Wochenblattes für die Alpenländer aus. Zur Landtagswahl wurde beschlossen, in allen Wahlkreisen der neuerschaffenen vierten Kurie Kandidaten aufzustellen.

**Politisches, Gerichtliches u. dgl.** — Heber die Volksliste sollte in einer Versammlung in Gausch bei Leipzig gesprochen werden. Sie wurde mit folgender Begründung verboten:

Es ist hinreichend beantragt (zu deutsch; bekannt), daß daselbst ein Vorkommnis in Gausch am letzten Tage zur öffentlichen Besprechung kommen soll, das gegenwärtig der zuständigen Entscheidung und Beurteilung unterliegt. Zur Behandlung in einer Volksversammlung, zu der jedermann und womöglich auch Personen im jugendlichen Alter der Zutritt gestattet sein soll, ist aber die Angelegenheit schlechterdings unpassend; vielmehr steht eine dringende Beförderung der öffentlichen Ordnung namentlich insofern zu befürchten, als die Versammlung öffentlich ein Vergernis zu geben geeignet und dazu angethan sein würde, zu stillen anstößigen Äußerungen zu verleiten.

Es ist deshalb die von Ihnen angemeldete Versammlung gesetzlich unstatthaft — §§ 5 und 12 des Vereinsgesetzes vom 22. November 1850.

Die Königl. Amtshauptmannschaft  
J. A. Thiele.

Das Vorkommnis, das die Polizei meint, ist eine unbillige Handlung, die ein Lehrer begangen haben soll. Deshalb verbietet die Behörde die Versammlung mit der Begründung, daß die Stillsitzigkeit gefährdet werden könnte, obwohl doch klar ist, daß es sich, selbst wenn die Sache besprochen werden würde, nur um eine Beurteilung der vorgekommenen Unbilligkeit nach summarischer Erwähnung derselben handeln könnte. Nach dem sächsischen Gesetz ist ein Versammlungsverbot zulässig, wenn es der Zweck der Versammlung ist, unbillige Handlungen zu begehen, dazu aufzufordern oder dazu geneigt zu machen. Das Gesetz hat also wieder einmal nur als bequeme Handhabe dazu dienen müssen, eine unbecommene sozialdemokratische Versammlung zu verhindern.

— **Der Maitrozsch,** der nun einmal in jedem Jahre für unsere Polizei ein Bedürfnis zu sein scheint, kam am Mittwoch vor dem Schöffengericht in Halle zur Verhandlung. Angeklagt waren 35 Personen, Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder u. dgl. Auch eine Frau und ein Handwerksbursche, den man hier am Maitage im Polizeiwort mit aufgegriffen hatte, aber den man niemals wieder sah, waren mit angeklagt. Den Angeklagten war nicht etwa wie den Kriegervereinsleuten eine Fahne weggenommen; nein, sie sollen nur an einem öffentlichen Aufzuge, zu dem die polizeiliche Genehmigung nicht erteilt worden ist, teilgenommen haben; Uebertretung der §§ 10 und 17 des Vereinsgesetzes. Die Angeklagten, die mit andern Parteigenossen von zwei Versammlungen aus Gebichenstein kamen und nach einem Vergnügungszug in Halle wollten, bestritten, daß jenes Spaziergang den Charakter eines Aufzuges hatte. Der Kammerherr des Ober-Polizei-Inspektors Wendemann, ein Herr Inspektor v. Dossow, der sich bei der Maitage „sehr forsch“ gezeigt hatte, war allerdings anderer Ansicht. Er sagte, daß so gegen 1/2 12 Uhr im Mühlbergviertel, wo am Maitage die 33 Eistrierungen vorgenommen wurden, sonst der Verkehr vollständig tot sei; an genannten Tage der Verkehr aber vollständig ausgefallen gewesen sei. Auf die Frage des Verteidigers, Justizrat Herzfeld, wie es denn komme, daß die Angeklagten, die mit den übrigen Teilnehmern der Maitage einen Weg gingen, in jener oberen Gegend, wo zu dieser Zeit gar kein Verkehr durch andre Personen ist, den Verkehr stören konnten, antwortete Herr v. Dossow verächtlich nach etwas längerer Ueberlegung mit den Worten: „Ja, es hat niemand aus seinem Hause heraus gekommt und von der einen nach der andern Straßenseite gehen können.“ Diese äußerst gewagte Angabe eines Beamten unter dem Eide wurde von den Angeklagten allerdings mit Protest widerlegt, aber das half alles nichts. 30 Angeklagte wurden zu je 6 Mark Geldstrafe verurteilt, 2 Tagen Haft, 2 Angeklagte zu je 3 Mark Geldstrafe verurteilt, und nur einer wurde freigesprochen. Als Zeugen waren 29 Polizeibeamte geladen.

## Sociales.

**Unbillige Arbeiter-Schutzverordnung.** Die zum Schutze der Bauarbeiter für Köln erlassene Polizeiverordnung vom 18. November 1901 bestimmt, daß in Neubauten zur Winterzeit nur gearbeitet werden darf, wenn die Räume durch Fenster und Thüren verschlossen sind. Der Architekt und Bauunternehmer Odenhal, der sich hiergegen verweigert hatte, wurde freigesprochen und das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Die Polizeiverordnung vom 18. November 1901 sei rechtmäßig, weil sie als Verordnungs im Sinne des § 120a der Gewerbe-Ordnung keinen ausdrücklichen Hinweis auf diesen Paragraphen und den § 120a der Gewerbe-Ordnung enthalte. Der Hinweis auf das Polizeiverwaltungs-Gesetz genüge nicht, eben weil es sich um eine Verordnung gemäß § 120b der Gewerbe-Ordnung handle,

das heißt um eine Verordnung, die den Schutz gegen außerordentliche Gefahren, die durch besondere Umstände hervorgerufen seien, bezwecke; den Schutz gegen Gefahren, welche speziell die Bauarbeiter bedrohe. Das Polizeiverwaltungs-Gesetz habe, gleich dem Allgemeinen Landrecht, das es nicht erweitere, nur den Schutz gegen allgemeine, das Publikum oder einzelne seiner Mitglieder bedrohende Gefahren im Auge.

## Die beneidenswertesten Reichrentner.

Dem Vorstände der Landes-Versicherungsanstalt Königreich Sachsen gehen laut einer Bekanntmachung hin und wieder, zum Teil anonym, Anzeigen zu, daß die Empfänger von Renten ihrer Fortgewährung nicht mehr bedürftig oder würdig seien. Nach den Bestimmungen des Gesetzes kann eine Altersrente überhaupt nicht, eine Invalidenrente nur dann entzogen werden, wenn in den Verhältnissen des Empfängers eine Veränderung eintritt, die ihn nicht mehr als erwerbsunfähig erscheinen läßt. Eine solche Veränderung ist insbesondere anzunehmen, wenn der Gesundheitszustand des Rentenempfängers sich gebessert oder geküsst hat und der letztere wieder arbeitsfähig erscheint. Der Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt bittet daher Anzeigen, die ihm ohne Nennung des Verfassers zu gehen und einer andern Person in neidischer, gehässiger Weise die Waage nicht gönnen, keine Beachtung zu schenken, andererseits aber auch den Hinweis darauf nicht zu unterlassen, daß die öffentlichen Behörden wie auch die Organe der Krankenkassen nach § 172 des Invalidenversicherungs-Gesetzes verpflichtet sind, ihn auch unangefordert alle Mittelungen zuzulassen, die für den Geschäftsbetrieb hier von Wichtigkeit sind.

**Einer rücksichtslosen Behandlung städtischer Lohnarbeiter** machte sich der Stadtbaumeister in Jüterburg Schmidt. Die dort erscheinende „Öffentliche Volkszeitung“ machte Mitteilung davon, daß der Herr Stadtbaumeister, als er eine dreiwöchige Ferienreise antrat, angeordnet habe, daß den Kammerei-Arbeitern ihr Lohn erst nach seiner Rückkehr ausgezahlt werde. Das Blatt erhielt darauf folgende, seine Angaben durchaus bestätigende Zuschrift:

Jüterburg, den 30. August 1902.  
An die Redaktion der „Öffentlichen Volkszeitung“, hier.  
Wir eruchen Sie ergebenst, in Ihrer heutigen Nummer folgende Erklärung zu bringen:  
Herr Stadtbaumeister Friedel hatte vor Antritt seines Urlaubs die Kammerei-Arbeiter befragt, ob sie damit einverstanden wären, ihre Arbeitslöhne erst nach seiner Rückkehr zu erhalten; wer Geld brauchte, könnte Voranschuss erhalten.  
Darauf hat sich niemand gemeldet.  
Der Zweck der Anordnung des Herrn Stadtbaumeisters war, Anweisungen auf unrichtige Etatmittel zu vermeiden.  
Es ist heute angeordnet worden, daß den Kammerei-Arbeitern ihre fälligen Löhne gezahlt werden.  
Der Magistrat.  
Kriger.

Zu dieser Zuschrift bemerkt das Blatt noch, daß der Herr Friedel gesagt hat, wer nicht drei Wochen warten wolle, müsse entlassen werden. Ob wohl der Herr Stadtbaumeister aus Rücksicht auf die Ordnung des städtischen Etats sein Gehalt für vier Zahlungstermine stehen lassen möchte?

## Aus der Frauenbewegung.

### Arbeiterinnen Berlins, wahret Eure Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassen sind, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen werden oft gekürzt.

Das Gesetz bestimmt:  
**Die Arbeitszeit** dauert für Arbeiterinnen über 16 Jahre 11 Stunden täglich, mit einstuündiger Mittagspause; an Vorabenden von Sonn- und Festtagen nur 10 Stunden, und es muß die Arbeitsstätte an diesen Tagen bis spätestens 5 1/2 Uhr verlassen sein.

**Jugendliche Arbeiter** von 14—16 Jahren dürfen täglich nur 10 Stunden mit einstuündiger Mittagspause sowie je 1/2 stündige Frühstück- und Vesperpause beschäftigt werden.

**Kündigungen und Entlassungen.** Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind z. B.: Unzüchtige Angriffe der Unternehmer oder ihrer Vertreter, Thätlichkeiten, grobe Beleidigungen, unregelmäßige Lohnzahlung, bei Accordarbeit nicht ausreichende Beschäftigung u. dgl.

Die Kündigungsfrist ist eine 14tägige; sie kann durch gegenseitige Vereinbarung ausgeschlossen werden. Wenn Kündigungsfristen bestehen, müssen sie für beide Teile gleich sein.

**Ausstellung von Zeugnissen.** Die Arbeiterin hat das Recht, besondere Merkmale, welche die Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, festzustellen und sich zurückzuziehen.

**Strafgelder.** Bestimmungen über Lohnabzüge in Form von Strafgebern müssen in der Fabrikordnung, die sichtbar aushängen muß, bekannt gegeben sein. Die Verhängung jeder Strafe muß der Arbeiterin ohne Verzug mitgeteilt werden.

**Hygienische und Schutzmaßnahmen.** Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiterinnen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Es ist für genügend Licht, reine gute Luft, Befreiung von Staub und Abfällen zu sorgen; ebenso sind Schutzvorrichtungen an Maschinen anzubringen. In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiterinnen sich umkleiden und nach der Arbeit reinigen, müssen ausreichende, für beide Geschlechter getrennte Umkleide- und Waschräume vorhanden sein. Bedürfnisanstalten müssen in genügender Zahl vorhanden und so eingerichtet sein, daß Sitte und Anstand nicht verletzt werden.

Arbeiterinnen, achtet darauf, daß diese zu Eurem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durchgeföhrt und innegehalten werden.

Wir weisen darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz auf Befreiung der Arbeitsstätten in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Die Namen der Beschwerdeföhrender werden streng geheim gehalten!  
Beschwerden nehmen entgegen: Fr. Waader, Strohgröschensstraße 33, zweiter Hof II. Frau Wansche, Mostoderstr. 47, Hof II, Frau Dr. Beyl, Lothringenstr. 67, I. Frau Lutz, Waterloo-Ufer 9, im Laden. Frau Risch, Uhrenstr. 3, linker Aufg. IV. Frau Tey, Blumenstr. 63, I. rechts. Fr. Heidemann, Alie Jatonstr. 118, IV. Fr. Gränberg, Köpferstr. 8 b, IV. Frau Jeeke, Rixdorf, Steinwegstr. 120, Hof I.

Sprechzeit jeden Mittwochabend von 7—9 Uhr.  
Gewerkschaftsbureau, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, im Laden. Vorm. 9—1 und nachm. 6—8 Uhr.

Die Gewerbe-Inspektions-Assistentinnen Fr. Reichert, Engel-Ufer 4, Fr. Kummerl, Georgenkirchplatz 21, Fr. v. Hennigsen-Förder, Berlin, Prinzen-Allee 88, sind für Arbeiterinnen allein jeden Donnerstag von 7—8 Uhr abends und jeden ersten Sonntag im Monat von 9—10 Uhr vormittags zu sprechen.

**Zur Frauenorganisation in Norwegen.** Der Parteitag der nordwestlichen Sozialdemokratie befaßte sich auch mit der Frage: Was kann und muß getan werden, um die Frauen zu organisieren? Frau Martha Thuaas, die hierüber referierte, forderte unter Verfall der übrigen weiblichen Delegierten, daß die Männer ganz anders als bisher ihre Agitation danach einrichten, daß auch die Frauen herangezogen werden, und daß außerdem eine spezielle Agitation unter den Frauen selbst betrieben werde. — Der Parteivorstandende Chr. S. Knudsen



# Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Wir ersuchen alle organisierten Bauarbeiter dringend, die auf Bauten arbeitenden Klemper nach der Legitimationskarte zu fragen.  
Nur wer im Besitz einer solchen Karte ist, arbeitet zu den neuen Bedingungen.  
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

## Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 7. d. M., vorm. 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal I):  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Rudolf Steiner. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Mitglieder werden aufgenommen. Beiträge werden nur zwischen 9 1/2-11 Uhr angenommen. Zu dem Vortrage haben Damen Zutritt. Um regen Besuch bitten.  
Der Vorstand.

## Verband der Bau-, Erd- u. gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschlands. - Zahlstelle Berlin III.

Sonntag, 7. d. M., vorm. 10 Uhr, bei Herrn Rose, Badstr. 58:  
**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandssachen. 43/11  
Regen Besuch erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

## Töpferträger Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 7. September 1902, vormittags 10 Uhr,  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Lokale Rosenthalerstraße 57 (Hof).

Tages-Ordnung:  
1. Protokoll. 2. Abrechnung des Vertrauensmannes. 3. Gründung einer eignen Verwaltung. 4. Wahl der Ortsbeamten. 5. Der Feuertreff. 6. Welche Stellung nehmen die Kollegen ein betreffs der Organisation zwischen der zentralen und lokalen Richtung der Töpfer? 7. Abrechnung des Vergütungsausschusses. 8. Vereinsangelegenheiten. 43/12  
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Der Vertrauensmann.

## Bleigläser, Glasmaler, Messingglaser.

Freitag, den 5. d. M., in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:  
**Große öffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Situationsbericht über den Streik. 2. Beschlußfassung über die letzte Forderung des Arbeiterverbandes.  
Der Einberufer.

## Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin I.)  
Sonntag, den 7. d. M., vorm. 10 1/2 Uhr, im Graumanns Festsaal, Raubstr. 27:  
**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Was lehrt uns die Bewegung? 2. Abrechnung vom Stichtagsfest. 3. Verbandssachen.  
Zahlreichen Besuch erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

## Tischler-Verein zu Berlin.

Sonabend, den 6. September, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung: Vereinsangelegenheiten, Aufnahme neuer Mitglieder. Unter diesjähriges (31.) Stiftungsfest findet Sonnabend, den 4. Oktober, in „Zandauer“, Rottbühlstraße 4a, statt, bestehend in humoristischer Soiree der Hoffmannschen Norddeutschen Sängler und Pall. Biletts a 30 Pf. sind in der Versammlung und bei sämtlichen gesandtenmitgliedern zu haben. Regem Besuch sieht entgegen. Der Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Orts-Verwaltung.**

Sonntag, den 7. d. M., vorm. 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:  
**Branchen-Versammlung der Bautischler.**

Tages-Ordnung:  
1. Die Gewerkschaftsbewegung in der Arbeiterbewegung. Referent: Genosse Davidsohn. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Obmanns.  
Die Bibliothek ist wieder geöffnet.  
88/6

## Verein deutscher Schuhmacher.

Sonabend, den 6. September, findet in nachfolgenden Lokalen und zu der angegebenen Zeit die Urabstimmung über die obligatorische Einführung des Hoflöhns-Beitrages statt:

1. Pätz, Dragonerstr. 15,	von 5-8 Uhr abends
2. Lerche, Gleimstr. 17,	6-8 "
3. Werner, Schwedterstr. 23/24,	6-10 "
4. Späth, Weinstr. 28,	6-8 "
5. Wöllner, Blankenfelderstr. 10,	6-10 "
6. Bureau, Badmannstr. 10,	4-10 "
7. Wolf, Kopenstr. 42,	8-10 "
8. Meiner, Stallgerstr. 59,	5-10 "
9. Gottschalk, Köpenickerstr. 57,	4 1/2-8 "
10. Singer, Schützenstr. 15/19,	6-11 "
11. Gräter, Lindenstr. 23,	9-11 "
12. Haber, Stephanstr. 11,	0-11 "

Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich recht zahlreich an dieser Abstimmung zu beteiligen.  
(170/1)  
Die Ortsverwaltung.

**Unsinn ist Viel Geld**

für Hüte anzugehen, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. (4982)\*  
Stadensitzhüte 0,75-3 M.  
Herrenhüte weich 1,75-5,25 M. fest 2,00-5,25 M.  
Cylinderhüte 4,00-12,00 M.  
Chapeaux cloaques 7,00-12,00 M.  
im Einzelverkauf bei Arnold & Eggert, Gut-Engels-Geschäft, Waldemarstr. 44, pt. Kein Laden.

## Wohlfahrts-Geld-Lotterie.

Ziehung 4. bis 9. Oktober cr. im Ziehungssaal der Königl. Preussischen Lotterie.  
**16 870 Geld-Gewinne im Betrage von 575 000 Mark bar.**  
Die Hauptgewinne sind: 4948 L\* 100 000, 50 000, 25 000, 15 000 M. etc.  
Lose a 3,30 M. amtlicher Preis (Porto und Liste 30 Pf. extra) empfehlen u. versenden auch gegen Nachnahme u. Briefmarken.  
Werner & Co., Bank-Borlin W., Friedrichstr. 198/199  
Geschäft, Ecke Krausenstrasse.  
Es dürfte sich im Interesse des Publikums empfehlen, umgehend zu bestellen, da diese Lose zum Teil schon mit Aufschlag gehandelt werden und allgemeine Preiserhöhung demnächst eintreten wird.  
Telegr.-Adr.: Millionendecke.

## II. Wahlkreis.

Sonntag, den 7. September, in den Räumen der Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg:

## Großes Volks-Fest.

**Konzert**  
des Sinfonie-Orchesters (Kapellmeister: Herr Max Fischer.)  
Vorträge der Gesangsvereine (Mitgl. des Arb.-Sängerbundes) „Kreuzberger Harmonie“, „Gerechtigkeit West“, „Freiheit West“ u. „Groß Hoffnung“.  
Dirigent: Herr Stell.  
Auftreten der Gesellschaft Strzelewicz. Großer Saal.  
Anfang 4 Uhr. - Biletts im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf. Kinder erhalten eine Stadtkarte gratis.  
210/8

## Charlottenburg.

Sonntag, den 7. September, im Volkshause, Rosinenstr. 3:  
**10. Stiftungs-Fest**

des Konsum-Vereins (E. G. m. b. H.) Charlottenburg.  
**Konzert und Ball. - Theater, Vorträge.**

Belustigungen aller Art. - Reigenfahren.  
Die Kassefläche ist von 3 Uhr an geöffnet. - Anfang 4 Uhr. - Ende 7 1/2 Uhr.  
Entree 30 Pf. inkl. Tanz. - Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.  
129/16 Das Komitee.

## Anzug-, Paletot-, Rosen-Stoffe.

**Räumungs-Ausverkauf!!!**  
Die Bestände unfres Ladengeschäfts  
**Spandauerstr. 33/35**  
werden wegen Aufgabe des Ladens bedeutend unter Preis ausverkauft.  
Brenner & Co.  
Groß- und Versand-Lager jetzt: Königstr. 46 I.  
Reste spottbillig.

## Zähne 2 Mk.

10 Jahre Garantie.  
Teilzahlung wöchentlich 1 Mark.  
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark.  
Plomb. 1,50 M. Reparatur. sof. Umarbeitung schlecht sitz. Gebisse.  
**Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.**  
(Haus Schaarwächter.) Sprechst. 9-7 Uhr. 35/11\*

## Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Wunden auf 10 Pf. Anweisung frei.  
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort, das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Gehört Salicylsäure u. indischen Honigextrakt.)  
Dr. H. Unger in Würzburg.  
Hauptdepot in Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße.  
Gross-Apotheke, Baumstraße 33. - München: Schützen-Apotheke. - Stuttgart: Hirsch-Apotheke. - Breslau: Victoria-Apotheke. 4692L\*

## Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“ Berlin.

Sonntag, den 7. Sept., früh 6 Uhr, Dönhofsplatz a. d. Fendstraße nach Franz. Buchholz. Sonntag, den 14., früh 6 Uhr, am Krimmalfeld nach Hütten (Märkische Schweiz). Nächste Sitzung Mittwoch, den 17. Sept., Waldstraße 8. Gäste willkommen. 13/5

## Arb.-Radf.-Verein „Berlin“.

Sonntag 8 Uhr: Brandenburger Thor nach Hirttenberg. 2 Uhr: Rappentag nach Tegel (Restaurant Brause oder „Eichblüthen“). Näheres siehe Sonntagseinladung. 13/6

## Wäschmaschinen, Werkzeuge etc.

(Konkurrenzen-Anverkauf) für Schloffer, Schmirde, Klemper, Wäschmaschinen etc.  
Holzmartstr. 20.

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**  
Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art, Seiger, Anhalterstraße 40, bei Schmidt.

## Stellensangebote.

**Bretter** für neues Unternehmen gegen Krumm und Probiton folgt gesucht. Schneider, Verlagbuchhandlung, Wilhelmstraße 133. 18470

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**  
Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art, Seiger, Anhalterstraße 40, bei Schmidt.

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**  
Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art, Seiger, Anhalterstraße 40, bei Schmidt.

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**  
Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art, Seiger, Anhalterstraße 40, bei Schmidt.

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**  
Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art, Seiger, Anhalterstraße 40, bei Schmidt.

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**  
Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art, Seiger, Anhalterstraße 40, bei Schmidt.

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**  
Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art, Seiger, Anhalterstraße 40, bei Schmidt.

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**  
Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art, Seiger, Anhalterstraße 40, bei Schmidt.

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**  
Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art, Seiger, Anhalterstraße 40, bei Schmidt.

# Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**  
Von 6 Mark an prachtvolle Pantheone, Porzot, Steintner Bahn, unter Boden. Preis, Septemb. kleine Anzahlung. 1836\*

**Wardianhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137\*

**Vorjährige elegante Herren-Anzüge** und Sommerpaletots sind seitlich in Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verlanhaus Germania, Unter den Linden 21, II.

**Reise spottbillig.** Tuchlager Hofstr. 2. 1775\*

**Steyppdecken** spottbillig. Fabrik Weinstraße 20. 1701\*

**Teppiche!** (Leihstoffe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Ostfelder Markt 4, Bahnhofs Börse. 119/5\*

**Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Regulatorien, Kettler, Uhren** spottbillig. Verlanhaus Reanderstraße 6. Teilzahlung gestattet. 34/19\*

**Teppiche** mit Farbenleichen. Fabriküberlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137\*

**Parabeder,** verstellbar, Sation-fähig wegen Räumungsverkauf, neue Räder 65-75,00, großartige Modelle, gebrauchte Räder in jeder Preislage und jeder Marke von 25,00 an. Ausnahm. günstige Gelegenheitskäufe in sofortiger Abnahme. Fahrrad-Verlanhaus, Neue Schönehauserstr. 11. 1270\*

**Einfachungs-Anzüge,** neueste Facons, in blau und schwarz Kammergarn und Cheviot. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße. 12702\*

**Steyppdecken** billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137\*

**Kolonie** Kaufleute, Ostbahnhofsstr. 600, Markt, keine Anzahlung, gebrauchte Tage, verkauft Walter, Fischerstraße 12.

**Nähmaschinen** ohne Anzahlung. Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpplerstr. 60/61, Vandoberstraße 82, 791\*

**Glasstieble** und Glasflaschen, für Poliermaschinen, respektive Pappgeschicht, polierend, zu verkaufen. Weihenfer, Köpplerstraße 40 II, bei Bentler.

**Wästel-Einrichtungen,** sowie einzelne Möbel kann man aus billigen Möbelstücken, Stallgerstraße 25, Ouergebäude I. 12889\*

**Junge Schleiermacher** verkauft Kerwen, Vintenerstraße 50 III. 18418

**Grünfranggeschäft** mit Rolle billig zu verkaufen. Gröbnerstraße 29. 18428

**Reisehandlung.** Große Auswahl in Anwesenheiten, Wästel, Zappen, einzelne Hosen, Capes, Kaffinische, Sammet und Seide. Aufschneiden gratis. Referent: Konrad Eißel, Widenauer, Sommerstraße 30. 18515\*

**Gäse,** billig! Billig! frische Schmelz, sind aus dem Central-Schlacht zum Verkauf. Eibenauerstraße, gegenüber Restaurant Cibulet. Bettledem-Verlan. Hof. 30/5\*

**Verlan.** Meyer, Großhaus, Teilzahlung monatlich 4,00, liefert Buchhandlung Hof, Hofstr. 15. 18508

**Wirtschaft.** Verkauf 2 Zimmer elegante, geblende Anwesenheiten, 2 Wochen benutzt, spottbillig - Brautleuten passend - Kleiderkasten, Wästel, Schrank, Schrank, Schrank, Spiegel 20,00, Viskalota, Sofa, Sofa 18,00, Spiegel, Spiegel, Spiegel 15,00, Schlagregulator, Spieluhr 10,00, Ruchelstühle, Sofa, Teppich, Rohrstühle 3,00. Vollständige schöne Kücheneinrichtung, zu verkaufen 48,00. Wohnung mit Badezimmer ebenfalls sofort mitabnehmbar. Landdörferstraße 14, rechter Seiten-Rügel parterre rechts. 18448

**Verlan.** Meyer, Großhaus, Teilzahlung monatlich 4,00, liefert Buchhandlung Hof, Hofstr. 15. 18508

**Wirtschaft.** Verkauf 2 Zimmer elegante, geblende Anwesenheiten, 2 Wochen benutzt, spottbillig - Brautleuten passend - Kleiderkasten, Wästel, Schrank, Schrank, Schrank, Spiegel 20,00, Viskalota, Sofa, Sofa 18,00, Spiegel, Spiegel, Spiegel 15,00, Schlagregulator, Spieluhr 10,00, Ruchelstühle, Sofa, Teppich, Rohrstühle 3,00. Vollständige schöne Kücheneinrichtung, zu verkaufen 48,00. Wohnung mit Badezimmer ebenfalls sofort mitabnehmbar. Landdörferstraße 14, rechter Seiten-Rügel parterre rechts. 18448

**Verlan.** Meyer, Großhaus, Teilzahlung monatlich 4,00, liefert Buchhandlung Hof, Hofstr. 15. 18508

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art, Seiger, Anhalterstraße 40, bei Schmidt.

**Stellensangebote.**  
Bretter für neues Unternehmen gegen Krumm und Probiton folgt gesucht. Schneider, Verlagbuchhandlung, Wilhelmstraße 133. 18470

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art, Seiger, Anhalterstraße 40, bei Schmidt.

**Stellensangebote.**  
Bretter für neues Unternehmen gegen Krumm und Probiton folgt gesucht. Schneider, Verlagbuchhandlung, Wilhelmstraße 133. 18470

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art, Seiger, Anhalterstraße 40, bei Schmidt.

**Stellensangebote.**  
Bretter für neues Unternehmen gegen Krumm und Probiton folgt gesucht. Schneider, Verlagbuchhandlung, Wilhelmstraße 133. 18470

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art, Seiger, Anhalterstraße 40, bei Schmidt.

**Stellensangebote.**  
Bretter für neues Unternehmen gegen Krumm und Probiton folgt gesucht. Schneider, Verlagbuchhandlung, Wilhelmstraße 133. 18470

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art, Seiger, Anhalterstraße 40, bei Schmidt.

**Stellensangebote.**  
Bretter für neues Unternehmen gegen Krumm und Probiton folgt gesucht. Schneider, Verlagbuchhandlung, Wilhelmstraße 133. 18470

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art, Seiger, Anhalterstraße 40, bei Schmidt.

**Stellensangebote.**  
Bretter für neues Unternehmen gegen Krumm und Probiton folgt gesucht. Schneider, Verlagbuchhandlung, Wilhelmstraße 133. 18470

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art, Seiger, Anhalterstraße 40, bei Schmidt.

**Stellensangebote.**  
Bretter für neues Unternehmen gegen Krumm und Probiton folgt gesucht. Schneider, Verlagbuchhandlung, Wilhelmstraße 133. 18470

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art, Seiger, Anhalterstraße 40, bei Schmidt.

**Stellensangebote.**  
Bretter für neues Unternehmen gegen Krumm und Probiton folgt gesucht. Schneider, Verlagbuchhandlung, Wilhelmstraße 133. 18470



**Lokales.**

**Aus der Stadtverordneten-Versammlung.**

Die erste Sitzung nach den Sommerferien war nicht sehr stark besucht. Sie wurde vom Vorsitzenden eröffnet mit einer kurzen Begrüßungsansprache an die Versammlung und einem warmen Nachruf auf unsere verstorbenen Genossen Stadtverordneten Meyner.

Die Tagesordnung enthielt für die öffentliche Verhandlung ein halbes Hundert Nummern, vorweggenommen wurden aber die beiden von der sozialdemokratischen bezw. von den freisinnigen Fraktionen eingebrachten dringlichen Anträge betreffend die Fleischsteuerung. Die Anträge stimmen inhaltlich überein, unterscheiden sich aber hinsichtlich der Scharfe des Ausdrucks. Den freisinnigen Antrag begründete Herr Cassel. Seine Ausführungen waren treffend, doch von einer Art „Eckigkeit“, die in diesem Falle als zu weitgehend bezeichnet werden muß. Wir haben Herrn Cassel in der Stadtverordneten-Versammlung bei anderen Gelegenheiten schon temperamentvoller sprechen hören. Einen schärferen Ton schlug unser Genosse F. v. Lützow an. Während Cassel die politische Seite der Fleischsteuerung möglichst wenig zu berühren sich bemühte, wies F. v. Lützow nachdrücklich darauf hin, daß die Frage eine hervorragend politische ist. Der sozialdemokratische Redner erinnerte im letzten Teil seiner Ausführungen an die kommenden Reichstagswahlen und richtete an die Liberalen die Mahnung, hier mit dazu beizutragen, daß mit den Lebensmittelpreiserhöhungen, den Agrariern, aufgeräumt werde. Als Genosse Wilmanns seine eindrucksvolle Rede mit der Aufforderung an den Magistrat, sich dem Vorgehen der Stadtverordneten anzuschließen, beendet hatte, blickte alles nach dem Oberbürgermeister und wartete, was der zu sagen haben würde, aber Herr Richter — schwieg. Die Debatte war damit geschlossen. Bei der Abstimmung verfuhr der Vorsitzende der sozialdemokratischen Antrag kurzgerade zu beschließen, weil er sich mit dem freisinnigen deckt und daher überflüssig sei. In einer langen Geschäftsordnungs-Debatte traten F. v. Lützow und Singer diesem Versuch entgegen und forderten die Abstimmung über beide Anträge, während die Mehrzahl der freisinnigen Redner dem Plan, den sozialdemokratischen Antrag unter den Tisch fallen zu lassen, ihre Zustimmung gab. Es wurde schließlich über beide Anträge abgestimmt, aber zuerst über den freisinnigen. Dieser wurde einstimmig angenommen, dagegen fand der sozialdemokratische Antrag bei der „Fraktion Mommsen“ und einem Teil der „Alten Linken“ keine Unterstützung.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde fast alles debattiert. Erst bei der Vorlage über die Anstellung eines zweiten Assistenzarztes für die Siechenanstalten gab es wieder eine Debatte. Unser Genosse Gottfried Schulz brachte hier die Wünsche zur Sprache, die hinsichtlich der Regelung des ärztlichen Dienstes in den Siechenanstalten bestehen.

Zuletzt führte noch der Vorschlag des Magistrats, das Heimstätten-Kuratorium um zwei Bürgerdeputierte zu vergrößern, zu einem lebhaften Redegewand. Von freisinniger Seite rügte Stadtv. Rosenow, von sozialdemokratischer unter Genosse Stadtv. Behl, daß der Stadtverordneten-Versammlung von Anfang dieses Jahres, der die Wahl von noch zwei Stadtverordneten in das Heimstätten-Kuratorium forderte, vom Magistrat unbedacht gelassen worden sei. Als Herr Richter in die Debatte eintritt und sich damit verteidigt, daß der Magistrat doch ebenfalls in der Lage sei, eine Meinung zu haben, wies ihn Singer darauf hin, daß der Magistrat sich nicht in der „väterlichen Art“, wie er es in der vorliegenden Frage getan habe, als „Censor“ der Stadtverordneten aufspielen dürfe. Herr Richter begriff und lenkte ein. Er will in einem Ausblick mit sich reden lassen.

**Eisierungen und kein Ende.**

Daß den Arbeitswilligen behördlicherseits der denkbar größte Schutz gewährt wird, ist bekannt genug, um noch besonders erwähnt zu werden. In welcher Art und Weise aber in letzter Zeit die Polizei gegen die Streikenden vorgeht, dafür haben wir Beispiele, wie sie sich mit den Holzarbeitern in der Warschauerstraße und vor dem Arbeitsnachweis der „Hützerne“ Röhrenarbeiter in der Alexanderstraße abgepielt haben. Diese aufsehenerregenden Vorkommnisse werden aber durch folgenden Vorfall bei weitem übertroffen.

Bei der Firma Schwaarz in der Lindenstraße stehen seit einigen Wochen die dort beschäftigten Arbeiter — Klempner, Dreher, Schleifer, Schmittarbeiter etc. — im Streik. Die Streikenden haben ihr Verbleibsort für sich gegenüber der Firma, Am Donnerstag früh 8 Uhr erschienen plötzlich zwei Schwenker im Lokal und kurz darauf ungefähr 12 uniformierte Säuglinge, ein Kriminalbeamter, ein Wachtmeister und der Lieutenant des zuständigen Polizeiviertels. Die erste Frage war nach dem Klempner D., und als derselbe sich weigerte und der Kriminalbeamter der Privatwohnung des Restaurateurs nach — ja, nach was? — Umschau gehalten hatte, ging es im Zuge, sechs Streikende an ca. 15 Polizisten, nach der Revierwache. Dort wurden die zwei Arbeitswilligen gegenübergestellt, dann dem Klempner D. sämtliche Gegenstände, die er bei sich hatte, abgenommen und er in die Arrestzelle gebracht. Die beiden fünf Streikenden belamen nach Aufnahme ihrer Rationale vom Polizeilieutenant die Bezeichnung, daß sie sich nicht mehr auf der Straße bewegen dürften, denn der Streik sei beendet und was sie machen sei ihr Sache. (H. Am Abend vorher erschienen zwei Arbeitswillige in Begleitung von zwei Säuglingen in dem Verbleibsort der Streikenden und provozierten dieselben. Einer dieser sauberen Herren versuchte es, hinter den Schaustisch zu gehen, wurde aber von der Wirtin daran verhindert. Darauf trat ein Schwenker der Wirtin hindernd entgegen, und gab derselben einen Stoß, daß die Frau über einen Stuhl fiel. Mit ihrer Beschwerde ist die Frau auf der Polizei abgewiesen worden und will nunmehr den Klageweg beschreiten.)

Ein Beauftragter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der am Orte den Sachverhalt beobachten wollte, wurde von dem patronisierenden Schwenker angewiesen, weiter zu gehen, trotzdem er ca. 100 Schritt von der Fabrik entfernt und völlig allein und unauffällig an der Straßenecke stand.

Ob die Behörden glauben, daß sie schon so weit sind, Streiks für beendet zu erklären, oder ob sie meinen, die Arbeiter lassen sich durch solche Behandlung in ihrem Vorgehen beeinflussen, wissen wir nicht. Eins aber wissen wir, trotz Drangsalierung und Chikanierung von Unternehmern und Behörden werden sich die Arbeiter in ihrem berechtigten Streben nach Verbesserung ihrer Klassenlage nicht irren lassen.

**Der gewerbmäßige Stellennachweis**

Ist in Berlin längst als schlimmer Schaden bekannt und wird demnach immer raffinierter ausgebildet. Eine besonders bedenkliche Art, die erst seit wenigen Jahren im Schwange ist, verdient von neuem an einem krassen Beispiel gekennzeichnet zu werden. In der Weinmeisterstraße befindet sich ein Institut für Wohnungseinrichtung, ein Unternehmen, das weibliches Arbeitspersonal an „Herrschaften“ kostenlos vermittelt. Laut Offerte ist als Tageslohn bei zwölfstündiger Arbeitszeit zu zahlen an Hofdamen 2,25 M., an Reinschneidern 1,75 M. und an Ausbissmädchen 1,25 M. Wie schon bemerkt, geschieht die Vermittelung gebührenlos — für Herrschaften. Dagegen haben die arbeitsfindenden Frauen und Mädchen eine unverhältnismäßig hohe Vermittelungsgebühr zu entrichten. Jede Frau muß für jeden nachgewiesenen Arbeitstag im voraus bare 50 Pfennig an den Herrn Direktor zahlen; macht für die Woche mindestens 3 M. oder monatlich 13 bis

14 M. Mit anderen Worten heißt das: Für die Vermittelung der Arbeit hat eine Frau ungefähr den vierten Teil ihres Arbeitsverdienstes zur Unterhaltung des Instituts herzugeben. Und dabei richtet der Inhaber des Instituts in einem Circular noch seine schöne Einrichtung, wonach dem Personal fast der ganze Verdienst direkt zukommen soll, so daß es „mit Lust arbeitet“. Man bedenke, eine Frau, die sich den ganzen Tag über am Waschtrog abmüht, kann von den versprochenen 2,25 M. nur 1,75 M. nach Hause bringen, eine Reinschneidlerin von 1,75 M. nur 1,25 M. und einem Ausbissmädchen bleiben bei 35 Pf. Vermittelungsgebühr von den zugesicherten 1,25 M. nur 90 Pf. übrig. Unter solchen Umständen wird es mit der „Lust“ zur Arbeit wohl nicht besonders weit her sein.

Doch dies ist noch nicht alles in diesem idealen Verhältnis; die Frauen haben sich auch noch besonderen Bedingungen zu unterwerfen. Bei der Annahme einer Arbeit suchenden hält ihr der „Direktor“ nämlich einen Zettel vor, reißt ein großes Stück davon ab und behält es selbst; das kleinere Stück bekommt dann die Frau, und die kann folgende Zeilen darauf lesen:

Ich erkläre mich mit vorstehenden Bedingungen einverstanden und verpflichte mich, niemals der Kundschaft des Instituts meine Adresse anzugeben oder eigenmächtig zu der Herrschaft zu gehen, indem ich mich sonst des Betruges schuldig bekennend ohne jeden Einwand.

Unterschrift . . . . . R. . . . .  
Rechnliche Vorschriften macht der Herr Direktor auch den „Herrschaften“. Auf dem für diese bestimmten Zettel heißt es:

Zur gefl. Beachtung!  
Sämtliche Arbeiterinnen sind Angestellte des Instituts und können von den Herrschaften nicht engagiert werden, indem das Institut kein Stellenvermittlungsbüreau darstellt. Sollte trotzdem von der Herrschaft eine Institutsdarbeiterin unter Umgehung des Instituts weiter beschäftigt werden, so ist dasselbe berechtigt, von der betreffenden Herrschaft den entstandenen Geschäftsverlust (3 bis 10 M.) einzuziehen.

Weiter heißt es auf demselben Zettel in hervorragendem Druck: Die Ueberweisung von Personal erfolgt gebührenlos, jedoch nur auf die Dauer des Auftrages. Es ist nicht gestattet, dieses Personal eigenmächtig zu anderen Tagen unter Umgehung des Instituts wieder zu bestellen, letzteres würde als Betrug gelten und gerichtlich verfolgt werden.

Die Direktion.  
Der Herr „Direktor“ scheint aus einer Gegend zu stammen, wo sich ein jeder seine eigenen Befehle macht, sonst könnte er nicht auf so schamurige Mittel verfallen, um sich einerseits die Kundschaft der „Herrschaften“ und andererseits die Vermittelungsgebühr der armen Frauen und Mädchen zu sichern. Besonders die Arbeiterinnen scheint er einfach als seine Leibeigenen zu betrachten, obwohl er nicht die geringsten Verpflichtungen gegen sie übernimmt. Er vermittelt ihnen gegen gleich bare Vergütung von 50 resp. 35 Pfennig Arbeit für einen Tag, ganz selten für längere Zeit. Ist der Arbeitstag zu Ende, so ist auch das Verhältnis zwischen Vermittler und Arbeitssuchenden beendet. Am nächsten Tage spielt sich das selbe ab: Nachfrage, ob Arbeit vorhanden; wenn ja, dann Zahlung der Vermittelungsgebühr und Eintritt der Arbeit bei der betreffenden Herrschaft. Kann der Vermittler keine Arbeit nachweisen, so geht die Frau wieder fort und sucht sich selbst Beschäftigung, denn der Herr „Direktor“ kann sie in seiner beschränkten Hauslichkeit nicht gebrauchen. Und trotzdem nennt er die Arbeitssuchende stolze Angestellte des Instituts und verlangt, daß sie niemals selbstständig bei einer Herrschaft in Arbeit treten, die ihm vielleicht vor Wochen oder Monaten einmal Auftrag gab, eine Arbeiterin für einen Tag zu besorgen! Ob der Mann nun wirklich so töricht ist, zu glauben, daß sich irgend jemand nach seinen Befehlen richtet?

**Nachgang der Schlachtungen in Berlin.** Der Viehmangel ist keineswegs mit einem Male überaus hervorgetreten, sondern ist, wie die „Allgemeine Preischer-Zeitung“ nachweist, seit längerer Zeit vorhanden; er hat sich allmählich, wie von sachkundiger Seite vorausgesehen wurde, zu der jetzigen Rot ausgebreitet. Einige Zahlen mögen dies beweisen. Die Schweinefleischschlachtungen in Berlin bezifferten sich im Monat August des Jahres 1900 auf 67.709, des Jahres 1901 auf 63.738 Stück, während sie im August dieses Jahres nur 58.581 Stück betragen, also 7152 Stück weniger als im Jahre 1900, und 11.178 Stück weniger als im Jahre 1901. An Rindern wurden im August 1901 in Berlin 15.882, im August dieses Jahres 12.176, also 3706 Stück weniger geschlachtet. Kühe wurden im August vorigen Jahres 14.229, dieses Jahres 12.838, also 1391 weniger geschlachtet. Diese Zahlen reden eine eindringliche Sprache.

**Ueber die Berliner Rechtsanwalte** bringt Justizrat Dr. Strang im „Jur. Literaturblatt“ eine Pleaderie. Gegenwärtig fungieren in Berlin am Kammergericht 81, am Landgericht I 612, am Landgericht II 125 Anwälte. Wohl die Hälfte aller Anwälte, welche an den drei Gerichten tätig sind, wird das fünfundvierzigste Lebensjahr nicht überschritten haben. Schon ist jedoch ihre Zahl zu groß, als daß die Niederlassung hier, wie zur Monopolzeit vor 1879, eine Anwartschaft auf hohes Einkommen gewähren kann. Die Reineinkommen aus der Anwaltspraxis beträgt Dr. Strang bei 8 Prozent der Anwalte über 20.000 M., bei 8 Prozent zwischen 15.000 und 20.000 M., bei 12 Prozent zwischen 10.000 und 15.000 M., bei 50 Proz. zwischen 5000 und 10.000 M., bei 12 Proz. zwischen 3000 und 5000 M., bei 10 Proz. unter 3000 M. Das Einkommen der Rotare, deren es 180 in Berlin giebt, stellt sich durchschnittlich auf 11.000 M., gegen 6500 M. in der gesamten Monarchie; die geringste Einnahme beträgt 55 M., die höchste 105.000 M. — so ungleich verteilt sind des Lebens Güter auch unter den Berliner Rotaren. Das Verhältnis zwischen Anwalt und Richter schildert Dr. Strang wie folgt. Am angenehmen ist die Temperatur im alten Hause an der Lindenstraße (Kammergericht), wo die abgeklärte Ruhe älterer Richter herrscht. Lebhafter ist bereits der Ton am Landgericht II. Und sind auch am Landgericht I scharfe Konflikte zwischen Gericht und Anwalt sehr selten, so werden doch nicht immer diejenigen Formen gewahrt, die zwischen ebenbürtigen Standesgenossen herrschen sollen. Weniger in den Personen, als in den Verhältnissen ist der Grund zu suchen. Bei dem großen Personal der Richter wie der Anwalte fehlt häufig die gegenseitige Bekanntschaft und die hieraus sich entwickelnde Substanzlosigkeit; es gehört nicht zur Tugend, daß sich manche Berliner Richter oder Anwälte eher an Schweizer Wirtshäusern, als an Berliner Gerichtsstätten persönlich kennen lernen. Dazu die Hast und Hitze der vielen Termine und gewisse eigenartige Konstellationen, wie sie gerade an diesem Gerichte nicht selten sind. Ein junger, schneidiger Advokat, eben erst aus dem Examensei getrocknet, dem ein ergrauter Anwalt gegenübersteht; andererseits erfahrene Richter, vor denen blutjunge Anwälte ihre Weisheit anströmen. Wie sollen da Ungelegenheiten und Reibungen ausbleiben! Am schärfsten weht die Luft in Moabit. Seit der Vransewetter-Periode haben sich freilich die Zustände gebessert. Immerhin haben sich gerade hier mannigfache Erfäwungen der an sich schon dornenvollen Aufgabe der Verteidigung zu tief empfundenen Mißständen herausgebildet.

**Der Steuerheber als Anwalt der Notleidenden** — dies Bild tritt einem nicht alle Tage vor Augen. Selbstverständlich sind unter Notleidenden im Sinne des Steuerbeamten nicht etwa die Opfer der gegenwärtigen Geschäftskrisis zu verstehen, die seit Wochen und Monaten arbeitslos auf der Straße umherlaufen und von denen nun auch noch verlangt wird, daß sie ihre Steuern richtig und rechtzeitig zahlen. Der Steuerheber kennt als Staatsbürger von lokaler Bestimmung nur eine Sorte Notleidende, und zwar die Junker im Osten, und

die Rot tritt ihm beileibe nicht in den stidigen Proletariatshüllen entgegen, die er täglich zu Tausenden in allen Variationen des Jammers und des Schmutzes sieht. An den Klüßeln gewöhnt man sich. Dem Mann des Fiskus geht eine andre, schreiende Rot zu Herzen und zwar die berühmte Leutenot der in allen Schattierungen nobilitierenden Landwirtschaft. Unser Freund kommt zu einem in der Nähe des Moritzplatzes wohnenden Arbeiter. Dieser Mann ist seit fünf Wochen ohne Beschäftigung und erklärt dem städtischen Beamten, daß er nicht im stande sei, die fälligen Steuern zu zahlen. Ein Steuerheber von Durchschnittsgröße macht nun nach solcher höflich erteilter Antwort ebenso höflich die Türe von aufen zu und geht zum Nachbar, um dort vielleicht mit mehr Erfolg anzuklopfen. Nicht so der Herr im Erdosten. Er gab auf den ihm gewordenen Bescheid seine sozialpolitischen Erfahrungen wohlwollend zum besten und formuliert sie in folgender Sentenz: „Der arbeitslos ist und Arbeit haben will, braucht nur nach Medlenburg zu fahren, dort werden Erntearbeiter in Menge gebraucht. Es genügt, wenn man eine Zweifelharts an die Herberge zur Heimat schickt!“

Besser hätte es der Inhaber eines Stellenvermittlungsbüreaus auch nicht machen können. Aber da der Steuerheber Steuerheber ist und in dieser Eigenschaft wenigstens während der Dienststunden gut thut, seine Privatgeföhle im innersten Schrein seines Herzens zu verwahren, so sei er durch diese paar Zeilen höflichst an die Grenzen seiner Pflicht erinnert.

**Wirkungen der Fleischsperr.** Die Verminderung des Auftriebs und die Abnahme der Schlachtungen auf dem städtischen Central-Vieh- und Schlachthof hat naturgemäß auch auf die Beschäftigung der Engros-Schlächtergefallen eingewirkt, so daß ein großer Teil derselben entlassen werden mußte. Diese haben sich nun eine andre Stellung suchen müssen und arbeiten als Steinträger auf Bauten, bei Straßenanpflasterungen, in den Eiswerken und dergl. Auch von den Treibern können viele auf dem Viehof keine Verwendung mehr finden, so daß auch diese sich auf eine andre Art ihr Brot erwerben müssen.

**Durch einen Sturz aus dem Fenster** ist eine Frau Abrahamsohn in der Straßburgerstr. 41 ums Leben gekommen. Sie war am Dienstag früh nach 6 Uhr, nur notdürftig bekleidet, aus ihrer im ersten Stockwerk gelegenen Wohnung auf den Bürgersteig herabgespritzt und war, äußerlich und innerlich schwer verletzt, nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht worden. Hier ist sie ihren Verletzungen erlegen. Nach den Schidnungen der Augenzeugen muß ein Selbstmord als zweifellos angenommen werden, doch ist nicht ganz klar, was die bereits in den Sechzigern stehende Frau in den Tod getrieben haben kann. Frau A. war schon seit einer Reihe von Jahren kränklich, aber noch am Abend vor ihrer verzweifelten That hatte sie mit ihren Angehörigen in einem benachbarten Weinereigarten gewandelt und keine Spur von Lebensüberdruß gezeigt.

**Die Saugvorrichtung.** In der Saugvorrichtung eines Straßenbahnwagens wurde gestern abend gegen 5½ Uhr der Klempner Karl Vogt aus der Wrangelftr. 14 schwer verletzt. Er wollte zu der genannten Zeit den Fahrdamm in der Salferstraße vor dem Hause 30 überschreiten, als der Motorwagen 1991 der Straßenbahnlinie Zoologischer Garten-Treptow herangefahren kam. Der Fahrer des Motorwagens war nicht mehr in der Lage, das schwere Gefährt, welches mit der Gitter-Saugvorrichtung versehen war, zum Stehen zu bringen; er fiel in das Fahngewebe des Wagens und schlug hierbei verheerend mit dem Kopf gegen das Puffergitter der Plattform. Er erlitt einen Schädelbruch, sowie verschiedene Kopfverletzungen und wurde in bestimmungslosem Zustande nach dem Krankenhaus am Urban überführt.

**Der tollwutverdächtige Hund** in dem Hause Victoriastraße 25 wird voranschließlich in der Tierarzneischule, wohin er sofort zwecks genauer Beobachtung gebracht worden ist, in den nächsten Tagen verjagt werden, da an eine Heilung bei den schweren Verletzungen nicht zu denken ist. Ein Vorhandensein von wirklichen Tollwut-symptomen hat sich indessen nicht feststellen lassen.

**Eine Neuerung im Berliner Drohschiffwesen** ist im Fachverein Berliner Drohschiffbesitzer vorgeschlagen worden. Es handelt sich um Einrichtung telephonischer Vermittlungsstellen zur Befestigung von Drohschiffen. Man will dadurch den Fahrgästen das zeitraubende Aufsuchen der Drohschiffe auf den Halteplätzen ersparen und den in Bureaus, Banken usw. Arbeitenden, wie jedermann, dem ein Telephon erreichbar ist, die Möglichkeit bieten, ohne sich oder andere Umstände zu machen, telephonisch sich vom nächsten Halteplatz einen Bogen zu bestellen. Als Vermittlungsstellen könnten event. die den Halteplätzen zunächstliegenden Schaustafeln dienen, während Verzeichnisse mit den Telephonnummern der Vermittlungsstellen gratis in der ganzen Umgebung verteilt werden könnten. Man hofft auf diese Weise die in den letzten Jahren infolge der Konkurrenz der Straßenbahn erheblich zurückgegangene Drohschiffbenutzung von neuem steigern zu können.

**Um sich und ihren Kindern das Leben zu nehmen,** hat die 35 Jahre alte Kaufmannsfrau Christine Brandau geb. Freudenberg aus der Goethestr. 4 zu Schöneberg gestern nachmittag, während ihr Mann sich im Geschäft befand, ihre Wohnung verlassen. Die Vermählte ist ziemlich groß und blond und trägt eine weiße, rotgefärbte seidene Bluse, einen weißen Rock und einen weißen Hut. Ihre Tochter Elise und Hertha, die sie in den Tod mitnehmen will, sind 6 und 8 Jahre alt. Elise trägt ein weißes Kleid mit blauem Kragen, weiße Strümpfe, gelbe Schuhe und einen schwarzen Hut, Hertha weiße Kleidung ohne Hut und ebenfalls gelbe Schuhe. Die Absicht, mit den Kindern in den Tod gehen zu wollen, teilte die nervös sehr aufgeregte Frau ihrem Mann in einem Briefe mit, den sie für ihn in der Wohnung hinterließ. Ihr Mann, der eine Jalouiefabrik besitzt, ist verzweifelt. Er nahm seit sechs Wochen an seiner Frau eine zunehmende Aufregung wahr, für die er keine Erklärung zu haben versicherte. Die beiden ältesten Kinder, Knaben von 10 und 12 Jahren, befanden sich in der Schule, als Frau Brandau mit den jüngeren die Wohnung verließ.

**Einen schrecklichen Tod** fand der 3¼ Jahre alte Arbeitersohn Willi Levidt aus der Wasserthorstr. 74, dessen Leiche von der Staats-anwaltschaft beschlagnahmt wurde. Frau Levidt wusch am Montag nachmittag in ihrer Küche kleine Wäsche. Als ihr 3 Monate alter Sohn, der in der Lebensstube im Weitz lag, aufwachte und schrie, stellte sie eine kleine Wochswanne mit kochendem Wasser auf den Fußboden, um rasch nach dem Stinde zu sehen. Kommt sie weg, da fiel ihr älterer Sohn von einem neben der Wanne am Fenster stehenden Stuhl auf den er gelschlettert war, herab mit beiden Beinen in das kochende Wasser und zog sich so umfangreiche Verbrühungen zu, daß er nach furchtbaren Schmerzen gestern starb.

**In Schauscegraben erschossen** hat sich der 51 Jahre alte, geisteskranke, ehemalige Schlichter Wilhelm Binder aus der Köpenickerstr. 89. Der Mann hatte einst bessere Tage gesehen. Vor zwanzig Jahren machte er in der Münchebergstraße einen Schlächterladen auf. Das Geschäft ging anfangs leidlich, nach einigen Jahren aber so schlecht, daß er es aufgeben mußte. Nun arbeitete Binder, ein kräftiger und sehr fleißiger Mensch, in Eisenschmelzen, da er seine ganzen Ersparnisse zugeföhrt hatte. Sein Mißgeschick aber konnte er nicht verhindern; er wurde nervös und war seit fünf Jahren geisteskrank und arbeitsunfähig. Vor drei Jahren mußte er in eine Irrenanstalt gebracht werden, aus der er nach vier Monaten als gebessert entlassen wurde. Weihnachten vorigen Jahres wurde Binder auf Wunsch seiner Frau in Pflege gegeben, nachdem er zwei Jahre in Dalldorf gewesen war. Nun setzte er sich in den Kopf, daß er seiner Familie — Frau und zwei Kindern im Alter von 8 und 12 Jahren — zur Last falle und sich deshalb das Leben nehmen müsse. Am Montag-

nachmittag um 3 Uhr ging er von Hause weg, erhob auf dem Postamt die monatliche Invalidenrente, sandte seiner Frau die Hälfte davon, kaufte sich für die andre Hälfte einen Revolver und irrte dann umher, bis er sich in Lichtenberg im Chausseegraben durch einen Schuß in den Kopf tötete.

**Von ihren Kindern weg ins Wasser gegangen** ist die 35 Jahre alte Ehefrau Marie des Buchhändlers Andrejch aus der Stephansstraße 19. Die Frau litt vier Jahre lang an einem Fußleiden, das aber seit zwei Jahren geheilt war. Die Furcht, daß es wiederkommen könnte, verleidete ihr das Leben. Vorgeföhren vormittag verließ sie ihre Kinder, eine Tochter von zehn und einen Sohn von 9 Jahren, mit denen sie auf der Straße spazieren ging, unter dem Vorwande, daß sie aus dem Wädelkasten etwas holen wolle und kam nicht wieder. Geheuer fandete man sie in Heiligensee bei Zegel als Leiche aus der Havel.

**Erwischte Ladendiebin.** Einen neuen Kniff benutzte eine Ladendiebin, die seit einiger Zeit mit Vorliebe Goldwaren und Uhrenhandlungen heimzusuchte. Wenn der Verkäufer eifrig dabei war, ihr allerhand Sachen zur Auswahl vorzulegen, zog sie unauffällig ihr Taschentuch, pakte ihre Nase und schob mit dem Tuch eine wertvolle Uhr oder was sie sonst gerade erwischen konnte, in ihre Kleiderstöße. Als sie gestern abend in einem Laden in der Kastanienallee ihr Glück versuchte, merkte der Geschäftsmann den Kniff, sah daß eine Uhr fehlte, und sagte der Diebin auf den Kopf zu, daß sie sie gestohlen habe. Die Diebin lief nun davon, bestritt, als man sie auf der Straße anhielt, den Diebstahl und machte großen Lärm, daß man sie zu Unrecht beschuldige und festhalte. Bald kam aber ein Schusterjunge dazu und überreichte dem Bestohlenen die Uhr, die die „Unschuldige“ weggenommen hatte. Auf der Revierwache nannte sich die Festgenommene Klenn, auf dem Polizeipräsidium aber stellte sie heraus, daß sie eine 20jährige, aus Böhmen stammende Verhaja Witt, die in der Chorinstraße wohnte. Sie räumte außer diesem zunächst nur einen Diebstahl aus dem Juli d. J. ein, nachdem man aber eine Anzahl Pfandscheine bei ihr gefunden hatte, gestand sie, gewohnheitsmäßig gestohlen zu haben, und zwar in verschiedenen Stadtvierteln. Die Diebe versetzte sie auf ihren eigenen Namen oder auf den ihrer Wirtin, Frau Kästler; vereinzelt brauchte sie auch den Namen ihrer Freundin Perle. Die meisten Pfandscheine hat sie bereits verkauft. Da nur wenige Anzeigen eingelaufen sind, so ist anzunehmen, daß viele Ladendiebe gar nicht wissen, daß sie bescholten worden sind. Wer jetzt nachträglich einen Verlust entdeckt, möge sich im Zimmer Nr. 97 des Polizeipräsidiums melden. Die junge Diebin ist eine kleine, schwächliche Person mit rötlich blondem Haar und trägt eine rote seidene Taille und einen weißen Strohhut.

**Unterschlagung bei der Großen Berliner Straßenbahn.** Der Stationsvorsteher Alte, welcher bei der Straßenbahn seit langer Zeit angestellt war und nach Unterschlagung dienstlicher Gelder flüchtig wurde, ist gestern mittag in Spandau verhaftet worden.

**Feuerberichter.** Eine ganze Reihe von Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. In der Nacht zum Donnerstag wurde sie nach der Schönhauser Allee 90 gerufen. Hier waren in einer Kellerwohnung Möbel, Kleidungsstücke etc. in Brand geraten, der indes bald abgelöscht werden konnte. Kurz vorher hatte die Wehr in der Behrenstr. 26 in einer Küche einen Brand zu beseitigen, der den Fußboden und die Wände ergriffen hatte. Donnerstag früh gegen 4 Uhr hatte sich in der Elsterstr. 70 ein Posten Preßlofen in einem Keller von selbst entzündet. Nach der Dorotheenstraße, Ecke der Charlottenstraße, wurde die Wehr gerufen, weil hier durch Kurzschluß ein elektrischer Straßenbahnwagen der Strecke Charlottenburg-Kupfergraben in Brand geraten war. Gardinen, Wäsche und Möbel gingen eine Stunde später in der Eichendorffstraße 4 in Flammen auf, die jedoch noch im Keime erstickt werden konnten. In der Tresewitzstraße 38 hatte alter Hansrat etc. Feuer gefangen, während auf dem Ostbahnhofe Preßlofen in Brand geraten waren. Durch Ueberlofen von Teer war in der Behrenstr. 114 ein Feuer entstanden, dessen Abloschung aber bald erfolgte. Durch Unvorsichtigkeit war in der Chausseestr. 64 ein Brand ausgebrochen, bei welchem sich eine Frau schwere Brandwunden an den Händen zuzug. Gardinen gingen in der Gräfenstr. 35 in Flammen auf. Außerdem lief noch eine Feuermeldung von der Gartenstr. 78 ein. Hier hatten sich in einem Cigarrenladen Feuerwerkkörper entzündet, ohne indes größeren Schaden anzurichten.

**Zeugen in einer Unfallsache gesucht.** Am 25. v. M. abends zwischen 8 und 8 1/4 Uhr, ist auf dem Reitplatz der Fischer Karl Hänse von einer unbekannt gebliebenen Droßke überfahren worden; da der Verunglückte infolge dieses Unfalls nach einigen Tagen verstorben ist, ohne nähere Angaben gemacht zu haben, werden etwaige Zeugen ersucht, an den Vormittags-Dienststunden bei der Kriminalpolizei, Alexanderplatz, Zimmer 331, II. Stockwerk, zu I. R. 6857 IV/11. 02 ihre Wahrnehmungen anzugeben oder schriftlich einzuzureichen.

#### Aus den Nachbarorten.

**Waldmannslust.** Sonnabendabend 8 1/4 Uhr findet bei H. Anhu in Waldmannslust die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Gäste haben Zutritt, neue Mitglieder werden aufgenommen. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

**Charlottenburg.** Die Stadtverordneten-Versammlung hatte am Mittwoch in ihrer ersten Sitzung nach den Sommerferien eine Tagesordnung von nicht weniger als 31 Punkten zu erledigen. Eine längere Diskussion knüpfte sich an die Mitteilung betreffend das vorläufige Ergebnis über die Versuchsanlage auf dem Nieselfelde Korollenhöhe-Gatow. Unser Genosse Vogel wies darauf hin, daß selbst nach dem Gutachten der Königl. Prüfungsanstalt das aus den Filtern abfließende Wasser nur bei Frost, also während weniger Monate des Jahres, dem vom Nieselfelde stammenden überlegen sei. Nach den Erklärungen des Stadtbaurats trifft für Charlottenburg nicht einmal das zu, unser Nieselfeldwasser ist auch im Winter tabellos und dem der Alananlage überlegen. Weiter wies Vogel darauf hin, daß den Arbeitern Stiefel geliefert werden, um sie gegen Krankheiten zu schützen; bei Paris liefert man ihnen auch Kleidung. Das sollten wir auch thun. Es handelt sich bei den Krankheiten, denen sie ausgesetzt sind, nicht bloß um Typhus, sondern Wurmkrankheiten werden vielfach durch die Produkte der Nieselfelder verbreitet. Der Stadtbaurat gab die beruhigende Erklärung ab, daß die durch die Klätter gegangene Notiz von Typhuserkrankungen bei Arbeitern unser Nieselfeld irrig sei, es sei in diesem Jahre nicht ein einziger Typhusfall vorgekommen.

Wichtig war ferner noch der von Dr. Penzig gestellte Antrag, der Magistrat möge eine Vorlage behufs Anlegung eines städtischen Gemeinde-Friedhofes machen. Gegenwärtig wird der Friedhof der Luisengemeinde als städtischer Friedhof benutzt; aber natürlich besitzt hier die Kirchengemeinde das für eine Großstadt ganz ungeeignete Monopol. Der Geistliche, der die Verstorbenen nicht kennen kann, kommt über allgemeine Beerdigungen nicht hinaus, und ein Freund dürfte einige warme, aus vollem Herzen kommende Worte zu den Hinterbliebenen nicht sprechen. Ferner lasse sich die Kirchengemeinde, was man ihr nicht verdenken könne, sehr gut bezahlen, und lege so den ärmeren Mitbürgern eine große Last auf, die für die ihr nicht Angehörigen noch verstärkt wird.

Die Parteien gaben sämtlich ihrer Zustimmung zu dem Gedanken des Antrags Ausdruck; aber annehmen wollte ihn die rechte Seite der Versammlung nicht. Die Herren forderten nur sehr überflüssiger Weise den Magistrat auf, der Versammlung von dem Resultat der Erörterungen über diesen Punkt, die er bereits anstellt, seiner Zeit Mitteilung zu machen — als ob das nicht ohnehin geschehen wird.

Noch einen weiteren sehr überflüssigen Beschluß leisteten sich die Herren von der Majorität (Fraktionen Ströbler und Guba). Der Magistrat forderte die Nachbewilligung von 500 M., weil er in eine etatsmäßige Stelle eines Vorkulllehrers einen Herrn gewählt hat

und für diesen die Bestätigung der Regierung bezw. des Provinzial-Schulcollegiums erlangt hat, der nach seinem Dienstalter auf Grund des Normalesatzes 500 M. mehr zu beanspruchen hat, als in den diesjährigen Etat eingelegt war. Die Herren spielten nun die gekränkte Leberwurst, angeblich weil die Deputation vor der Wahl nicht gehört worden war. Der Stadtkultrat, dem die Sache oblag, war nicht zur Stelle. Doch erklärte der Bürgermeister, falls ein Versehen vorläge, so bedauere er dies.

Anstatt sich mit dieser Erklärung zufrieden zu geben oder bestenfalls die Sache abzulehnen und in der nächsten Sitzung den Stadtkultrat um Aufklärung zu bitten, wollte die Mehrheit schneidig sein und lehnte die geforderten 500 M. ab, so ziemlich das Dämmsie, was sie thun konnte. Da die Stelle von derselben Versammlung im Etat bewilligt ist, hat der rechtmäßig gewählte Lehrer auf das ihm seinem Alter zustehende Gehalt ein klagbares Recht. In diesem Falle werden die 500 M. zwangsweise in den Etat eingestellt, was der Magistrat nach Lage der Dinge überhaupt bei der Regierung beantragen kann.

Ja, die bürgerliche Mehrheit ist schlau. Wo keine Rechte zu wahren sind, dramatisieren sie laut. Natürlich sind sie hierbei nur von sachlichen Gründen geleitet; daß der vom Magistrat Gewählte ihr politischer Gegner ist, der freisinnige Lehrer Otto, ist lediglich ein peinlicher Nebenumstand.

**Treptow-Baumfalkenweg.** Unsere Gemeindevorsteher-Wahlen haben wegen der dabei von den Behörden beliebten Praktiken f. Z. ziemlich Aufsehen erregt. Wenn auch durch die Bestimmungen der Landgemeinde-Ordnung die Beschwerdeführung gegen offenbare Ungerechtigkeiten sehr erschwert und die Eintragung der Sache auf die bekannte lange Bank geschoben wird, so glaubten unsere Genossen doch ein Exempel statuieren zu müssen. Wegen die im Oktober v. J. vollzogenen Erbschaftswahlen, die mit einem Siege der bürgerlichen Kandidaten endeten, wurde daher von zwei Parteigenossen in aller Form Protest eingelegt. Die Gemeindevertretung wies denselben natürlich zurück, da nach ihrer Ueberzeugung alles in schönster Ordnung vor sich gegangen war. Vor dem Kreisgericht ließ die Sache aber etwas anders. Nach dem den Beschwerdeführern vor einigen Tagen zugestellten schriftlichen Urteil hat der Kreisrichter die Erbschaftswahlen für ungültig erklärt und unsere Gemeindevertretung hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, sich bei der Entscheidung des Kreisgerichtes zu beruhigen und baldigst eine Neuwahl anzukündigen.

Herr Nidel hat demnach während seiner ganzen Amtsdauer als Erbschaftsvorsteher und Herr Vertmann fast ein ganzes Jahr zu Unrecht in der Gemeindevertretung gesessen. Da Herr Nidel inzwischen wieder neugewählt wurde, trifft die Ungültigkeitserklärung nur Herrn Vertmann und nur für diesen ist also eine Neuwahl vorzunehmen.

Recht interessant ist, daß im vorliegenden Fall, wie aus dem Urteil ersichtlich ist, der Kreisrichter sich auf die — nach unserem Dafürhalten allerdings auch absolut korrekte — Rechtsprechung des Ober-Verwaltungsgerichts beruft, nach welchem die festgestellte Wählerliste die unabänderliche Grundlage für die Wahlen bildet. Selbst wenn einer in der Wählerliste verzeichneten Person materiell ein Stimmrecht nicht mehr zusteht und diese Tatsache dem Gemeindevorsteher bezw. Wahlvorsteher genau bekannt ist, muß der Betroffene zur Stimmabgabe zugelassen werden.

Mit dieser Darlegung wurde ein von unsrer Seite gegen die Gültigkeit der Wahl erhobener Einwand, der sich auf die Thatsache stützte, daß ein längst nicht mehr in der Gemeinde wohnhafter Gewerbetreibender an der Wahl teilgenommen hatte, als unüberheblich zurückgewiesen. Indirekt ist damit freilich auch die von unsrer Gemeindevorsteher als Wahlvorsteher ständig gewählte Praxis, die Wählerliste nicht als unabänderliche Grundlage für die Wahlen anzusehen, indem Personen, die in aller Form Redens in die Wählerliste eingetragen, später aber mit ihren Steuern im Rückstand geblieben waren, die Teilnahme an der Wahl verweigert wurde, als ganz unzulässig festgestellt. Bei zukünftigen Wahlen wird auf diesen Umstand besonders scharf geachtet werden müssen.

Zwischen unsrer Genossen für den bevorstehenden Wahlkampf aber alle Vorbereitungen treffen und ihr Pulver trocken halten.

**Zehlendorf.** Die Gemeindevertretung hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Hundesteuer zu erhöhen. Der Vertreter für Schladtenke, Herr Jüthgen, bestritt die Erhöhung; nach seiner Meinung würden durch eine solche Maßnahme steuerkräftige Leute vom Zugang abgedrängt werden, auch wäre es bedenklich, wenn etwa auf anderem Gebiete der Grundtag angewendet werde, daß wer viel Geld habe, auch viel zahlen solle. — Der von der höheren Lehranstalt, deren Projekt genehmigt wurde, soll ungefähr 200 000 M. kosten. Das noch nicht genehmigte Gymnasium wird einschließlich der Direktorwohnung 655 000 Mark kosten. Der Kriegerverein erhielt für sein 25jähriges Stiftungsfest 200 M. bewilligt für gemeinnützige Zwecke wäre die Summe besser angewandt.

**Zur Frage der Fleischversteuerung** äußert sich jetzt in einer öffentlichen Erklärung auch die Potsdamer Fleischindustrie. Es wird darauf hingewiesen, daß das Steigen der Fleischpreise seinen Höhepunkt noch nicht erreicht habe, da sich seit Wperrung aller Grenzen ein großer Mangel an Vieh, speziell an Schweinen bemerkbar mache, ein Beweis, daß unsere Landwirtschaft nicht im Stande ist, das nötige Vieh zu züchten. Für Potsdam ist die Kalamität um so größer, als die benachbarte Residenz eine von den wenigen Städten ist, in denen man trotz ihrer großen Unpopularität die Schlachtsteuer noch nicht über Bord geworfen hat. Die Janung erinnert daran, daß in Nürnberg, wo die Schlachtsteuer gleichfalls noch besteht, der erste Bürgermeister eine gemeinsame Beratung mit der Stadtverwaltung Nürnbergs wegen Aufhebung der Steuer in Aussicht gestellt hat, und spricht den Wunsch aus, daß man in Potsdam diesem Beispiel folgen werde. Es ist in Potsdam schon so viel und so oft, im Stadtparlament, in Volksversammlungen, in der Presse, gegen die Steuer erfolglos Sturm gelaufen worden, daß man sich vorerst auch von diesem Appell der Fleischindustrie nicht übermäßig viel versprechen darf.

### Gerichts-Zeitung.

**Wie geringfügige Anlässe** zu einer Anklage gegen Arbeiter führen können, zeigte eine Verhandlung, die am 4. September vor dem Landgericht II unter Vorsitz des Landgerichtsrats Schrott gegen den Möbelpolierer Schoffan stattfand. Dieser hatte bei dem Tischlermeister Reglow in Neu-Weihensee in Accord zusammen mit dem Möbelpolierer Gotsch und Gesse auf Teilung gearbeitet. Als im April einmal keine Arbeit vorhanden war, setzten alle drei einen Nachmittag aus. Der Meister Reglow, dem das nicht recht war, rief dem Gotsch nach, er möchte doch zurückbleiben und bemerke, daß Gotsch einen Augenblick anhielt, als wollte er umkehren, dann aber doch mit den anderen wegging. Gotsch, am anderen Tage von dem Meister zur Rede gestellt, gab an, Schoffan hätte ihm gesagt: „Wenn Du umkehrst, weißt Du, was Dir passiert.“ Auf Reglows Veranlassung denunzierte Gotsch den Schoffan deswegen, daß dieser wurde wegen Mordanschlags angeklagt. In der Verhandlung gab Gotsch als Worte Schoffans an: „Ach was, Du gehst mit, und damit gut.“ er wollte damit aber eine Drohung gesehen haben. Seine Angaben machten einen so verworrenen Eindruck, daß der Staatsanwalt selbst auf die Bedenken hinwies, die einer Verurteilung entgegenstünden. Der Verteidiger Rechtsanwalt Heine betonte, daß man es offenbar mit einem übermäßig angiltischen Menschen zu thun hätte, der sich vielleicht die angeleglichen Worte Schoffans, von denen der andre Zeuge Gesse nicht das geringste gehört hatte, aus Angst vor dem Meister eingeredet haben könnte. Das Gericht sprach Schoffan frei.

**Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung** stand gestern der Steinträger Breier vor dem hiesigen Schöffengericht. Auf dem Bau auf einem hiesigen Brauereigrundstücke hatten die Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt, weil sie einen höheren

Stundenlohn als 40 Pfennige beanspruchten. Zwei Arbeiter hatten sich diesem Vorhaben nicht angeschlossen und als diese am nächsten Tage auf die Arbeitsstätte gehen wollten, trafen sie auf den Angeklagten, der mit dem Zeigefinger eine drohende Bewegung gemacht und den beiden zugerufen haben soll: „Ihr werdet heute das letzte Mal hinaufgehen!“ Der Staatsanwalt erblickte hierin eine Drohung zu dem Zwecke, die Arbeitswilligen zum Niederlegen der Arbeit zu bewegen und beantragte einen Monat Gefängnis. Der Gerichtshof hielt an dem Urtheilstand des § 153 der Gewerbe-Ordnung für gegeben, den Fall aber so milde liegend, daß er auf eine Woche Gefängnis erkannte.

### Versammlungen.

**Der Verein zur Wahrung der Interessen der Manrec** hielt am 27. v. M. seine Mitgliederversammlung ab. Der Vorstand teilte die Verhandlungen mit, welche zwischen ihm und den Vorständen der Stadtbürger und Zieglensleger stattgefunden haben betreffs einheitlicher Beitragsleistung derjenigen unserer Kollegen, welche in jenem Berufe thätig sind. Man einigte sich dahin, daß diejenigen lokalorganisierten Kollegen, welche durch den Arbeitsnachweis der Stadtbürger Arbeit erhalten, 25 Pf. zum Streifenfonds derelben zu zahlen haben. Mit dem Vorstand der Zieglensleger konnte eine Einigung nicht herbeigeführt werden und wurde beschlossen, daß die Kollegen, welche bei uns organisiert sind, und Zieglenslegerarbeiten verrichten, ihre Adresse bei den Zahlstellen-Obmännern anzugeben haben, um so eine Verständigung herbeizuführen.

**Die Steinarbeiter** hielten am Mittwoch eine öffentliche Versammlung im Englischen Garten ab. U. a. berichtete Walter: Die Steinarbeiter hätten sich vor längerer Zeit an die Aufsichtsbehörde der Krankenkasse mit dem Ersuchen gewandt, ihren Uebertritt in die gemeinsame Ortskasse der Erbkauer zuzulassen, weil ihnen diese Kasse bei gleicher Beitragsleistung größere Vorteile gewähre wie die Allgemeine Orts-Krankenkasse, der sie jetzt angehören. Von der Gewerbe-Deputation sind darauf Erhebungen angeestellt worden, ob der Uebertritt von allen oder nur von einzelnen Steinarbeitern gewünscht wird. Im übrigen aber befürwortete die Gewerbe-Deputation das Gesuch, so daß der Uebertritt schon am 4. August erfolgen sollte. Hiergegen hat jedoch der Vorstand der Orts-Krankenkasse Refus beim Minister eingelegt, dessen Entscheid in dieser Sache zwar noch aussteht, wohl aber zu Gunsten der Steinarbeiter ausfallen dürfte. Im „Bericht über die Generalversammlung“ teilte auch Walter mit, daß der Uebertritt von Arbeitskräften nach Möglichkeit hiesige verheiratete Familien zu berücksichtigen, weil diese unter der schon seit längerer Zeit andauernden Arbeitslosigkeit besonders schwer zu leiden haben. Eine Erfüllung dieses Wunsches ist von dem stellvertretenden Obermeister der Innung in Aussicht gestellt. Zum Schluß forderte Walter die Anwesenden noch zu weitgehendster moralischer Unterstützung der Bauklemper und Bleigläser auf.

**Der Verband deutscher Gastwirthschafts (Ordnungsverwaltung Berlin)** hielt am 29. August seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Den Geschäftsbericht des Vorstandes vom zweiten Quartal 1902 erstattet Thomas und betont, daß trotz der schlechten Konjunktur sowie der ungünstigen Witterungsverhältnisse der Arbeitsnachweis sich floriert hat im Vergleich zum zweiten Quartal 1901, indem noch 26 feste sowie 127 Anstellstellen mehr vergeben wurden. Die Kollegen des Berliner Gewerkschaftshauses haben auf ihre Forderung hin erzielt, daß sie jetzt ein Gehalt von 40 M. pro Monat statt der bisherigen 25 M. beziehen. Gleichzeitig wird noch mitgeteilt, daß in Charlottenburg sowie Niddorf Zahlstellen unseres Verbandes gegründet worden sind.

**Berichtigung.** In dem Bericht über die Generalversammlung der Bureau-Angestellten muß es nicht heißen 959,50 M., sondern 859,40 M. Kasseneingang.

**Niddorf.** Am Dienstag veranstalteten die Parteigenossen Niddorf eine bis auf den letzten Platz besetzte Volksversammlung bei Thiel, Bergstr. 151, als Gedenkfeier für unsere Toten. Ein Sängerkorps leitete die Feier ein mit dem Liede „Frühlingsstürme“. Hierauf hielt Reichstags-Abgeordneter Emil Rosenow seinen Vortrag. Des zuletzt verstorbenen Genossen Theodor Wegner gedachte die Versammlung durch Erheben von den Sigen. Hierauf schloß die Versammlung mit dem Vortrage des „Arbeiter-Vaterlandsliedes“.

**Die Konsumgenossenschaft für Adlerhof und Umgegend** hat in ihrer letzten Generalversammlung beschlossen, den Geschäftsführer Hilbrandt, der diese Tätigkeit bisher im Nebenamt ausübte, zu beenden, da die Arbeiten sich nicht mehr nebenbei erledigen lassen. Im Oktober soll eine Verkaufsstelle in Al-Glienicke eröffnet werden.

**Steglitz.** In der letzten Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins gedachte der Vorsitzende des auch in der hiesigen Arbeiterschaft allgemein geschätzten und beliebten Genossen Wegner-Berlin. Nach dem Vortrage des Ingenieurs Grempe über die Fortschritte in der Beleuchtungsstatistik wurde über die Generalversammlung des Central-Wahlvereins Bericht erstattet. Betreffs der bevorstehenden Erbschaftswahl zur Gemeindevertretung wurde der Vorstand beauftragt, sich mit der Kandidatenfrage zu beschäftigen und zu geeigneter Zeit Vorschläge zu machen. Der Vorsitzende macht auf das Verhältnis zwischen den bei der Gemeindevahl abgegebenen Stimmen und der Mitgliederzahl des Vereins aufmerksam und fordert zu reger Agitation auf, desgleichen wird von verschiedenen Genossen zum Anschluß an den bestehenden Konsumverein aufgefordert.

### Schriften-Eingang.

**Protokoll** über die Verhandlungen des Parteitages der deutschen socialdemokratischen Arbeiterpartei in Dresden. Abgehalten in Kuffig 1902. Wien, Volksbuchhandlung, Ignaz Brand, Schuppenbastei 18. 1 Krone.

**Arthur Dix:** Die Jugendlichen in der Social- und Kriminalpolitik. Jena, Gustav Fischer, 2 M.

### Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde** findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

**W. N. 3.** Wenn Sie für die Partei thätig sein wollen, dann schicken Sie sich dem Wahlverein Niddorf an. Der Vorsitzende ist Genosse Ernst Baader, Große Brauereigr. 34.

**M. Oberländerweide.** Die Angelegenheit kann nur im Angeigentent bekannt gegeben werden.

**Kittenberg.** In Girsinschen wird Busch für leistungsfähiger gehalten als Barnum. Ob Herr Busch schon mit 100 Pferden aufgetreten ist, wissen wir nicht.

**W. N. 1617.** Es fahren jetzt keine Pferdebahnen mehr.

**Göberedorf.** Eine solche Versammlung hat im Gewerkschaftshaus stattgefunden, kurz nachdem Viehnacht gefordert war. Es hand Viehnachts Leben und Wicken auf der Tagesordnung.

### Witterungsüberblick vom 4. September 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C.	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C.	
Schwandau	762	SSO	2 heiter	18	Paparauba	766	—	—	—	2 Regen	11	
Hamburg	762	SSO	2 heiter	17	Petersburg	768	—	—	—	1 wolfig	9	
Berlin	762	SSO	2 heiter	18	Gort	755	SSO	3	SSO	3	SSO	16
Brandenburg	763	—	2 heiter	20	Aberdeen	—	—	—	—	—	—	—
Randow	767	SO	1 wolfig	19	Paris	764	SSO	2	SSO	2	SSO	15
Wien	766	NO	1 wolfig	17								

**Weiter-Prognose für Freitag, den 5. September 1902.** Nachts etwas kühler, am Tage sehr warm, vorwiegend heiter bei mäßigen südlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken. Berliner Wetterbureau.